

FÖS-NEWS 46 – DEZEMBER 2008

NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOLOGISCH-SOZIALEN FINANZREFORM

FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT GREEN BUDGET GERMANY

Chefredakteur und Vorsitzender: Dr. Anselm Görres

FÖS-Vorstand: Kai Schlegelmilch, Florian Prange, Edgar Endrukaitis, Johannes Lackmann, Bettina Meyer

FÖS-Team: Damian Ludewig, Hans-Christian Müller, Sebastian Schmidt, Ines Steiger

Bitte neue Adresse beachten!

Seestr. 116 D-13353 Berlin www.foes.de und www.eco-tax.info

Fon +49-30-510530-80 Fax +49-03-510530-79 e-Mail: foes@foes.de

Wir sind auf Spenden unserer Leser dringend angewiesen. Unser Spendenkonto:

GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67, Konto 804 371 3000, IBAN DE87430609678043713000.
ISSN 1867-0776

Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG.....	2
2.	ÖFR DEUTSCHLAND	3
3.	ÖFR INTERNATIONAL	11
4.	FINANZMARKTKRISE UND UMWELTSCHUTZ	12
5.	KLIMASCHUTZ	22
6.	ENERGIE- UND UMWELTPOLITIK	32
7.	LINKS, PUBLIKATIONEN, STUDIEN	41
8.	TERMINE	47
9.	JOBANGEBOTE	49

1. EINFÜHRUNG

Liebe Leserinnen und Leser,

wie die gesamte politische Agenda wird auch diese Ausgabe der FÖS-News erneut von der Wirtschafts- und Finanzkrise bestimmt. In Kapitel 4 finden Sie zahlreiche Beiträge, die sich mit den Auswirkungen der Krise auf die Umweltpolitik befassen. Auch als FÖS diskutieren wir die Ökologische Finanzreform nun unter diesem Vorzeichen. Am 10. Dezember empfingen wir zahlreiche hochkarätige Wirtschaftsvertreter in den Räumen der Deutschen Bank in Berlin, um mit ihnen zu diskutieren, ob die Wirtschafts- und Finanzkrise auch marktwirtschaftliche Umweltpolitik in die Krise stürzt, oder ob letztere nicht ein Beitrag zur Lösung ersterer sein könnte.

Wir können nicht zulassen, dass die inzwischen zur Weltwirtschaftskrise ausgewachsene ehemalige *Subprime-Krise* auf Kosten von Umwelt und Klima gelöst wird. Ganz im Gegenteil: **Wir schlagen vor, auch Elemente einer Ökologisch-Sozialen Finanzreform zur Gegenfinanzierung eines Ökologisch-Sozialen Konjunkturprogramms heranzuziehen.** Jegliche Konjunkturmaßnahme muss heute drei Bedingungen gleichzeitig erfüllen: **Sie muss Arbeitsplätze schaffen, die Schwachen schützen und der Umwelt nützen.** Reine Steuersenkungsprogramme nutzen nur den Besserverdienenden, reine Konsumgutscheine nicht dem Klima. **Wenn der Staat schon Milliarden in die Wirtschaft pumpt, dann kontrolliert und ohne Kollateralschäden!**

Während man in den USA und in GB den staatlichen Investitionsschub für einen „Green New Deal“ nutzt, wollen manche deutsche Politiker die umweltpolitische Uhr zurückdrehen. Wenn Glos und Seehofer in der Wirtschaftskrise die Chance sehen, ungeliebte Umweltforderungen zurückzuschrauben, ist das schlimm genug. Aber auch von Umweltminister Gabriel würde man sich eine stärkere Verteidigung klimapolitischer Ziele wünschen. So relativierte er in einem Interview mit dem „Spiegel“ im September nicht nur die Bedeutung des Starttermins für anspruchsvolle CO₂-Grenzwerte für PKW (für das Klima spiele er keine Rolle). Nun forderte er gar Energiekonzerne, die bereits (laut Gabriel) 40 Mrd. Euro ungerechtfertigter Gewinne aus dem Emissionshandel gemacht haben, indem sie bisher die CO₂-

Zertifikate geschenkt bekommen haben, zusätzlich zu subventionieren, wenn sie dafür neue Kohlekraftwerke bauen (siehe Kapitel 2).

Die Subventionen sollen aus den Emissionshandel-Erlösen finanziert werden, die bisher für Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel vorgesehen waren. Dabei sind bereits heute so viele Kohlekraftwerke genehmigt bzw. im Bau, dass jedes weitere einen Zubau von mehr als 9 GW und damit das Scheitern der Klimaschutzziele der Bundesregierung bedeuten würde, wie die im Oktober erschienene Leitstudie 2008 des Bundesumweltministeriums zeigt!

Jenseits des Atlantiks plant der künftige Präsident der Vereinigten Staaten dagegen eine Revolution der US-amerikanischen Klimapolitik. Barack Obama will bis 2020 die Treibhausgase in seinem Land auf den Stand von 1990 zurückfahren und bis 2050 eine Reduktion um weitere 80 Prozent erreichen. (siehe Kapitel 5). Und jenseits des Ärmelkanals versucht Premierminister Brown der Klima-Musterknaben der EU zu werden und kündigte an, bis 2050 den Ausstoß von Treibhausgasen statt den bisher geplanten 60 Prozent auf 80 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu senken.

Man kann also nur hoffen, dass über die besinnlichen Tage sich auch deutsche Politiker darauf besinnen, das nichts abwegiger ist, als die Verheerungen der Finanzkrise ausgerechnet durch vermehrte Umweltzerstörung zu beheben – das muss und wird scheitern!

In diesem Sinne wünschen wir auch Ihnen schöne Feiertage, alles Gute für 2009 und – nicht zuletzt – eine spannende Lektüre!

Ihr FÖS-Redaktionsteam

PS: Die Verabschiedung des EU-Klimapaktets am 17.12.2008 kam für eine Bewertung in dieser Ausgabe zu spät. Daher nur so viel: Es gibt berechtigte Kritik, insbesondere an Sonderregelungen und Ausnahmen. Wichtig ist aber auch: Im Kern ist Europa seinen Zielen treu geblieben. Der Emissionshandel wird ausgebaut und ab 2013 verschärft. Die volle Auktionierung für alle kommt, wenn auch erst ab 2020. Die Reduktionsziele wurden bestätigt. **Obama gibt allen Hoffnung. Aber noch ist Europa dem Rest der Welt um Meilen voraus – auch dank deutscher Umweltpolitik!**

2. ÖFR DEUTSCHLAND

Gabriel will Autokonzernen mehr Zeit für Abgasreduzierung geben

[Spiegel.de vom 01.12.2008] Umweltminister Gabriel gibt sich im Streit um strenge Abgasgrenzen kompromissbereit: Er redet nun von einer **dreijährigen Übergangsfrist für CO₂-Obergrenzen**. Noch vor wenigen Tagen hatte er die Union dafür kritisiert, weil sie wegen der Konjunkturkrise an vereinbarten Klimazielen rütteln wollte.

Kurz vor den abschließenden EU-Verhandlungen über künftige Abgasgrenzen schlägt Bundesumweltminister Sigmar Gabriel einen neuen Kompromiss vor. Er halte einen dreijährigen Übergangszeitraum zugunsten der Autoindustrie für umweltpolitisch vertretbar, sagte der SPD-Mann der „Braunschweiger Zeitung“.

Der Preis, den die Industrie für diese Einführungsphase von 2012 bis 2015 zahlen müsse, sei aber, dass jetzt für das Jahr 2020 eine deutlich strengere Obergrenze von nur noch 95 Gramm Kohlendioxid-Emission pro Kilometer verbindlich festgelegt werde. Gabriel zeigte sich „sehr sicher“, dass den EU-Staaten eine Einigung auf neue Abgasgrenzwerte gelingen werde.

Der Streit sei zuletzt ja nur noch um die Frage gegangen, „ob die künftigen Grenzwerte von 120 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer im Jahr 2012 für hundert Prozent der europäischen Fahrzeugflotte gelten sollen – oder ob wir mit 65 Prozent einsteigen und 2015 die hundert Prozent erreichen“. Letzteres nannte Gabriel einen gangbaren Kompromiss.

Zugleich werde damit der Autoindustrie die Möglichkeit gegeben, in der derzeitigen Krise nicht in den laufenden Produktionszyklus eingreifen zu müssen. Die Autobranche ist vom derzeitigen Abschwung besonders stark betroffen. Zwei von drei deutschen Autohändlern werden das laufende Jahr 2008 nach Informationen des Zentralverbands Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe (ZDK) in Bonn mit Verlusten abschließen. Es gebe keinen, der im Neuwagengeschäft derzeit Geld verdiene, sagte ZDK-Verbandspräsident Robert Rademacher dem Magazin „auto motor sport“.

Für das kommende Jahr erwartet der Verband ei-

nen Rückgang der Neuzulassungen um zehn Prozent auf 2,8 Millionen Fahrzeuge. Das wäre der niedrigste Wert seit der deutschen Wiedervereinigung, hieß es. 1989 seien allein in Westdeutschland mehr als 2,8 Millionen Neuzulassungen registriert worden. Wegen des Nachfrageeinbruchs stoppen viele Autobauer über Weihnachten für mehrere Wochen die Produktion.

Über die Abgasobergrenzen als Teil des Klimapakets werden die EU-Umweltminister am kommenden Donnerstag und Freitag beraten, eine Woche später wollen die EU-Staats- und Regierungschefs das Klimapaket endgültig beschließen.

In der Union mehren sich die Forderungen nach Aufweichung der EU-Klimaschutzziele, um in der Wirtschaftsflaute keine Jobs zu gefährden. Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) mahnte am Wochenende Korrekturen an den CO₂-Minderungszielen der EU an. Ähnlich hatten sich schon die Ministerpräsidenten von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, Christian Wulff und Jürgen Rüttgers (beide CDU), geäußert.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) kritisierte diese Forderungen noch in der vergangenen Woche. „Es ist schon erstaunlich, wie rückständig in der Union übers Klima diskutiert wird“, sagte er der „Süddeutschen Zeitung“. Gabriel sieht hier auch Kanzlerin Angela Merkel gefragt. „Manchmal hat man den Eindruck, dass die Bundeskanzlerin statt nach Washington öfter nach Düsseldorf und Hannover fahren sollte, um zu erklären, dass Klimaschutz Arbeitsplätze schafft.“

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,593636,00.html>

„Begünstigung von Dienstwagen muss weg“

[Heike Anger, Handelsblatt.com, 19.11.2008] Ein Interview mit dem Präsidenten des Umweltbundesamtes, Andreas Troge.

Heike Anger: Herr Troge, wer bis Mitte 2009 ein neues Auto kauft, soll für ein Jahr von der Kfz-Steuer befreit werden. Für Autos in den Schadstoffklassen Euro-5 und -6 soll die Befreiung sogar für zwei Jahre gelten. Dieser Teil des Konjunkturprogramms der Bundesregierung dürfte Sie wenig freuen.

Andreas Troge: In der derzeitigen Lage ist es sicherlich richtig, erst den Brand zu löschen, dann nach den Brandursachen zu suchen und diese dann zu bekämpfen. Kurzfristig den Auto-Absatzstau auflösen zu wollen, mag also als erste Maßnahme sinnvoll erscheinen. Der Umweltschutz wird so aber natürlich ausgeblendet: **Steuervergünstigungen kommen Käufern von Spritschluckern genauso zugute wie Käufern sparsamer Kleinwagen. Außerdem profitieren großvolumige Diesel-PKW wegen der höheren Steuerersparnis eher als Benzin-PKW**, was sowohl angesichts der hohen Kohlendioxid- als auch hohen Stickstoffoxidemissionen nachteilig ist. Mittel- und langfristig muss es um den Bau weniger umweltbelastender Fahrzeuge gehen. Und der wird auf diese Weise nicht gefördert.

Heike Anger: Es gibt die Forderung, der Umweltschutz müsse in Zeiten der Finanzkrise hinter dem Kampf gegen die Rezession zurückstehen. Was entgegnen Sie?

Andreas Troge: Das ist falsch. Zumal das gewählte Instrument der KFZ-Steuer äußerst ungenau ist. Gerade bei Autos haben wir einen hohen Importanteil. Das bleibt komplett unberücksichtigt. **Die Steuerbefreiung wird bei der Neuzulassung wirksam – egal aus welchem Land das gekaufte Fahrzeug stammt.** Dass nun gerade der Absatz deutscher Modelle angekurbelt wird, das sehe ich nicht.

Heike Anger: Einige Experten sind der Meinung, dass die Effekte bei Umstellung der KFZ-Steuer verpuffen werden, weil niemand wegen einer Steuerersparnis von rund 100 Euro einen Neuwagen kaufen wird.

Andreas Troge: Die KFZ-Steuer kann ein **wirksames Instrument sein, um den Absatz in eine umweltfreundliche Richtung zu lenken**, indem schadstoffarme Modelle besser gestellt werden. Um die **Nachfrage anzuschieben, dazu taugt es nicht.** Es gibt keinen solchen Hau-Ruck-Effekt! Und Vorschläge, ein Kreditprogramm für den Autokauf aufzulegen, sind angesichts der Subprimekrise als Ursache allen Übels sicherlich der falsche Pfad.

Heike Anger: Diskutiert werden auch Abwrackprämien für ältere Autos. Halten Sie solche Prämien für sinnvoll?

Andreas Troge: Ja, bei Fahrzeugen, die zehn Jahre alt oder älter sind. Allerdings müssten diese zu einem bestimmten Stichtag mindestens zwei Jahre

in Deutschland zugelassen sein. Sonst haben wir hier einen Zustrom alter Autos aus dem Ausland. Wichtiger wäre jedoch, die steuerliche Begünstigung von Dienstwagen endlich abzuschaffen. Der Staat finanziert damit große und meist umweltschädliche Automodelle mit.

Heike Anger: Wie sähe die KFZ-Steuer denn aus, wenn Sie sie gestalten könnten?

Andreas Troge: Vor allem müsste eine Förderung der verbrauchsarmen Fahrzeuge her – und zwar auf europäischer Ebene. Hier gibt es wegen manch merkantilistischer Bestrebungen einzelner Länder bislang einen Flickenteppich. Letztlich ist es doch so: Es gibt einen Vorschlag der EU-Kommission, dass der Kohlendioxid-Ausstoß neuer PKW's spätestens 2012 nur noch 120 Gramm pro Kilometer betragen darf. Für Fahrzeuge, die diesen Ausstoß nicht überschreiten, sollte ein europa-einheitlicher Regelsteuersatz gelten. Alle, die darüber liegen, sollten höher besteuert werden. Allerdings brauchen Hersteller und Käufer jetzt ein Signal, womit sie bei der KFZ-Steuer rechnen können. Der Staat muss sagen, wo es künftig langgehen wird. Die Krise bietet hier die Chance zur Umstellung.

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/beguenstigung-von-dienstwagen-muss-weg;2092604>

Der FÖS hat sich dieses Jahr intensiv mit der Besteuerung von Dienstwagen beschäftigt und zusammen mit Greenpeace eine Studie zu dem Thema erstellt.

<http://www.foes.de/de/dienstwagen.html>

Ergebnisse EU-Energie- und Klimapakets

[DNR, 15.12.2008]

Stromsektor

Die Energieversorger müssen grundsätzlich alle Verschmutzungsrechte ab 2013 ersteigern. Nur osteuropäische Kraftwerke steigen erst allmählich in die Auktionierung ein, bis sie 2020 sämtliche Zertifikate kaufen.

Subventionierung neuer Kraftwerke

Von 2013 bis 2016 können die Mitgliedstaaten mit den Erlösen aus der Versteigerung den Bau hocheffizienter Kraftwerke subventionieren, sofern diese CCS-fähig sind. Bei entsprechend ho-

hem Wirkungsgrad (s. Anhang S. 3) können die Mitgliedstaaten bis zu 15 Prozent der gesamten Investitionskosten übernehmen.

Energieintensive Industriezweige

Der große Teil der Schwerindustrie erhält die Zertifikate frei zugeteilt, jedoch nur bis zu der Höhe der am besten verfügbaren Technologie. Ausnahmen gibt es für alle Branchen, deren Produktionskosten um mehr als fünf Prozent steigen und deren Handelsintensität mehr als zehn Prozent beträgt. Nach vorläufigen Berechnungen der dpa sind dies rund 80 Prozent, der EU-Abgeordnete Claude Turmes sprach von 96 Prozent. Branchen, die nicht von der Ausnahmeregelung profitieren müssen ab 2013 erst 20 Prozent ihrer Zertifikate ersteigern, ab 2020 dann 70 Prozent und ab 2025 schließlich 100 Prozent.

Verwendung der Erlöse aus der Versteigerung

Obwohl das Parlament sämtliche Erlöse in Klimaschutzmaßnahmen in Europa und Entwicklungsländern investieren wollte, beharrten die Mitgliedstaaten auf freiwilliger Zweckbindung. Die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern soll nun auf dem Frühjahrsgipfel im März diskutiert werden.

Förderung von CO₂-Abscheidung

300 Millionen Zertifikate werden für Demonstrationsvorhaben zur CO₂-Abscheidung und für erneuerbare Technologien zur Verfügung gestellt. Dies entspricht einem aktuellen Gegenwert von ca. 4,5 Milliarden Euro.

Solidaritätsmechanismus für Osteuropa

Die osteuropäischen Mitgliedstaaten erhalten zwölf Prozent der europaweit zu versteigernden Emissionszertifikate extra.

Entscheidung zur Verteilung der Reduktionsanstrengungen (Effort-Sharing)

Mitgliedstaaten dürfen über den Clean Development Mechanism rund 70 Prozent ihrer Reduktionsleistung im Ausland erbringen. Ferner dürfen sie ihre jährliche Emissionsobergrenze um bis zu fünf Prozent überschreiten.

Gabriel: Europa bleibt beim Klimaschutz weiter vorn

[BMU-Pressedienst, 12.12.2008] Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat die Einigung der

europäischen Staats- und Regierungschefs über das Klimapakete der EU begrüßt. „Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist ein klimaschutz- und industriepolitisch gutes Ergebnis erzielt worden. Diese Entscheidung stellt sicher, dass das klimaschutzpolitische Ziel Europas erreicht wird“, erklärte Gabriel auf der Klimakonferenz in Posen. Europa werde damit auch weiterhin seine Vorreiterrolle auf dem internationalen Klimaschutzparkett wahrnehmen. „Die EU setzt ein Signal für die internationalen Verhandlungen über ein Kyoto-Nachfolgeregime. Andere Staaten müssen jetzt folgen“, so Gabriel.

Die unter deutscher Präsidentschaft im März letzten Jahres festgelegten europäischen Klimaschutzziele werden mit dem Beschluss der Staats- und Regierungschefs durch konkrete Maßnahmen – basierend auf dem von der Kommission am 23. Januar 2008 vorgelegten Gesamtpaket – unterlegt.

Kern des Pakets ist der Emissionshandel. Ab 2013 werden Betreiber von Kraftwerken ihre Emissionszertifikate zu 100 Prozent ersteigern müssen. Den wirtschaftlich weniger weit entwickelten neuen Mitgliedsstaaten im Osten Europas wird eine Übergangsfrist für Bestandsanlagen eingeräumt. 2020 werden aber auch hier alle Zertifikate für den Kraftwerksbetrieb ersteigert werden müssen. Für die Erneuerung des Kraftwerksparks können die Mitgliedsstaaten Investitionszuschüsse bis zu 15 Prozent der Investitionsausgaben gewähren. Begrenzt ist dies auf den Zeitraum 2013 bis 2016, was zu einer Beschleunigung des Baus hoch effizienter Kraftwerke führen soll.

Angesichts der prekären Wirtschaftslage werden Anlagen der Industrie äußerst moderat belastet. Diese recht großzügige Regel soll verhindern, dass durch den Emissionshandel Produktionsstandorte in Länder außerhalb der Europäischen Union verlagert werden.

Der Beschluss schafft ferner eine klare finanzielle Perspektive für den Bau von 12 Pilotanlagen zur Kohlenstoffabscheidung und -lagerung (CCS). Außerdem wird der Anteil der erneuerbaren Energien bis 2020 auf 20 Prozent des Endenergieverbrauchs steigen. Das wird einen erheblichen Beitrag zur Minderung der Treibhausgasemissionen in Europa leisten.

Glos setzt Geschenke für die Industrie durch

[Malte Kreutzfeldt, Taz.de, 15.11.2008] Im koalitionsinternen Streit um die deutsche Position zum europäischen Emissionshandel hat sich Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) in einer wichtigen Frage gegen Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) durchgesetzt: Bei den anstehenden Verhandlungen in Brüssel wird die Bundesregierung sich für **weitreichende Ausnahmen für die Industrie** einsetzen. Entsprechende Medienberichte wurden der taz aus regierungsnahen Kreisen bestätigt.

Die Einigung der Bundesregierung sieht vor, den Industriebranchen Emissionszertifikate weiterhin kostenlos zuzuteilen, die mehr als 4 Kilogramm Kohlendioxid (CO₂) ausstoßen, um 1 Euro brutto zu erwirtschaften. Diese Ausnahme würde dafür sorgen, dass weit **mehr als zwei Drittel der Zertifikate an die Industrie weiterhin verschenkt werden**. Damit will die Bundesregierung besonders energieintensive Branchen wie Stahl, Zement und Chemie schützen. Über weitere Ausnahmen wird noch verhandelt; in jedem Fall sollen aber auch die übrigen Branchen dauerhaft nur 20 Prozent ihrer Zertifikate bezahlen müssen. Die EU-Kommission will den Anteil der versteigerten Zertifikate hingegen von 20 Prozent im Jahr 2013 auf 100 Prozent im Jahr 2020 steigern und nur wenige Ausnahmen zulassen. Einig ist sich die Bundesregierung mit der EU, dass Energieversorger ihre Emissionsrechte ab 2013 voll bezahlen müssen.

Regierungssprecher Ulrich Wilhelm sagte, die Gespräche innerhalb der Regierung dauerten noch an. Einigkeit bestehe aber darüber, dass Deutschland „für kohlenstoffintensive Industrien Ausnahmen durchsetzen“ wolle, und zwar zum „Schutz der Wettbewerbsfähigkeit“. Wenn der Emissionshandel nur in Europa gelte, bestehe die Gefahr, dass die Industrie nicht mehr konkurrenzfähig sei oder abwandere.

Doch **inwieweit die Industrie tatsächlich im internationalen Wettbewerb steht, soll nun keine Rolle mehr spielen**. Dieses vom Umweltministerium bisher geforderte Kriterium wurde kurzerhand gestrichen. So kann die Ausnahme nun beispielsweise für Zement gelten. Bei dessen Herstellung wird zwar viel CO₂ frei; doch wegen der hohen Transportkosten wird er kaum über große Entfer-

nungen gehandelt: Die EU importiert nach Angaben des WWF gerade einmal 8 Prozent ihres Zementbedarfs. Auch andere Branchen, die die Regierung ausnehmen will – wie Stahl, Glas, Keramik und Raffinerien –, haben nach Berechnungen des Ökoinstituts nur eine relativ geringe Handelsintensität.

Im Umweltministerium ist man dennoch „sehr zufrieden mit der Einigung, die sich abzeichnet“, wie Sprecher Tobias Dünow sagte. Es deute sich eine Lösung an, die eine Abwanderung der Industrie verhindere und gleichzeitig einen „strikten Emissionshandel“ ermögliche.

Ganz anders fällt die Bewertung der Deutschen Umwelthilfe aus: „Wenn es nun Ausnahmen völlig unabhängig davon gibt, ob ein Unternehmen im Wettbewerb steht, hat das mit Klimaschutz nichts zu tun“, sagte Geschäftsführer Rainer Baake. „Das ist ein Kniefall vor der Industrielobby.“

<http://www.taz.de/index.php?id=archivseite&dig=2008/11/15/a0071>

Gabriel versteckt brisante Klimastudie

[Sigrid Totz, Greenpeace, 17.10.2008] Die Bundesregierung kann ihre **Klimaschutzziele nur noch erreichen, wenn keine weiteren Kohlekraftwerke gebaut werden**. Das sagt nicht nur Greenpeace – zu diesem Ergebnis kommt auch die Leitstudie 2008 des Bundesumweltministeriums. Sie wurde am Donnerstag ganz still auf die BMU-Homepage gestellt. Die übliche Pressekonferenz fiel aus. Nicht weiter verwunderlich: Die Leitstudie steht **in auffälligem Widerspruch zur Klimapolitik des Umweltministers**. Sie empfiehlt, bei den fossilen Brennstoffen übergangsweise auf Erdgas für die Stromproduktion auszuweichen. Der Mehrverbrauch sei durch Einsparungen von Gas im Wärmebereich auszugleichen. Sigmar Gabriel dagegen setzt sich beharrlich für den Bau weiterer Kohlekraftwerke ein. Kohle ist unbestritten der klimaschädlichste aller fossilen Brennstoffe.

„Gabriel wird von seinen eigenen Gutachtern Lügen gestraft“, erklärt Andree Böhling, Energieexperte von Greenpeace. „Kein Wunder, dass er die Studie stillschweigend auf seiner Internetseite zu verstecken versucht, anstatt sie auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorzustellen.“

Die Bundesregierung will die Klimagasemissionen in Deutschland bis 2020 um 40 Prozent und

bis 2050 um 80 Prozent senken. Die Einzelziele, die dahin führen sollen, sind im Integrierten Energie- und Klimaschutzprogramm (IKEP) zusammengefasst.

Die Leitstudie kommt zu dem Ergebnis, dass viele dieser im IKEP beschlossenen Ziele nicht erreicht werden können. Nach Ansicht der Gutachter vom Deutschen Institut für Luft- und Raumfahrt (DLR) sind **zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen notwendig**.

So müssen die schwachen Gesetze nachgebessert werden, die bis 2020 zu einer elfprozentigen Reduzierung des Stromverbrauchs führen sollen. Auch der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung auf 25 Prozent bis 2020 ist mit dem Gesetz der Regierung nicht zu erreichen. Greenpeace hatte darauf zuletzt im Juni dieses Jahres mit einer Bewertung der Meseberg-Beschlüsse hingewiesen.

„Herr Gabriel sollte endlich die Fakten der Wissenschaftler zur Kenntnis nehmen und aufhören, den Menschen neue Kohlekraftwerke als gelebten Klimaschutz zu verkaufen. Sonst wird der Umweltminister am Ende selbst zur größten Gefahr für den Klimaschutz“, so Böhling.

„Angesichts der dramatischen Beschleunigung des Klimawandels muss man von einem Umweltminister erwarten, dass er aufschreit, wenn die Bundesregierung beim Klimaschutz nicht mehr auf Kurs ist. Gabriel drückt sich aber vor den Fakten und versucht, die Dinge weiter schönzureden. Das ist skandalös!“

<http://www.greenpeace.de/themen/klima/nachrichten/artikel/gabriel-versteckt-brisante-klimastudie/>

Zur Studie:

<http://www.bmu.de/erneuerbare-energien/downloads/doc/42383.php>

Gabriel fordert Subventionen für Kohlekraftwerks-Neubauten

[BMU Pressemitteilungen Nr. 275/08 vom 26.11.2008] Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat sich erneut gegen die Forderung gewandt, auf eine vollständige Versteigerung der Emissionsberechtigungen im europäischen Emissionshandel zu verzichten. Auf dem Klimakongress des Stromkonzerns EnBW sagte Gabriel: „Wer das tut, der schenkt den vier großen Energieversorgungsunternehmen weiterhin Milliarden dafür,

dass sie nichts tun. Denn die Kosten für die Emissionsberechtigungen wurden ja seit Jahren durch die EVU eingepreist und von den Stromkunden abverlangt, obwohl sie diese Zertifikate geschenkt bekamen. Wir haben Windfallprofits und Extragewinne zu Lasten der Stromverbraucher zugelassen.“

Damit müsse jetzt Schluss sein, fordert der Bundesumweltminister. Die Einnahmen aus der Versteigerung müssten allerdings für die Klima- und Energiepolitik eingesetzt werden. Gabriel: „Wir müssen sie den Verbrauchern zurückgeben, z. B. in dem wir ihnen finanziell helfen ihre Häuser besser zu dämmen oder den Strompreis von den Kosten der Kraft-Wärme-Koppelung entlasten und diese Aufgabe in Zukunft aus den Versteigerungserlösen bezahlen.“

Gleichzeitig stehe aber vor allem in Deutschland auch die Modernisierung des Kraftwerksparks auf der Tagesordnung. Da neue und Klima schonende Kraftwerke aufgrund der gestiegenen Investitionskosten gegenüber alten Anlagen unwirtschaftlicher seien, sollen nach Vorstellung des Umweltministers dafür Zuschüsse gezahlt werden. „Wer den Stromkonzernen die Windfallprofits in Milliardenhöhe überlässt, hat keine Sicherheit, dass diese Gewinne auch in neue Kraftwerke investiert werden. Deshalb wollen wir die vollständige Auktionierung und mit einem **Teil dieser Mittel auch Zuschüsse für den Neubau von Kraftwerken** gewähren. Vor allen Dingen für hocheffiziente Kraftwerke, für die Kraft-Wärme-Koppelung und wenn gleichzeitig alte CO₂-Schleudern stillgelegt werden“, erklärte Bundesumweltminister Gabriel.

<http://www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle-pressemitteilungen/pm/42662.php>

Kfz-Steuer-Vorschlag von Gabriel ist klimapolitisch absurd

[Pressemitteilung Bündnis 90/Die Grünen Nr. 1134 vom 30.10.2008] Zum Kfz-Steuervorschlag von Umweltminister Gabriel erklären Fritz Kuhn, Fraktionsvorsitzender, und Winfried Hermann, verkehrspolitischer Sprecher:

Die von Gabriel vorgeschlagene Steuerbefreiung für alle Autos mit Euro 5 oder Euro 6-Norm ist klimapolitisch kontraproduktiv. **Ein schwerer Gelandewagen, der diese Schadstoffnorm erfüllt, wür-**

de genau so von der Steuer befreit wie ein klimafreundlicher Kleinwagen. Die Steuerbefreiung für große und schwere Autos ist klimapolitisch absurd und belohnt die Autoindustrie für ihre verfehlte Produktpolitik. Wir brauchen kein Absatzförderungsprogramm für Spritschlucker, die das Klima aufheizen.

Gabriel zeigt einmal mehr, dass er klimapolitisch blind ist, wenn es um die Autoindustrie geht. Auch bei den CO₂-Grenzwerten für Neufahrzeuge handelt er nicht als Umweltminister sondern als ehemaliges Aufsichtsratsmitglied der Volkswagen AG.

Statt immer neue Vorschläge in die Welt zu setzen, sollte die Bundesregierung endlich eine Übertragung der Kfz-Steuer auf den Bund mit den Ländern verhandeln. Erst dann ist eine Reform überhaupt möglich.

Unser Vorschlag für eine CO₂-bezogene Kfz-Steuer liegt seit dem Frühjahr auf dem Tisch. Wir wollen alle Autos mit einem CO₂-Ausstoß von weniger als 120 Gramm pro Kilometer für vier Jahre steuerfrei stellen und dafür schwere Spritschlucker deutlich höher besteuern als heute. Nur so entfaltet die Kfz-Steuer auch eine klimapolitische Lenkungswirkung.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel zum Thema ökologisches Wirtschaftswunder

[Andreas Geil, *Natur.de* vom 29.10.2008] Andreas Geil: Was bewirkt das neue Förderprogramm der KfW Förderbank „Energieeffizienz in KMU“?

Sigmar Gabriel: Mit dem „Sonderfonds Energieeffizienz in KMU“ soll die Energieeffizienz von kleinen und mittleren Unternehmen gezielt gefördert werden. Beratungsleistungen zur Erhöhung der Energieeffizienz werden mit Zuschüssen von bis zu 80 Prozent für die Durchführung unabhängiger und qualifizierter Energieberatungen unterstützt. So werden Anreize geschaffen, Informationsdefizite über betriebliche Energieeinsparpotenziale bei kleinen und mittleren Unternehmen abzubauen. Die Umsetzung von Energieeinsparmaßnahmen kann mit zinsgünstigen Krediten aus dem ERP-Energieeffizienzprogramm finanziert werden. Gefördert werden Maßnahmen, zur Energieeinsparung bis zu 100 Prozent der förderfähigen

Investitionskosten, maximal 10 Millionen. Euro.

Andreas Geil: Maximilian Gege, der B.A.U.M. e.V. Vorsitzende, beschreibt aus seinen Praxiserfahrungen, dass es Unternehmen oft an fundierten, praxisnahen Informationen fehlt, wie energieeffiziente und CO₂-reduzierende Maßnahmen schnell und erfolgreich realisiert werden können. In vielen Fällen werden aus Unkenntnis zur Verfügung stehende Fördermittel, die sogar Beratungszuschüsse einschließen, leider nicht genutzt oder es fehlt schlicht an Kapital. Fast zwei Drittel der Unternehmen haben keine Experten für Energiefragen im Unternehmen beschäftigt. Zeitmangel aufgrund hoher Arbeitsbelastung und mangelndes Wissen lassen offensichtlich in vielen Mittelstandsunternehmen schnell wirksame Sparpotenziale einfach unentdeckt. Wie kann das BMU helfen diese zu verbessern?

Sigmar Gabriel: Natürlich ist in diesem Bereich noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten. Ich habe aber den Eindruck, dass immer mehr Unternehmen – große Konzerne genauso wie kleine Handwerksbetriebe – die ökonomischen Chancen erkennen, die in der massiven Steigerung der Energieeffizienz liegen. Das hat natürlich vor allem mit den explodierenden Energiepreisen zu tun, die für immer mehr Firmen eine ganz massive Bedrohung sind. Ich sehe die Aufgabe meines Ministeriums darin, zum einen auf die wirklich guten Beratungs- und Unterstützungsangebote der verschiedenen staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen hinzuweisen. Zum anderen müssen wir uns natürlich auch selbstkritisch fragen, ob das eine oder andere Programm nicht noch unbürokratischer gehandhabt werden kann. Und schließlich muss man sehen: Die deutsche Wirtschaft genießt energiesteuerliche Sonderregelungen. Für Unternehmen des produzierenden Gewerbes sind beispielsweise die Steuersätze für Strom und Heizstoffe auf rund 60 Prozent der Regelsteuersätze ermäßigt. Darüber hinaus haben sie Anspruch auf den so genannten Spitzenausgleich, also den Ausgleich des Saldos zwischen Entlastung durch Senkung der Rentenversicherungsbeiträge und Belastung durch Ökosteuern. Bestimmte energieintensive Prozesse sind sogar vollständig von der Steuer befreit (z.B. in der Glas-, Keramik-, Zement-, Kalk-, Baustoff-, Düngemittel- und metallverarbeitenden Industrie). Es wäre absurd, wenn diese Steuerbefreiungen einem verschwenderischen

Umgang mit Energie Vorschub leisten würde und wenn die vorhandenen Potenziale, die Energieeffizienz zu steigern, nicht ausgeschöpft würden. Eine **Steuerbefreiung über 2012 hinaus muss deshalb rechtlich an die Einführung betrieblicher Energiemanagementsysteme geknüpft werden**. Eine stufenweise Einführung ab 2009 gibt den Unternehmen einen zeitlichen Spielraum für Anpassungs- und Lernprozesse.

Andreas Geil: In seinem neuen Buch schreibt Maximilian Gege: Ein zentraler Fehler in der gesamten Klima und Energiediskussion ist, dass die verschiedenen Energieträger oft gegeneinander ausgespielt werden – nach jeweiligen Lobbyinteressen und dass eine ganzheitliche, vernetzte Betrachtungsweise fehlt. Selbst renommierte Journalisten beschreiben die „Lage“ kritisch, weisen darauf hin, dass die Erneuerbaren Energien alleine nicht reichen, vergessen dabei aber völlig die enormen Chancen der gezielten Nutzung aller Erneuerbaren Energien, des Energiesparens und der Energieeffizienz und kommen so leider zu falschen Schlussfolgerungen. Wie sieht das der Bundesumweltminister?

Sigmar Gabriel: Professor Gege hat Recht: Wir führen in Deutschland gelegentlich Gespensterdiskussionen. Da wird dann noch heute so getan, als seien Erneuerbare Energien eine Nische, für spinnerte Öko-Tüftler. Dabei handelt es sich um eine Hightech-Branche, in der 250.000 Menschen zukunftssträchtige Arbeitsplätze finden – Tendenz steigend. Wir streiten viel zu viel über die Atomenergie, dabei ist für alle Experten klar, dass die bei der Lösung der weltweiten Energieprobleme keine Rolle spielt. Anders sieht das bei der Energieeffizienz aus: In den deutschen Unternehmen schlummert ein erhebliches Energie-Einsparpotenzial. Schätzungen zufolge ließe sich zwischen 20 bis 40 Prozent des Energieverbrauchs der Industrie zu wirtschaftlich vernünftigen Bedingungen bis 2020 einsparen. Durch Einsatz von elektronischen Drehzahlregelungen wäre der Verbrauch um 15 Prozent zu reduzieren – das entspricht mit mehr als 4.000 Megawatt der Leistung von drei bis vier großen Kraftwerken. Viele kleine Stellschrauben erfordern nicht einmal umfangreiche Investitionen, sondern lassen sich ohne großen Aufwand und ohne Investitionen realisieren. Ein betriebliches Energiemanagementsystem beispielsweise trägt dazu bei, Energieeinsparpotenzi-

ale sichtbar zu machen. Es identifiziert zugleich bisher vernachlässigte Kostenfaktoren und macht diese für künftige Investitions- und Reorganisationsentscheidungen berechenbar.

Andreas Geil: Maximilian Gege stellt ein umfassendes Zukunftsprogramm vor, das nicht nur Arbeit und Einkommen sichert, sondern auch verbesserte Spielräume für Zukunftsinvestitionen schafft. Gege zeigt auf, dass die konsequente Nutzung aller Möglichkeiten der Erneuerbaren Energien, der Energieeinsparung und der Energieeffizienz die CO₂-Belastungen sowie Energiekosten in beträchtlicher Höhe reduziert. „Im Rahmen eines Zehnjahresprogramms könnte unter Nutzung aller verfügbaren Technologien und Schaffung von Millionen neuer Arbeitsplätze die Klimaoffensive erfolgreich realisiert werden.“ (...) „Ein solches nachhaltiges Zukunftsprogramm ist nicht nur möglich, sondern auch problemlos finanzierbar“, betont Gege. Im Zentrum steht dabei der „Zukunftsfonds“, durch den das vorhandene Kapital der Bürger aktiviert wird und mit mindestens sicheren 5 Prozent Zinserträgen ausgestattet ist. Wie bewertet der Bundesumweltminister einen solchen Ansatz?

Sigmar Gabriel: Das ist ein interessantes Konzept. Wir investieren als Bundesregierung aber ja schon heute massiv in die genannten Bereiche: Gegenüber 2005 hat sich der Haushalt meines Ministeriums fast verdoppelt. Die Steigerung kommt ganz überwiegend konkreten Projekten zugute, von denen Verbrauchern, Haushalte, Schulen, Kommunen und Unternehmen profitieren. So werden die Mittel für die Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums im nächsten Jahr um 60 Millionen auf 460 Millionen Euro ansteigen. Das Marktanzreizprogramm, mit dem der Einsatz erneuerbarer Energien im Wärmebereich gefördert wird, steigt auf über 400 Millionen Euro; im Jahr 2005 standen dafür real nur 130 Millionen Euro zur Verfügung. Das bereits beschlossene Meseberg-Paket der Bundesregierung zum Klimaschutz wird nach einer Studie dazu führen, dass sich die Energieimporte bis 2020 im Werte von rund 20 Milliarden Euro reduzieren. Durch das Klimaschutzprogramm steigen die Nettoinvestitionen um über 30 Milliarden Euro pro Jahr. Das Bruttoinlandsprodukt liegt im Jahresdurchschnitt bis 2030 um mehr als 50 Milliarden Euro über dem Niveau, das ohne Klimaschutzmaßnahmen er-

reicht würde. Nicht zuletzt: Es entstehen bis 2020 in Deutschland mindestens 500.000 zusätzliche Arbeitsplätze, im Jahr 2030 können es über 800.000 Stellen sein.

Andreas Geil: Sie haben ein Programm mit dem Namen ökologische Industriepolitik vorgelegt. Könnten Sie sich vorstellen das mit Hilfe des Zukunftsfonds auch Ihre Vorschläge wie z.B. zusätzliche Forschungsaktivitäten im Bereich Erneuerbare Energien und Speicherungen sowie wesentlich mehr Effizienzberatungen und auch Aus- und Weiterbildung für die dringend erforderlichen qualifizierten Mitarbeiter in diesen Bereichen finanziert werden? Auch die energetische Altsanierung, von Gege in seinem 16 Punkte Programm vorgeschlagen, könnten durch den Fonds mitfinanziert werden und so zu einer viel schnelleren dringend notwendigen Energiewende beitragen.

Sigmar Gabriel: Klar ist, dass wir in Erneuerbare und Energieeffizienz in Zukunft noch mehr investieren müssen – einfach deshalb, weil solche Investitionen nicht nur eine ökologische, sondern auch eine hohe ökonomische Rendite bringen. Ein Beispiel: In den Jahren 2005 bis 2007 wurden aus Bundesmitteln des Kollegen Tiefensee etwa 290.000 Wohngebäude umfassend energetisch saniert beziehungsweise energiesparend neu errichtet. Das sind mehr als 650.000 Wohneinheiten. Der CO₂- Ausstoß wird hierdurch jährlich um mehr als 2 Millionen Tonnen verringert, Heizkosten in Höhe von 500 Millionen Euro werden eingespart. Wegen des großen Erfolgs wird das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der Bundesregierung jetzt um 500 Millionen Euro aufgestockt. Wir müssen in der Tat auch an neue Finanzierungsinstrumente denken. Denn im Bereich der Umweltschutztechnologien muss ein potenzieller Investor mit großen Unsicherheiten umgehen, da die Frage, ob sich eine Technologie am Markt durchsetzen und somit die getätigte Investition rentabel sein wird, zu Beginn nur vage beantwortet werden kann. Gleichzeitig besteht im Bereich GreenTech, insbesondere bei Klimaschutztechnologien und effizienter Energieverwendung, ein hoher Bedarf an Innovation und seitens der Finanzwirtschaft ein großes Interesse daran, in Start-up-Unternehmen zu investieren. Ich habe in meinem Papier zur Ökologischen Industriepolitik vorgeschlagen, dass wir mit der Einrichtung eines GreenTech-Fonds speziell den Anforderungen

von innovativen Umwelttechnikunternehmen Rechnung tragen. Der GreenTech-Fonds sollte im Rahmen einer Public-Private-Partnership als zeitlich limitierter Fonds konzipiert werden. Das Fondsvolumen von 500 Millionen Euro soll sich aus privatem und öffentlichem Kapital speisen. Ich glaube, nur wenn Politik und Wirtschaft an einem Strang ziehen, können wir die Herausforderung meistern – und die gigantischen vor uns liegenden Chancen nutzen.

http://www.natur.de/scripts/basics/econews/basics.prg?session=579f8ac949089d1f_324326&nap=natur&a_no=18744

Ein ökologisches Wirtschaftswunder

[Joachim Wille, FR-online.de vom 04.11.2008]

Der renommierte Umwelt-Unternehmensverband BAUM fordert als Mittel zur Konjunkturstützung die Einrichtung eines milliarden schweren „Zukunftsfonds“. Daraus sollen zehn Jahre lang Investitionen ins Energiesparen und die Energieeffizienz sowie erneuerbare Energien finanziert werden.

Der Clou dabei: Eine garantierte fünfprozentige Verzinsung des eingesetzten Kapitals könnte nach Berechnungen des Verbandes aus der dann deutlich verminderten Energierechnung aufgebracht werden.

Der Fonds solle staatlich garantiert werden, sich aber aus Einlagen der Bürger speisen, erläutert Maximilian Gege, Präsident des Bundesdeutschen Arbeitskreises für Umweltbewusstes Management (BAUM), in dem 500 große Unternehmen – von Adidas über Deutsche Post bis Unilever – sowie Mittelständler vertreten sind.

Das private Geldvermögen in Deutschland, so Gege, betrage derzeit rund 4,8 Billionen Euro. Der Verband hält es für realistisch, dass die Bürger davon im ersten Jahr fünf Prozent und ab dem zweiten Jahr bis zu zwei Prozent in den Fonds abzugeben.

„Die garantierte Verzinsung von fünf Prozent ist so attraktiv, dass dies durchaus erreicht werden könnte“, sagte Gege. Zusätzlich könne noch ein Anteil von fünf Prozent der jährlich anfallenden Erbschaften von rund 200 Milliarden Euro in den Fonds fließen. Das ergäbe im Jahr zusätzlich zehn Milliarden.

Energiespar-Projekte sind rentabel

Die Mittel – 250 Milliarden im ersten und 106 Milliarden Euro in den nachfolgenden Jahren – sollen in ein Zehn-Jahres-Zukunftsprogramm als „Initialzündung für ein ökologisches Wirtschaftswunder“ fließen. Gege: „Damit könnte die drohende Rezession verhindert werden, ohne dass steuerfinanzierte Konjunkturprogramme notwendig sind.“

Die Mittel wären weitaus höher als die, die die Bundesregierung aktuell zur Konjunkturstützung diskutiert. Schwerpunkte der Investitionen wären Firmen sowie öffentliche und private Gebäude und Haushalte.

Gege sagt: In den meisten Fällen sind die Projekte so rentabel, dass die Energieeinsparung sowohl Zins und Tilgung als auch einen Profit für den Investor sowie die Verwaltungskosten des Fonds leicht finanzieren kann. Der Gewinn wird aufgeteilt: Zwei Drittel fließen zurück an den Fonds, ein Drittel behält der Investor, wie Gege am Beispiel der Modernisierung von Heizungsanlagen vorrechnet.

Ähnliche Kalkulationen ergeben sich BAUM zufolge auch bei anderen Erneuerbare Energien und Effizienz-Investitionen – wie etwa Solarwärmanlagen, Wärmepumpen, energiesparenden Fenstern und Beleuchtung, Wärmedämmung, verbrauchsärmeren Haushaltsgeräten, besserer Motoren- und Druckluft-Technik in der Industrie oder bei Blockheizkraftwerken.

BAUM schlägt vor, den Fonds von der KfW-Bankengruppe in Frankfurt verwalten zu lassen. Sie würde die Mittel dann in Kooperation mit Sparkassen und Banken an die Bürger und Unternehmen auszahlen.

Gege ist sicher, dass durch die Initiative mehrere hunderttausend Arbeitsplätze entstehen – zusätzlich zu den 1,4 Millionen Jobs, die bereits im Umweltsektor existieren. „In Deutschland gibt es zum Beispiel 800 Millionen Quadratmeter Dachfläche, auf denen Solaranlagen zur Warmwasser- und Stromgewinnung installiert werden können. Das schafft Arbeit.“

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel äußerte sich grundsätzlich positiv zum BAUM-Vorstoß. „Das ist ein interessantes Konzept“, sagte er. Man müsse „in der Tat an neue Finanzierungsinstrumente denken“, um die ökologische Modernisie-

rung voranzubringen.

Zustimmung gibt es auch in der Wirtschaft. Der Aufsichtsratschef der Otto Group, Michael Otto, befand: „Im Konzept des Zukunftsfonds sehe ich hervorragende Chancen, privates Kapital im Sinne einer aktiven Bürgerbeteiligung für die Lösung von Zukunftsproblemen zu mobilisieren.“

http://www.fr-onli-ne.de/in_und_ausland/wirtschaft/aktuell/1623952_oekologisches-Wirtschaftswunder.html

3. ÖFR INTERNATIONAL

Flugverkehr im Emissionshandel: Einigung wird rechtskräftig

[DNR EU-Koordination, 27.10.2008] Der europäische Ministerrat hat im Oktober formell dem Kompromiss zum Flugverkehr zugestimmt, den der parlamentarischen Berichterstatter Peter Liese und die slowenische Ratspräsidentschaft im Juni getroffen hatten. Damit wird die Einigung rechtskräftig. Fluglinien werden ab 2012 erstmals auch ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten müssen.

Die wichtigsten Punkte des Kompromisses:

- Sämtliche Flüge – sowohl inereuropäische als auch in und von den und EU-Staaten sollen von den Vorschriften erfasst werden.
- Die Obergrenze für die gesamten Emissionen des Flugsektors läge bei 97 Prozent der durchschnittlichen Werte der Jahre 2004 bis 2006. Ab dem Jahr 2013 soll die Grenze auf 95 Prozent gesenkt werden.
- Die Fluglinien erhielten 85 Prozent der Emissionszertifikate kostenlos, die restlichen 15 Prozent müssten sie ersteigern.
- Die Einnahmen aus der Versteigerung sollen für Klimaschutzmaßnahmen, technische Entwicklung oder Waldschutzmaßnahmen investiert werden.

Die Höhe der Emissionssenkung und die Menge der kostenlosen Emissionszertifikate werden jedoch noch einmal bei der aktuellen Diskussion zum Energie- und Klimapakett aufgegriffen. „Ich halte es auch für unfair, wenn Teile der Industrie

bis 2020 sogar 100 Prozent ihrer Zertifikate ersteinern sollen und der Flugverkehr auf Dauer 85 Prozent kostenlos erhält. Hier muss noch einmal nachverhandelt werden um für die zweite Periode eine gerechte Lösung zu finden", erläutert Berichterstatter Liese den Standpunkt des Parlaments.

<http://www.eu-koordinati-on.de/index.php?page=23&vorlage=fuenfb&id=776>

Alpentransitbörse

[Ines Steiger, FÖS, 21.11.2008] Die Alpentransitbörse (ATB) ist ein in der europäischen Verkehrspolitik diskutiertes Instrument zur Begrenzung des alpenquerenden Straßengüterverkehrs mit marktwirtschaftlichen Mitteln durch die Versteigerung und den Handel von Durchfahrtsrechten. Die Alpen sind ein vom Transitverkehr besonders belastetes Gebiet. In den engen Alpentälern sind aufgrund der topographischen Bedingungen die Auswirkungen von Lärm und Schadstoffen stark erhöht, die Grenzwerte werden regelmäßig überschritten. Auch die Effekte des Klimawandels werden in den Alpen verstärkt negative Auswirkungen haben. Diese ökologische Sensibilität, aber auch Verkehrsüberlastungen und Sicherheitsprobleme durch eine zu große Menge von LKW, machen eine Begrenzung der Straßenkapazität durch die Alpen notwendig.

Ergebnis einer Debatte über die Alpentransitbörse ist, dass nach dem Ständerat nun auch der Nationalrat beschlossen hat, dem Bundesrat grünes Licht für die Alpentransitbörse zu geben. Eingeführt ist sie damit jedoch noch nicht, da der Nationalrat die Verlagerung um weitere zehn Jahre hinausgeschoben hat.

Die bürgerliche Mehrheit des Parlaments zögert weiterhin mit der Umsetzung des Alpenschutzartikels, den die Schweizer per Volksentscheid vor 14 Jahren beschlossen haben. Der Ständerat möchte, dass sich das Parlament noch zweimal mit dem Thema befasst und zwar zur Genehmigung der Verträge sowie zur Schaffung eines Gesetzes über die Alpentransitbörse. So wird es sich um Jahre handeln, bis die ATB realisiert werden kann, während der Schwerverkehr wieder zunehmen wird. Ein schwacher Trost ist dabei der Be-

schluss, dass ab dem Jahr 2011 nur noch 1 Millionen Lastwagen (heute: 1,3 Mio.; Ziel: 0,65 Mio.) die Alpen überqueren sollen.

www.alpeninitiative.ch

4. FINANZMARKTKRISE UND UMWELTSCHUTZ

Steiner: Finanzkrise mit „Grüner Ökonomie“ bewältigen

[Christopher Ricke, dradio.de vom 30.10.2008] Nach Ansicht des Chefs des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), Achim Steiner, sollten Ansätze zu einer ökologischen Industriepolitik genutzt werden, um die Weltwirtschaft wieder anzukurbeln.

Christopher Ricke: Zwei Wochen noch, dann tagt der Weltfinanzgipfel und der UN-Generalsekretär hat den Europäern ein paar mahnende Worte mit auf den Weg gegeben. Ban Ki-Moon sagte, die Europäische Union möge sich doch um Fortschritte im Klimaschutz bemühen. Man könne sich nicht auf ein Wirtschaftswachstum zurückziehen, das vom rücksichtslosen Gebrauch kohlenstoffbasierter Energie getrieben werde. Das sagte der UN-Generalsekretär und ich spreche jetzt mit Achim Steiner. Das ist der Chef des Umweltprogramms der Vereinten Nationen. Guten Morgen, Herr Steiner!

Achim Steiner: Guten Morgen, Herr Ricke!

Christopher Ricke: Was brauchen wir denn dann? Brauchen wir eine Art „grüne Ökonomie“, wenn wir uns nicht mehr auf die kohlenstoffbasierte Energie, also auf Öl und Gas konzentrieren?

Achim Steiner: In der Tat und ich glaube, hier können wir aufbauen auf Erfahrungen, die wir ja bereits in den letzten Jahrzehnten gesammelt haben. In vielen Ländern und in unseren Wirtschaftssystemen haben wir ja bereits Ansätze hin zu einer ökologischeren nachhaltigeren kohlenstoffarmen Industrie- und Energiepolitik. Die Frage ist, ob wir in der gegenwärtigen Finanzkrise diese Ansätze nun wieder in die Schublade stecken, oder ob wir sie in der Tat dazu nutzen, auch unsere Weltwirtschaft wieder anzukurbeln. Das ist auch der Ansatz, mit dem wir gerade die Diskus-

sion dieser „grünen Ökonomie“ oder einer ökologischen Industrie- und Entwicklungspolitik vorantreiben wollen.

Christopher Ricke: Es gibt den Aspekt, was man gerne möchte, was sinnvoll wäre, aber es gibt natürlich auch die Probleme, die ganz akut gelöst werden müssen. Da muss ein Feuer gelöscht werden. Und es gibt auch ein wirtschaftspolitisches Feuer: die Auto- und Stahlindustrie in Europa ist durch die Weltfinanzkrise erheblich in die Klemme gekommen. Da wird möglicherweise viel Geld fließen. Hätte man das Geld eher in grüne Technologie stecken müssen?

Achim Steiner: Ich meine, man kann sich natürlich im Nachhinein immer fragen, was hätte man anders machen sollen, und ich glaube, da gibt es ja bereits sehr viele Erfahrungen, die wir gesammelt haben. Nur in der Tat, wie Sie sagen: Wir haben eine akute Finanzkrise. Das ist ja auch der Fokus aller internationalen Initiativen, nicht zuletzt mit Weltwährungsfonds und Weltbank im Augenblick und dem ganzen Bankenprogramm. Nur was eben sehr wichtig ist: Werden wir 1.000, 2.000 Milliarden Euro nur dafür nutzen, Löcher zu stopfen, oder können wir dieses Geld gleichzeitig auch dafür nutzen, Innovation, neue Technologien, ein Umstellen unserer Energiepolitik voranzutreiben? Ich glaube, wir können es uns gar nicht leisten, dass wir das Geld sozusagen nur nutzen, um eine Finanzkrise zu lösen. Wir müssen auch schauen, wie wir eine Wirtschaftspolitik damit wieder ankurbeln können. Auch gerade da ist ja die Frage nicht nur, wie können wir eine Bankenpleite vermeiden, sondern wie können wir eine ökonomische Krise vermeiden, in der Arbeitsplätze verloren gehen, Industriezweige zusammenbrechen. Hier glauben wir eben, dass sehr wohl im Bereich Energiepolitik, Energieeffizienz, Abfallwirtschaft und auch im ökologischen Bereich – das heißt bei Wäldern, der Renaturierung von Forsten weltweit – ein enormes Potenzial besteht, Arbeitsplätze zu schaffen und auch einen wirtschaftlichen Stimulus in die Wirtschaftspolitik einzubringen.

Christopher Ricke: Sie brauchen Unterstützer für diese Idee. Mit dem Weltfinanzgipfel wird ja ausdrücklich erwartet, bis in den USA der neue Präsident gewählt ist. Nur: Al Gore stand ja nicht zur Wahl, der große Umweltpolitiker. Sehen Sie denn unter den beiden Kandidaten, die zur Wahl ste-

hen, einen, der Ihrer Meinung nach der rechte Erneuerer ist für Ihre Pläne?

Achim Steiner: In den letzten Wochen ist sicherlich deutlich geworden, dass die Kandidatur von Barack Obama dieses Thema offensiver angeht, wobei man bei beiden – Obama und McCain – erkennen muss, dass sie die Klimapolitik, die Klimaherausforderungen sehr wohl auch in das Zentrum ihrer Politik gestellt haben. Beide Kandidaten haben bereits Konzepte, wie sie diese Art von grüner Politik, Arbeitsplatzbeschaffung und auch neuer Technologie und vor allem die Energiewirtschaft als Lokomotive für Veränderungen nutzen wollen. Obama zum Beispiel hat ja ein Programm von 150 Milliarden Dollar allein für erneuerbare Energien in den nächsten zehn Jahren in Aussicht gestellt. Ich glaube, gerade in den Vereinigten Staaten sehen wir eben Konzepte, die in der Größenordnung in die Richtung gehen, die wir brauchen, denn wir müssen gerade in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise mit Ansätzen kommen, die einer Größenordnung entsprechen, nicht nur in den Nischen und in den Margen zu arbeiten, sondern ins Zentrum unserer wirtschaftlichen Aktivität zu gehen.

Christopher Ricke: Wenn es gelingt, von dieser „grünen Ökonomie“ die Europäer und die US-Amerikaner zu überzeugen, dann fehlen noch die Chinesen, die Russen, die Inder, die Afrikaner. Muss man alle mit denselben Argumenten überzeugen, oder reicht es, wenn sie eine Lokomotive haben, die voranfährt?

Achim Steiner: Ganz im Gegenteil. Ich glaube, wir müssen eine in der Tat internationale Politik hier fördern. Deswegen ist ja auch gerade das Treffen in Washington am 15. November, aber auch ein Treffen „Financing for Development“ in Doha im Dezember im Rahmen der Vereinten Nationen, der ganzen Frage internationaler Finanzierung von Entwicklung, sehr wichtig. Nur wir müssen uns nicht der Illusion hingeben, dass dies nur eine Frage für Europa oder Nordamerika ist. Ich bin heute Morgen aus Korea zurückgekommen. Dort hat der Präsident grünes Wachstum jetzt als eine zentrale Säule seiner Wirtschaftspolitik deklariert. Auch in China sehen wir inzwischen Hunderttausende, sogar Millionen von Arbeitsplätzen, die im Bereich erneuerbarer Energien, Energieeffizienz geschaffen worden sind. Das ist vielen von uns noch nicht bekannt, aber

gerade in diesen Ländern ist natürlich nicht zuletzt durch den Ölpreis und die Energiepreise ein enormer Impuls auch in die Wirtschaft gekommen, hier zu erneuern. Und wir müssen aufpassen, dass gerade in den neuen Technologiesektoren Photovoltaik, Windenergie wir nicht überholt werden. Die zwei, drei größten Firmen heute weltweit im Bereich Windenergie und Photovoltaik sind in Indien und China, nicht mehr in Europa oder Amerika.

Christopher Ricke: Ist die Krise dann vielleicht sogar eine Chance?

Achim Steiner: Ich bin fest davon überzeugt. Deswegen haben wir ja auch einen „global green new deal“ gefordert. Wir müssen mit mehr Fantasie und vor allem auch mit einer Fähigkeit, mehrere Herausforderungen gleichzeitig zu lösen, an diese Thematik herangehen. Ansonsten werden wir für unsere Generation und für die nächste in der Tat 3.000, 4.000 Milliarden Euro nur für eine Krise benutzen. Gerade die Idee des „new deal“ kommt ja auch aus dieser Phase, die damals Präsident Roosevelt genutzt hat, um die amerikanische Wirtschaft zu erneuern und neue Schienen zu legen, auf denen Entwicklung sich fortbewegen kann. Ich glaube, gerade diese Krise heute in einem Weltwirtschaftssystem, das ja so abhängig geworden ist voneinander, erfordert von uns eben wirklich eine globale und nicht zuletzt auch eine nachhaltigere Wirtschaftspolitik. Das ist die Chance!

Christopher Ricke: Vielen Dank, Herr Steiner!

Achim Steiner: Vielen Dank!

<http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/868052/>

Die Sünder werden salonfähig

[Ulrike Sauer, Süddeutsche Zeitung vom 10.12.2008] Für die Daimler-Manager war es keine Frage: Der Elektro-Smart, Ausweis ihres grünen Verantwortungsgefühls, wird in Italien getestet. "Rom ist die größte Smart-City der Welt", schwärmte Bram Schot, Chef der italienischen Mercedes-Benz-Tochter, bei der Vorstellung des Modellversuchs zur Markteinführung der strombetriebenen Zweisitzer. 67 000 Smart kurven ums Kolosseum. Und aus Italien kommt 2008 jeder dritte Käufer des Winzlings von Daimler. Logisch, dass die deutschen Automanager da ihren

neuen City-Stromer ab 2010 auch in Rom, Mailand und Pisa auf den Prüfstand stellen. "Wir testeten unser Geschäftsmodell, die Infrastruktur zur Batterieaufladung und das Kundenverhalten", propagierte Schot vergangene Woche in Rom den Aufbruch in die Ära der Elektromobilität.

Hektik in Rom

Bei der ökologischen Kehrtwende endet die Affinität. So leicht Mercedes in Italien der Smart-Absatz fällt, so mühsam war das Festzurren des Pilotprojekts, für das der italienische Energieversorger Enel 400 Stromzapfsäulen einrichtet. Bezeichnenderweise blieb Roms Bürgermeister Gianni Alemanno der Unterzeichnung des Gemeinschaftsvorhabens in letzter Minute fern. Er musste sieben Monate nach der Wahl die letzten Pfründen verteilen und einen neuen Chef der Müllabfuhr bestellen. "Hektische Stunden sind das", begründete sein Verkehrsdezernent die Absage. Kohärent war sie. In Alemannos verstopfter und abgasverpesteter Hauptstadt hat die Aufhebung von Einschränkungen des privaten Autoverkehrs gerade Vorfahrt vor dem Klimaschutz. Gekommen war dafür Mario Valducci, Vorsitzender des Parlamentsausschusses für Verkehr. Er schickte voraus: "Italien hat kein Geld." Die Großwetterlage für klimafreundliche Initiativen am Mittelmeer ist rau.

Wie im Kleinen, so im Großen: Das grüne Desinteresse Italiens spiegelt sich momentan auf der europäischen Bühne in den Verhandlungen um das EU-Klimapakete wider. Kurz vor dem entscheidenden Gipfel in Brüssel bäumt sich Rom weiter auf. Ohne eine zusätzliche Abschwächung der Ziele und Auflagen, die in den bisher erreichten Kompromissvorschlägen enthalten sind, werde die italienische Regierung am Freitag ihr Vetorecht einsetzen, droht Umweltministerin Stefania Prestigiacomo. Die blonde Unternehmerin aus Sizilien schlägt sich für die Entlastung der Industrie. Es gelte, Massenauslagerungen in der Fabrikfertigung zu verhindern, sagt sie. Ihr geht es um den Handel mit den Verschmutzungsrechten und um eine generelle Revisionsklausel. Prestigiacomo drängt darauf, die beschlossenen Klimaschutzmaßnahmen 2014 neu zu prüfen. Ihr Motto in der Klimapolitik: "Keine Eile."

Die italienische Industrie heizt den Politikern täglich ein. "Die Regierung muss Kurs halten", feuer-

te der Spitzenverband Confindustria am Freitagabend das Kabinett von Medien-Milliardär Silvio Berlusconi an. "Emissionsrechte gratis", verlangen die Industriellen von der Europäischen Union. "Wir können uns selbst eine geringfügige Benachteiligung unseres produzierenden Gewerbes nicht leisten", warnte Confindustria vor dem Verlust von Arbeitsplätzen. Anfang Oktober hatte sich Industriellenchefin Emma Marcegaglia in Berlin mit ihrem deutschen Kollegen Jürgen Thumann verbündet. Der damalige BDI-Chef und die italienische Stahlunternehmerin schickten einen gemeinsamen Protestbrief an Bundeskanzlerin Angela Merkel und an Premier Berlusconi. "Mitten in der Krise dürfen die Unternehmen in Deutschland und Italien, dem Herzen der europäischen Industriefertigung, nicht so stark belastet werden", sagte Marcegaglia.

Berlusconi bremst

Unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise ist auch hinter den Kulissen der Politik ein erstaunlicher deutsch-italienischer Schulterschluss zu beobachten. Der in Berlin nicht sonderlich beliebte Berlusconi spielt im Tauziehen um den Klimaschutz mit seiner Veto-Androhung die verdienstvolle Rolle eines resoluten Bremsers. "Hinter Italien versteckt es sich heute gut", sagen Diplomaten.

Das ist bedenklich. Während Deutschland 2007 bei der Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen sein Ziel übertroffen hat, steigen die CO₂-Emissionen von Klimasünder Italien unaufhörlich an. 2006 pustete Italien 567 Millionen Tonnen Klimagift in den Himmel - 9,9 Prozent mehr als sechs Jahre zuvor. Ein Wunder ist das nicht. In der Solar- und Windenergie muss das Land einen riesigen Rückstand aufholen. In der Entwicklung emissionsärmerer Technologien hinken die Unternehmen hinterher. Im privaten Energieverbrauch steht ein breites Umdenken noch aus. Der Regierungswechsel im April brachte Italien nach dem zweijährigen Intermezzo einer klimafreundlicheren Politik die alte Gleichgültigkeit zurück. Erst vor einer Woche legte Berlusconi der steuerlichen Förderung von Energiesparmaßnahmen beim Wohnen so hohe Hindernisse in den Weg, dass die junge Blüte der grünen Branche rasch welken wird.

Wirtschaftskrise – welche Branche kippt als nächste?

[Henrik Böhme, Dw-world.de vom 18.11.2008]

Opel war das erste Unternehmen, das den Offenbarungseid geleistet hat: Ohne eine staatliche Bürgschaft in Milliardenhöhe habe man keine Zukunft mehr. Zu heftig leidet der Autobauer unter der Krise des Mutterkonzerns General Motors aus den USA. Für alle, die es bislang nicht glauben wollten, ist der Fall Opel der schlagende Beweis: Die Schockwellen der Finanzkrise haben die deutsche Wirtschaft abgewürgt – der Exportweltmeister steckt mittendrin in einer Rezession.

Die Automobilbranche war das erste Opfer – hier wirkte die Finanzkrise wie ein Katalysator, aber sie hat die bestehenden Probleme nur verschärft. Nach den Autobauern trifft es als nächstes die Stahlindustrie – und zwar mit voller Wucht. Denn wenn weniger Autos gebaut werden, dann wird auch viel weniger Blech gebraucht. Die Auftragslage sei katastrophal, heißt es in der Branche. Hinzu kommt ein Verfall der Preise auf dem Weltmarkt.

Schwieriges Fahrwasser

Und jetzt beginnt auch ein weiterer Pfeiler des jahrelangen Booms wegzubrechen. Weil Kredite schwerer zu bekommen sind und die Konjunkturaussichten trübe, fehlt den Firmen ein Anreiz, neue Maschinen und Anlagen zu kaufen. Hans-Günther Vieweg, der am Münchner ifo-Institut die konjunkturelle Entwicklung von Industriebranchen analysiert, verweist darauf, dass Investitionen immer sehr zyklisch vorgenommen werden. Allerdings seien die Auftragsbestände noch relativ groß und könnten im Laufe des nächsten Jahres abgearbeitet werden. „Aber es ist absehbar, dass die Investitionsgüterhersteller in sehr schwieriges Fahrwasser kommen werden im Laufe des nächsten Jahres. Entscheidend wird sein, wie lange sich dieser konjunkturelle Abschwung hinziehen wird.“

In Zahlen: Für das laufende Jahr erwarten die Maschinenbauer noch ein Produktionsplus von fünf Prozent – im kommenden Jahr bestenfalls eine Stagnation. Hier zeigt sich ein strukturelles Problem der deutschen Volkswirtschaft, in der die Ausfuhren fast die Hälfte der gesamten Wirtschaftsleistung ausmachen: Der Exportweltmeister profi-

tiert in guten Zeiten überdurchschnittlich vom globalen Wirtschaftsboom. Aber genauso überdurchschnittlich leidet er, wenn die Zeiten schlechter werden. Ein Rettungsanker könnte der private Konsum sein – ist er aber nicht: War es zu Jahresbeginn noch ein heftiger Anstieg der Energie- und Lebensmittelpreise, der die Leute vom Konsumieren abhielt, so ist es nun die Angst um den Job. Dennoch wird der Einzelhandel nicht so stark von der Krise getroffen, glaubt Hans-Günther Vieweg, weil die Branche nicht so stark zyklisch reagiere.

Aus der Vergangenheit gelernt

Insgesamt bewertet der Münchner Wirtschaftswissenschaftler die Situation allerdings als noch nicht so alarmierend. Denn zum einen sei ein Abschwung Teil eines normalen Konjunkturzyklus. Zum anderen würde man selbst bei deutlichen Produktions-Rückgängen noch immer auf historisch hohem Niveau verharren. Zwar erwartet auch Vieweg einen „sehr schweren“ konjunkturellen Einbruch. Dennoch helfe ein Vergleich mit der letzten schweren Rezession Anfang der 1990er Jahre.

Verglichen mit der damaligen Situation seien die deutschen Unternehmen besser aufgestellt und hätten sich auch bei ihren Geschäftserwartungen sehr viel vorsichtiger positioniert. „1992 waren die Unternehmen lange der Meinung, dass es nicht so schlimm werden wird, und haben erst sehr spät auf den Einbruch reagiert, während jetzt eigentlich die Unternehmer mit ihren Erwartungen sehr schnell in den Keller gefahren sind.“

Diesen gedämpften Optimismus verbreiteten in der vergangenen Woche auch die sogenannten Wirtschaftsweisen in ihrem aktuellen Gutachten. „Zu einer Weltwirtschaftskrise wie in den 30er Jahren wird es nicht kommen“ – schreiben die Forscher. Denn anders als damals hätten die Notenbanken weltweit mit Zinssenkungen geholfen und die Regierungen mit Konjunkturprogrammen eingegriffen.

<http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,3802746,00.html>

Die Krise als Normalität

[Thomas Steinfeld, *Sueddeutsche.de* vom 18.11.2008] Es gibt viel, was nun gerettet werden

soll. Zuerst waren es Banken und Versicherungen, jetzt ist es die Automobilindustrie in Gestalt der drei großen amerikanischen Konzerne und einer ihrer deutschen Tochtergesellschaften. Und die Hilfsbereitschaft des Staates ist groß, gestützt von der Hoffnung vieler Bürger, es werde nach dieser Krise eine Rückkehr zu vertrauten Verhältnissen geben. Aber wer kommt nach Opel und wird um staatliche Unterstützung bitten? Ford, Daimler-Benz, BMW, die Zulieferindustrie? Und dann die Hersteller von Werkzeugmaschinen, die Anlagenbauer?

Keine Branche ist von der Bedrohung ausgenommen, alle Wirtschaftszweige sind bedroht. Gewiss ist nur, dass die Möglichkeiten des Staates, Unternehmen vor ihrem Untergang zu bewahren, begrenzt sind – und dass die Summen, die heute dafür ausgegeben werden, am Ende als höhere Steuern, als gewachsene Schuldenlast und gestiegene Inflation bei den Bürgern ankommen werden. Das mag als Rückkehr zur Normalität beschreiben, wer will. Es ist mindestens so sehr die Krise in Permanenz.

Beharren aber scheint die Devise dieser Tage zu sein, festhalten, weitermachen: Es soll wieder sein, wie es war, irgendwann, wenn diese Krise vorbei sein wird. Ein wunderlicher Glaube geht in diese Hoffnung ein: dass die Wirtschaftsform der westlichen Welt auf Stabilität ausgerichtet sei. Das Gegenteil ist der Fall: Denn Kapitalismus ist Vertrauen. In jeder Investition, in jeder unternehmerischen Entscheidung bezieht er sich vollkommen und ausschließlich auf die Zukunft, die ungewisseste aller Zeiten.

Alles, was er anfasst, verwandelt sich wie von selbst zu einem Versprechen, zu einer Art Goldtopf am Fuße eines Regenbogens, der bekanntlich mit dem Regenbogen selbst immer weiterwandert. Es kann nicht anders sein: Das Scheitern, in mehr oder minder regelmäßigen Abständen, ist in diesem Verfahren inbegriffen. Die Krise ist nur der sichtbarste Ausdruck für die Normalität des Systems.

Kapitalismus bringt stets Erneuerung

Die Erkenntnis, dass die Krise zum Kapitalismus gehört wie das Rad zum Wagen, hat der Sozialwissenschaftler Joseph Schumpeter mit seiner These von der „schöpferischen Zerstörung“ geliefert. Der Kapitalismus, schrieb er im Jahr 1942,

als er an der Harvard University lehrte, unterliege dem „Prozess einer industriellen Mutation“, der ‚unaufhörlich‘ die Wirtschaftsstruktur ‚von innen heraus‘ revolutioniert, unaufhörlich die alte Struktur zerstört und unaufhörlich eine neue schafft“. Diese „Revolutionen“ träten in unstillen Stößen auf, die voneinander durch Spannungen verhältnismäßiger Ruhe getrennt seien.

Joseph Schumpeter wusste, wovon er sprach: Als österreichischer Finanzminister kurz nach dem Ersten Weltkrieg, als Bankier und Bankrotteur in den zwanziger Jahren war er durch ökonomische Unwetter gegangen, gegen die der Zusammenbruch des Neuen Marktes im Jahr 2001 ein Sommerregen war. Erst als in fünf Jahrzehnten sozialer Marktwirtschaft die Schärfe der Krisenerfahrung abgemildert wurde, von der die Generation Schumpeters geprägt war, entstand die Hoffnung, es könne wirkliche Stabilität, und das heißt: ewiges Wachstum, geben.

Der Kapitalismus, lehrt Schumpeter, bringt unablässig Erneuerung hervor. Er ist wie ein Feuer, das immer wieder mit immer neuem Zunder brennt und verbrannte Erde hinterlässt. Die Bremer Automobilfirma Borgward verschwand in den frühen sechziger Jahren, die Elektronikfirma Nordmende in den Siebziger, die Fluggesellschaft PanAm, einst die prächtigste der Welt, gibt es nicht mehr, der Computerhersteller IBM hat seine marktbeherrschende Stellung verloren.

Hunderte große Unternehmen sind zugrunde gegangen, mit oft schlimmen Folgen für die Belegschaft, und doch sind bislang immer wieder andere an ihre Stelle gerückt. Warum sollen nun einige Firmen – und warum gerade diese, und warum jetzt? – eine Bestandsgarantie erhalten? Wieso staatliche Garantien für ein verlängertes Leben? Und wie verlockend ist eine Rettung, deren Effekt doch nur sein kann, sich auf Jahre hinaus weiterzuquälen, weil man glaubt, die Automobilindustrie sei eine Art neuer Kohlebergbau?

Wirtschaft muss sich neu erfinden

Die Pläne zur Rettung der Automobilindustrie, die gegenwärtig verhandelt werden, laufen auf eine sozialstaatliche Zählung der Krise hinaus. Sie zielen auf Kompensation, also darauf, dass das jetzt ausgegebene Geld irgendwie wieder zurückfließen wird. Wie aber, wenn dieser Fall nicht eintritt, nicht eintreten kann: Weil es das, was war,

nie wieder geben wird, und weil das Neue, das an seine Stelle treten muss, nicht das sein kann, was gerettet wurde. Ganze Teile der Wirtschaft werden sich nun neu erfinden müssen. Die Politiker sollten sie nicht daran hindern.

Glaubt man Schumpeter, braucht der Kapitalismus keine bestimmten Ressourcen. Er braucht nur Ressourcen überhaupt. Er bräuchte vielleicht nicht einmal Öl, sondern wäre ohne weiteres bereit, mit dem auf Ölbasis erwirtschafteten Geld in alternative Energien umzusteigen, wenn nur die Rendite stimmte. In dieser vollkommenen Gleichgültigkeit des Kapitalismus gegenüber dem Stoff, mit dem er wirtschaftet, liegt ein erhebliches Stück Hoffnung.

<http://www.sueddeutsche.de/tt312/wirtschaft/82/333934/text/>

Töpfer: Umwelt nicht wegen Finanzkrise vernachlässigen

[Google.com vom 17.11.2008] Der ehemalige Leiter des UN-Umweltprogramms (UNEP) und frühere Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) hat davor gewarnt, angesichts der Finanzkrise das Thema Umwelt zu vernachlässigen. „Der Klimawandel macht nicht Halt, weil Banken pleite gehen“, sagte Töpfer im Deutschlandradio Kultur. Töpfer äußerte die Sorge, dass durch die Finanzkrise die Umwelt hintangestellt werde und forderte strukturelle Veränderungen.

„Es kann nicht sein, dass wir auf Dauer in die Produkte und in die Industriestruktur hinein subventionieren, die uns genau in die Problematik hineingebracht haben“, drängte er auf ein Umsteuern in der Industriepolitik.

Töpfer forderte auch die EU-Staaten auf, das geplante europäische Energie- und Klimapaket auf dem EU-Gipfel am 12. Dezember so wie vorgelegt zu beschließen. „Um Gottes Willen jetzt nicht der Hinweis darauf, das können wir uns gegenwärtig nicht leisten, weil wir die Finanzkrise haben“, warnte der frühere UNEP-Chef. Er hob hervor, das EU-Klimapaket sei selbst ein Konjunkturprogramm, das dauerhaft neue Arbeitsplätze in erneuerbaren Energien schaffe.

Töpfer ist stellvertretender Vorsitzender des von der Bundesregierung eingesetzten Rates für Nachhaltige Entwicklung. Auf seiner Jahreskonferenz will der Rat in Berlin über den Stand der

Nachhaltigkeit in Deutschland beraten. Das Expertengremium formuliert Handlungsempfehlungen für Regierung, Wirtschaft und die Wissenschaft.

http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5joN5MsdIXXLjwEge_6m1I4Xoxpbw

„Die Krise wird Folgen für die Klimapolitik haben“

[Christoph Seidler, Spiegel.de vom 19.11.2008]
Yvo de Boer ist seit September 2006 Chef des Sekretariats der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) mit Sitz in Bonn. Davor arbeitete er im niederländischen Ministerium für Wohnungsbau, Raumplanung und Umwelt und für das Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UN- HABITAT).

Spiegel Online: Herr de Boer, die Treibhausgasemissionen der Industrieländer steigen seit dem Jahr 2000 wieder an. Hat die Welt beim Klimaschutz versagt?

de Boer: Das glaube ich nicht. Wir haben Daten aus dem Jahr 2006 präsentiert, also nur ein Jahr nach der Einführung des Kioto-Protokolls. Noch steigen die Emissionen an, doch sie werden heruntergehen. Die Kioto-Länder sind imstande, ihre Ziele noch zu erreichen.

Spiegel Online: Es scheint eher so, als ob sich viele Staaten überhaupt nicht um ihre Klimaschutzverpflichtungen kümmern – Japan zum Beispiel.

de Boer: Japan ist weit entfernt vom Ziel, das stimmt. Das Land ändert aber seine Politik und will auch international Emissionsrechte kaufen. Ich glaube deswegen, dass Japan das Kioto-Ziel sicher erreichen wird.

Spiegel Online: Und wie sieht es mit Kanada aus?

de Boer: Kanada hat sehr große Probleme, das stimmt. Hier gibt es eine etwas eigenartige Situation. Das Land hat gesagt, dass es das Kioto-Ziel nicht erreichen wird, will aber auch nicht aus dem Vertrag aussteigen.

Spiegel Online: Kritiker sagen, inmitten der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise könnten wir uns Klimaschutz derzeit nicht leisten, weil das die Industrie weiter schwächen würde.

de Boer: Ich glaube ganz sicher, dass die Finanzkrise Folgen für die Klimapolitik haben wird. Es steht weniger Geld für den Klimaschutz zur Ver-

fügung, weil Länder viel ausgegeben haben, um ihre Banken zu retten. Gleichzeitig sinkt der Ölpreis – und das ist schlecht für erneuerbare Energien und Energieeinsparung. Aber auf dem G-20-Gipfel in Washington am vergangenen Wochenende haben die Staaten sehr deutlich gesagt, dass langfristige Probleme wie der Klimawandel nicht vergessen werden dürfen.

Spiegel Online: Und warum sollte das tatsächlich passieren?

de Boer: Vor einem Jahr haben die Staaten beim Klimagipfel in Bali versprochen, einen Verhandlungsprozess zu starten, der nächstes Jahr zu Ende sein soll. Die Warnungen der Wissenschaftler werden sehr ernst genommen. Die Staaten sehen ein, dass wir jetzt Investitionsentscheidungen für die nächsten 30 bis 50 Jahre treffen. Wenn man da nicht auf den Klimawandel achtet, ist das nicht vernünftig.

Spiegel Online: Apropos vernünftig: Wie halten Sie es eigentlich ganz persönlich mit dem Klimaschutz? Fahren Sie einen CO₂-armen Dienstwagen?

de Boer: Ich habe einen Toyota Prius, ein Hybridauto. Das empfehle ich auch anderen weiter.

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,590917,00.html>

Die grüne Rettung

[Alexandra Endres, Zeit.de vom 24.11.2008] Hunter Lovins gründete 1982 das Rocky Mountain Institute in Boulder/Colorado. Es erarbeitet Konzepte einer ressourcenschonenden Produktionsweise und berät Automobilkonzerne ebenso wie Umweltministerien aus aller Welt. 1983 erhielt sie mit ihrem damaligen Ehemann Amory Lovins den Alternativen Nobelpreis. Heute leitet sie das Institut „Natural Capitalism Solutions“ und lehrt an der Presidio School of Management in San Francisco.

Zeit Online: Sie sagen, die Krise berge die Chance, unsere Art des Wirtschaftens von Grund auf umzukrempeln. Was muss sich ändern?

Hunter Lovins: So gut wie alles. Dabei müssen die Veränderungen nicht besonders drastisch sein, wenn man die Sache klug angeht. Wir müssen alle Faktoren identifizieren, die Unternehmen, Gemeinden und Einzelne davon abhalten, das zu tun, was in unser aller Interesse ist. Das Ziel ist, deutlich weniger Material und Energie einzusetzen,

aber dennoch bessere Ergebnisse zu erreichen als bisher.

Zeit Online: Welche Faktoren meinen Sie?

Hunter Lovins: Es gibt Hunderte. In aller Welt unterstützen Regierungen alte Industrien mit Steuergeldern. Ihre Subventionen lassen Energie billiger erscheinen, als sie in Wahrheit ist. In der Folge spiegeln die Preise die wahren Kosten der Produktion nicht wider. Sie enthalten zum Beispiel nicht die Kosten, die Asthma verursacht, das durch Luftverschmutzung verursacht wird.

Zeit Online: Es ist schwierig, solche Kosten genau zu messen.

Hunter Lovins: Wir wissen ziemlich genau, was der Gebrauch von fossilen Brennstoffen für unser Gesundheitssystem bedeutet. Ein anderer Punkt ist der Transport von Nahrungsmitteln. Unser Essen wird Tausende von Kilometern transportiert, bevor irgendjemand es zu sich nimmt. Das ist Irrsinn! Die industrielle Landwirtschaft zerstört unsere Böden, verschmutzt unser Wasser und lässt unsere Gemeinden zusammenbrechen. Das ist das Gegenteil von Nachhaltigkeit.

Zeit Online: Wie kann man das ändern und zugleich etwas gegen die Krise unternehmen?

Hunter Lovins: Das Gute an diesem Zusammenbruch ist: Er kommt genau zu einem Zeitpunkt, an dem wir alle Antworten haben. Jetzt müssen wir den Wandel in der Praxis schaffen, hin zu mehr Nachhaltigkeit, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien. Ein Beispiel: Ein Schulbezirk in San Francisco hat Gärten angelegt, die von Schülern bewirtschaftet werden. So erzeugt man gesündere Nahrungsmittel, die Schüler lernen etwas, und sie bewegen sich an der frischen Luft.

Im kalifornischen Berkeley gibt die Gemeinde eine Anleihe heraus. Aus den Erlösen können Hausbesitzer Kredite bekommen, um ihre Häuser besser zu dämmen oder mit der nötigen Technik zur Erzeugung von Öko-Strom auszustatten. Wer das tut, fördert die lokale Wirtschaft, braucht weniger Energie und spart dadurch Geld. Den Kredit zahlen die Leute mit einer vorübergehend höheren Grundsteuer ab. Ist der Kredit getilgt, sinkt die Grundsteuer wieder – und die Leute können die niedrigeren Energiekosten als Gewinn behalten. In Boulder County, Colorado, macht man genau das Gleiche. Das Problem ist, dass im Moment kaum jemand Anleihen kauft, weil der Markt zusam-

mengebrochen ist. Die Regierung in Washington sollte ihr Geld einsetzen, um solche Impulse im ganzen Land zu unterstützen. In erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu investieren ist einer der besten Wege, die Wirtschaftskrise zu lösen. Dadurch entstehen 40 Mal so viele Jobs als durch Investitionen in neue Kraftwerke. Die deutsche Regierung hat vorgemacht, wie es geht.

Zeit Online: Die deutsche Regierung überlegt im Moment vor allem, wie sie die Autoindustrie retten kann.

Hunter Lovins: Man kann die Autohersteller nicht Pleite gehen lassen. Wenn die Autoindustrie zusammenbricht, haben wir eine Depression statt einer Rezession. Aber die staatlichen Hilfen sollten an Bedingungen geknüpft werden, die dem Umweltschutz dienen.

Zeit Online: Kann auch die amerikanische Autoindustrie den Wandel hin zu einem ökologischen Geschäftsmodell schaffen?

Hunter Lovins: Nur, wenn das Management ausgewechselt wird. Bisher ignorieren die amerikanischen Automobilhersteller die Bedeutung effizienter Technologien. Während GM auf den Hummer setzte, gab Toyota das Ziel aus, seine Modelle sollten mit einer Tankfüllung von einer US-Küste zur anderen gelangen. Ford verzeichnete im Jahr 2006 ungefähr so viel Verlust, wie Toyota Gewinn machte – warum, ist wohl klar.

Zeit Online: Wie realistisch ist die Hoffnung auf einen Wandel, wie Sie ihn fordern?

Hunter Lovins: Wir leben in einer völlig anderen Welt als vor wenigen Wochen, und in 100 weiteren Tagen wird unsere Welt sich erneut sehr von der heutigen unterscheiden. Die Frage ist, was Obama jetzt tut. Wir sind in einer ernsten Lage: Die Aktienkurse fallen, die Notenbank sieht keine Erleichterung, die Anleger sind panisch, die Volatilität an den Börsen sehr hoch. Sobald die Investoren glauben, dass die Regierung genug Geld gibt, um die Wirtschaft zu retten, werden die Kurse wieder in die Höhe schießen. Aber das löst unsere Probleme nicht. Wir brauchen zu viel Energie, das macht uns abhängig – so wie Europa seinerseits von Russland abhängt. Wir gefährden das Klima. Die Gletscher schmelzen schnell. Wir haben ein Nahrungsproblem. Das Wasser wird knapp. Das sind wirklich ernste Schwierigkeiten.

Zugleich hängt die ganze Weltwirtschaft von den

USA ab. Europa sollte eigentlich in der Lage sein, ohne Amerika klarzukommen, aber das tut es nicht. Noch halten wir uns einigermaßen aufrecht, weil China immer noch amerikanische Schuldtitel kauft – aus eigenem Interesse, um weiterhin seine Produkte an uns zu verkaufen. Sobald aber Chinas Binnenmarkt groß genug ist, kann das schnell aufhören. Wir müssen jetzt eine grüne Wirtschaft etablieren, die lokale Erzeugung von Nahrungsmitteln fördern und Jobs schaffen.

Zeit Online: Vielleicht müssen die Zeiten noch härter werden, und der Wandel kommt erst durch eine Depression.

Hunter Lovins: Es kann auch vorher klappen. Die neue Regierung wurde für den Wandel gewählt, wichtige Mitglieder haben ein klares ökologisches Profil. John Podesta, der für Obama den Übergang im Weißen Haus organisiert, ist einer der mächtigsten Männer in Washington. Er hat (als Präsident des demokratischen Thinktanks Center for American Progress, Anm. d. Red.) einen Report über die „grüne Erholung“ der Wirtschaft veröffentlicht. Die neue Regierung weiß über diese Dinge Bescheid. Gleichwohl steht sie unter enormem Druck. Washington muss eine Menge Geld ausgeben. Ich hoffe sehr, dass wir dieses Geld nutzen, um Gutes zu tun. Wenn aber die Boni der Wall Street daraus gezahlt werden, kann man es ebenso gut verbrennen.

<http://www.zeit.de/online/2008/48/hunter-lovins-gruene-wende?page=1>

Selbst der Papst wird grün

[Mathias Greffrath, *Taz.de* vom 26.11.2008] Auf dem Dach der Audienzhalle des Papstes wird heute eine Solaranlage eingeweiht. Und, wer weiß, vielleicht vergisst Benedikt XVI. sogar seine Furcht vor pantheistischen Verirrungen und betet den Sonnengesang des heiligen Franziskus: „Gelobt seist Du, Herr, durch die edle Herrin Sonne, die uns den Tag heraufführt und Licht mit ihren Strahlen spendet.“

Pro Jahr liefert die Solaranlage 300.000 Kilowatt und spart 315 Tonnen CO₂. Am Dreikönigstag hatte SolarWorld sie dem Papst geschenkt. „Wenn die Weisen aus dem Morgenland heute nach Bethlelem gingen“, sagte der Chef des drittgrößten Solarkonzerns der Welt, Frank Asbeck, „dann trügen sie vermutlich neben Gold, Weihrauch und

Myrrhe auch eine Solarzelle mit sich. Sie ist Symbol für die Bewahrung der Schöpfung und für die Energieversorgung der Zukunft.“ Nun sind 2.000 Module montiert – und eine Woche später wird dem Vatikan in Berlin der Europäische Solarpreis verliehen. Der Heilige Stuhl möchte die Annahme des Preises als weltweites demonstratives Signal gewertet wissen.

Weltweite Signale kommen in diesen Tagen von vielen, die in der großen Krise eine große Chance für die politische Umsetzung des Bewusstseinswandels sehen, der in den reichen Ländern längst eingesetzt hat. Die UN-Umweltbehörde Unep fordert einen „Global Green New Deal“. Die „größte Geldspritze in der Geschichte der Weltwirtschaft“ müsse genutzt werden, um den globalen Umbau der fossilen Wirtschaft energisch voranzutreiben. Außerdem gibt es, so Weltbank-Chef Robert Zoellick, auch einen ökonomischen Grund für ein solares Crashprogramm: Die Finanzmärkte würden derzeit mit Liquidität geradezu „überschwemmt“. Das Geld müsse dem System wieder entzogen werden, wenn es nicht zu einer neuen, gigantischen Blase führen soll. In den USA kündigt Barack Obama eine hunderte von Milliarden schwere Initialzündung für einen nachhaltigen Infrastrukturausbau an. Dagegen dürften die 1,5 Milliarden, mit denen unsere Regierung die Konjunktur beleben will, kaum größere Anstöße für einen Energiewandel geben.

In den letzten beiden Jahren sind zwei historische Chancen vertan worden: 2007 erschütterte der Klimaschock für ein paar Monate die öffentliche Meinung. Die Bereitschaft für eine Wende im Energie- und Konsumverhalten war groß, aber die große Koalition der Weitermacher konnte sich nicht einmal zu kräftigen Gesetzen zur Kraft-Wärme-Koppelung, Häuserisolierung oder gar zur Ökologisierung des Verkehrs durchringen. Am letzten Montag ist in Berlin der „Fortschrittsbericht“ der Exekutive vorgestellt worden. Der „Nachhaltigkeitsrat“ der Kanzlerin hat dazu Anmerkungen gemacht, die auch im diplomatisch formulierten Endbericht vernichtend sind. Ob es um notwendige Investitionen in ein neues Verkehrssystem, um das Tempo der Energiewende oder um die Raumordnung geht – der Rat tadelt die wortmächtige Ankündigungen („auf den Weg gebracht“, „angestoßen“, „initiativ geworden“). Denn für deren Durchsetzung fehle alles, was Po-

litik erst verbindlich macht: neue Entscheidungsstrukturen, die Bereitstellung von Mitteln und Personal, ein neues Steuer- und Steuerungssystem. Und, am beschämendsten: Die Bürger, so stellt der Rat fest, seien schon viel weiter, in tausenden von Initiativen auf kommunaler und regionaler Ebene. Selbst das Bewusstsein, dass es „nicht ohne Verzicht auf manches, an das wir uns gewöhnt haben“, abgehen wird, sei in der Bürgerschaft so groß, dass die Politik doch „Kraft und Mut“ finden könnte, „grundlegende Richtungsänderungen“ einzuleiten, auch gegen die „enormen Widerstände“.

Die Chancen zu einem „grünen“ Ausweg aus der Krise scheinen vertan, kaum dass er gedacht ward. Selbst bei den Grünen haben sich die Befürworter einer „Apollo-Politik“ (bis 2030 hundert Prozent des Stroms mit erneuerbaren Energien zu erzeugen) gegen die weichen Formulierungen der Koalitionsoptionäre an der Spitze nicht durchgesetzt. Und die SPD-Führung atmete erleichtert auf, unterstützt von einer fast unisono kommentierenden Presse, als das radikale Energieprogramm für Hessen nicht auf den Prüfstand der Realität kam. Überhaupt die Presse: Viele Monate lang ist Hermann Scheers Plan, durch Modernisierung der Raumordnung (in Hessen dürfen heute auf 99,6 Prozent der Landesfläche keine Windräder gebaut werden) einen Sprung nach vorn zu administrieren, nicht ernsthaft zur Kenntnis genommen worden. „Träumerei“ war noch das mildeste Wort.

Was für ein Mangel an Fantasie und Recherche bei denen, die doch die öffentliche Fantasie anregen sollten! Deren Aufgabe es wäre, das Mainstreamdogma zu überprüfen, das besagt, staatliches Wirtschaften dürfe auch im Zeitalter der Klimakatastrophe nur die Ausnahme sein. Denn diese Haltung ist geschichtsvergessen: Immer hat der Staat eine zentrale Rolle gespielt, wenn neue Basistechnologien entstanden. Der Übergang von der Kutsche zur Bahn, von Dampf zu Elektrizität, die Infrastrukturen von Radio, Flugzeug und Computer – sie alle brauchten massive staatliche Investitionen. Die kommende Solare Revolution allerdings ist – anders als die vorigen technischen Umwälzungen – nicht mit den hochkonzentrierten, global kartellierten Strukturen des späten Kapitalismus kompatibel. Umso mehr erfordert sie kraftvolle Politik. Das könnte mit Windrädern entlang der Autobahn, mit Solardä-

chern auf allen öffentlichen Gebäuden beginnen, mit grundlegenden Änderungen der Raumordnung, mit harten Richtwerten für Gebäudeisolierung und Heizung.

Alles das ist tausendfach durchgerechnet worden, aber die Mantren von Nutznießern der alten Ordnung und im Korporatismus Ersticken lautet: Ohne weltweite CO₂-Regelungen ist es unzumutbar für deutsche Autobauer, Hybridfahrzeuge zu bauen; dezentrale Energieversorgung gefährdet den Industriestandort; nur globale Regeln können deutsche Banken zu nachhaltigem Kreditverhalten zwingen. Das ist natürlich Unsinn, der Fortschritt hat noch nie gewartet, bis eine globale Zentralbehörde ihn genehmigt hat.

Einstweilen also entsteht die Zukunft an den Politikern vorbei. An tausend Orten in diesem Land regt sich Aufbruchswille, aber keine Partei bündelt ihn politisch. SolarWorld ist das drittgrößte Unternehmen der Branche weltweit, aber der Erfolgsunternehmer Asbeck wurde im Rotations-tempo als „Paradiesvogel“ und „schillernde Figur“ abgemeiert, als er vorschlug, mit Opel und Staatshilfe den Weg zum solar betriebenen Automobil (ein genialer Ausweg aus dem Speicherproblem der Fotovoltaik) zu beschleunigen. Hermann Scheer, der fast im Alleingang das Energie-Einspeisungs-Gesetz durchsetzte, wird nach Helmut Kohl zum zweiten deutschen Ehrenprofessor der Universität Schanghai und von der amerikanischen Gouverneursversammlung bejubelt. Doch die SPD verzichtet darauf, seine Expertise und seine Erfolge zu nutzen. Dafür hält er heute in Rom die Festrede, und vielleicht wird der Papst die beiden Pioniere ja mit Matthäus 13, Vers 57 trösten.

<http://www.taz.de/index.php?id=archivseite&dig=2008/11/26/a0128>

Nachhaltigkeits-Rat warnt Berlin und EU vor Zögern

[Sueddeutsch.de vom 22.11.2008] Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat Bundesregierung und EU aufgefordert, bei der Bekämpfung der Finanzkrise nicht den Klimaschutz zu vernachlässigen. Es gebe keinerlei Veranlassung hierbei auf die Bremse zu treten, sagte der Geschäftsführer des Beratungsgremiums der Bundesregierung, Günther Bachmann, der Deutschen Presse-

Agentur dpa. Stattdessen müssten jetzt die Technologien zum Beispiel für Energieeinsparungen und erneuerbare Energien weiter vorangebracht werden. Besonders die deutsche Wirtschaft und ihre Arbeitsplätze bekämen hierdurch neuen Rückhalt, sagte Bachmann.

Deshalb müsse das Motto gelten: „Jetzt erst recht – die Krise nutzen für Änderungen in Richtung auf eine zukunftsfähige Wirtschaftsstruktur.“ Bachmann reagierte damit auch auf Aufweitungstendenzen in der EU-Klimaschutzpolitik zum Beispiel von Italien oder von osteuropäischen Staaten – wie in der Frage des Emissionshandels mit Verschmutzungszertifikaten.

Ein Abbremsen der im vergangenen Jahr begonnenen Klimaschutzpolitik könne sich die Weltgemeinschaft nicht leisten, sagte er. „Der für Mensch und Natur gefährliche Klimawandel macht ja keine Pause – weil einige Banken in Schwierigkeiten geraten sind.“ Die Erde erwärme sich „definitiv schneller als noch vor kurzem gedacht.“ Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wird an diesem Montag an der Jahreskonferenz des von ihr bestellten Nachhaltigkeits-Rates unter Leitung von Volker Hauff (SPD) teilnehmen.

Nachhaltigkeit heißt dabei eine auf Langfristigkeit angelegte Politik für Generationen, die die Felder Umwelt, Finanzen, Renten, Bildung und Forschung einbezieht.

Für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik sollten Verbraucher weniger zum Konsumieren aufgefordert werden, sondern zum verantwortlichen Ausgeben ihres Geldes. Sie könnten Finanzmarktprodukte kaufen, hinter denen langfristige und substantielle Vermögenswerte stünden und nicht risikante kurzfristige Anlagen. Bachmann sagte, hier schließe sich der Kreis zur Finanzkrise, die auch „durch Abschaffung von Fast-Food-Produkten an Aktienmärkten beendet werden muss.“

Der Nachhaltigkeits-Rat fordert, dass die Politik „nachlegen muss, um die Ziele des Abbaus von Kohlendioxid (CO₂) zu erreichen“. Der Ausbau erneuerbarer Energien müsse beschleunigt werden, zum Beispiel bei der Windenergie in der Nord- und Ostsee oder der Erforschung CO₂-freier Kohlekraftwerke. „Die Haushalte sind nämlich noch auf absehbare Zeit von den fossilen Energieträgern wie Gas und Kohle abhängig.“

<http://newsticker.sueddeutsche.de/list/id/234412>

5. KLIMASCHUTZ

Die Ökowende des Barack Obama

[Sueddeutsche.de vom 19.11.2008] In Hessen hatte der SPD-Politiker Hermann Scheer große Pläne. Als Wirtschaftsminister wollte er mit Macht erneuerbare Energien fördern, beispielsweise Solarenergie. Doch der politische Plan scheiterte im letzten Moment.

Drittweltstandard in Klimaschutzfragen

Auch Barack Obama setzt auf „green power“ – und hat dabei noch etliche Hindernisse zu überwinden. Der künftige US-Präsident hat jetzt auf einer Konferenz per Videobotschaft ein aggressives Programm zur Senkung der Treibhausgas-Emissionen angekündigt. Er hat die Unterstützung des kalifornischen Gouverneurs Arnold Schwarzenegger, der mit seiner modernen Klimapolitik bereits vor Jahren auf Konfrontationskurs zu George W. Bush gegangen war – doch die Bevölkerung muss erst noch gewonnen werden.

Ökonomie first, Ökologie second

In den USA, die in Klimaschutzfragen auf Dritt- weltstandard dahindümpeln, kommt Obamas Plan einer Revolution gleich. Was Westeuropäern selbstverständlich erscheint, wird von einem Großteil der US-Wirtschaft noch immer als gefährliche Spinnerei von Utopisten betrachtet: Eine Beschränkung der Treibhausgas-Emissionen jetzt, mitten in der Wirtschaftskrise – das koste zu viel Geld, wirke wie eine Steuer auf Kohle und Öl und werde der schwerknechteten US-Wirtschaft endgültig den Hahn abdrehen.

Das Mantra für harte Zeiten lautet: Ökonomie first, Ökologie second. Da kann der demokratische Politstar Obama noch so oft erklären, dass sein Plan die teuren Öl-Importe reduziere und Jobs bei der Produktion erneuerbarer Energien schaffe.

Denn die ehrgeizigen Ziele des künftigen Präsidenten könnten US-Firmen viel Geld kosten – sie werden in Zukunft für das Recht, Luft zu verschmutzen, zahlen müssen. Obama stellt ein System zum Emissionshandel in Aussicht, das den Ausstoß der klimaschädlichen Treibhausgase in den USA bis zum Jahr 2020 auf das Niveau von 1990 verringern soll. Bis 2050 soll der Ausstoß

sogar um weitere 80 Prozent verringert werden. Jedes Jahr sollen zudem 15 Milliarden Dollar (12 Milliarden Euro) investiert werden, „um eine Zukunft mit sauberer Energie“ zu schaffen. Das Geld soll in Solar- und Windenergieprojekte sowie in die Entwicklung der nächsten Generation von Biokraftstoffen fließen.

Dieser Öko-Plan, der wie Sphärenmusik in den Ohren von Klimaschützern klingt, lässt die US-Industrie hohe Kosten befürchten. Wie teuer er wird und ob er nicht doch Firmen in Schwierigkeiten bringen wird, weiß niemand. Auch Schwarzenegger, der Gastgeber des „Governors' Global Climate Summit“, auf dem sich Obama jetzt äußerte, beruft sich auf schieren Glauben. „Wir glauben fest daran, dass es der Wirtschaft hilft“, sagte der Republikaner bei seiner Eröffnungsrede vor über 800 Teilnehmern aus 20 Staaten.

Der gestürzte Solarkönig

Trotz aller kalifornischen Zuversicht, die Fakten dämpfen die Euphorie. Anfang des Jahres scheiterte ein Gesetzentwurf im US-Senat, der Obamas Pläne im Großen und Ganzen vorwegnahm – Grund war die erwähnte Sorge vor einem möglichen Schaden für die Wirtschaft.

Genauso schwand in Hessen mit der um sich greifenden Finanzkrise die Begeisterung für Solarkönig Scheer. Der hat zwar für sein Engagement für erneuerbare Energien mehrere internationale Preise eingeheimst – doch als der „Windmacher“ nach dem Willen von Hessens SPD-Chefin Andrea Ypsilanti das Wirtschaftsministerium in Wiesbaden bekommen sollte, da waren auch Parteifreunde am Ende der Geduld. Das Umweltministerium wäre noch vertretbar gewesen – doch das hatten die Grünen in den Koalitionsverhandlungen reklamiert. In Hessen scheiterten also die ökologischen Visionen.

Schluss mit der Ausweichpolitik von Bush

In den USA muss Obama also den Ausgleich mit der Wirtschaft suchen, sie von seinen grünen Plänen überzeugen. Sicher aber ist, dass er demonstrativ Schluss macht mit der Ausweichpolitik von George W. Bush, der zu Beginn des Jahrtausends den Ausstieg aus den Klimaschutzvereinbarungen von Kyoto regelrecht inszeniert hatte – damals mit breiter, parteiübergreifender Unterstützung im

Kongress. Der Rest der Welt sah fassunglos die überhebliche Arroganz und den Unwillen der Supermacht, sich von anderen etwas vorschreiben zu lassen. Innerhalb kürzester Zeit trieb Bush die USA in die klimapolitische Isolation. Das Bemühen der US-Regierung, den Klimawandel zu leugnen, grenzte schon fast an Lächerlichkeit.

Spätere Annäherungsversuche, etwa auf dem G-8-Gipfel in Heiligendamm oder der Klimakonferenz auf Bali, quitierte der Rest der Welt mit Skepsis. Als Bush auf einer eigens einberufenen Klimakonferenz 2007 in Washington die Vereinten Nationen zumindest als federführende Organisation bei der Treibhausgasreduzierung anerkannte, erntete sein vorgestelltes Programm bei den Europäern bestenfalls Spott.

„Ein freiwilliger Ansatz zur Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen dürfte kaum mehr Erfolg haben als freiwillige Tempolimits auf den Straßen“, sagte John Ashton, Klimaberater des britischen Premiers Gordon Brown. „Dieses hier war ein großer Schritt für die Amerikaner und ein kleiner Schritt für die Menschheit“, spottete der deutsche Umweltminister Sigmar Gabriel unmittelbar nach Bushs Rede. Für die US-Regierung blieb die Einführung eines Emissionshandelssystems letztlich ökosozialistischer Nonsens. Sie weigerte sich bis zuletzt, verbindliche Klimaschutzziele festzuschreiben.

Katrina, Al Gore und die Nation

Doch in den Bundesstaaten und in den Kommunen war Amerika bereits viel weiter als die Bundesregierung in Washington. Kaliforniens Gouverneur Schwarzenegger und seine Kollegen im Nordosten des Landes führten auf eigene Faust ein Emissionshandelssystem ein. Sie verklagten sogar die Umweltbehörde des Bundes, endlich schärfere Abgaswerte einzuführen. Und auch bei der Bevölkerung verfehlten die ungeheure Gewalt von Hurrikan Katrina und der Klimakreuzzug von Al Gore ihren Eindruck nicht. Mehr als die Hälfte aller US-Bürger glaubt mittlerweile, dass der Klimawandel höchste Priorität haben sollte. Das ist – trotz Krise – eine gute Basis für einen Klimapolitikwandel in den USA.

<http://www.sueddeutsche.de/politik/153/343993/te xt/>

Obamas Klimaziel erhöht Druck auf EU

[Daniela Weingärtner, taz.de vom 20.11.2008]

Der designierte US-Präsident Barack Obama hat am Mittwoch angekündigt, die Treibhausgase in seinem Land bis 2020 auf den Stand von 1990 zurückzufahren.

Bis 2050 solle eine Reduktion um weitere 80 Prozent erreicht werden. Er meldete damit Amerikas Führungsrolle in einem unter der Bush-Regierung völlig vernachlässigten Politikbereich an. Gleichzeitig verabschiedete das britische Unterhaus ein strenges Klimaschutzgesetz, das ebenfalls 80 Prozent weniger CO₂ bis 2050 vorsieht. Neben sämtlichen Industriebereichen sollen dafür auch Schifffahrt und Flugverkehr in die Pflicht genommen werden.

Damit kommt gerade noch rechtzeitig vor dem entscheidenden Klimagipfel Mitte Dezember in Brüssel neuer Schwung in die Klimadebatte. In einer ersten Reaktion auf den Börsencrash und die nun leeren Auftragsbücher in vielen Branchen hatten nämlich viele Europaabgeordnete, aber auch Vertreter von Regierungen genau den gegenteiligen Weg angekündigt: Angesichts der Wirtschaftskrise dürften die Unternehmen nicht auch noch durch Umweltauflagen zusätzlich belastet werden.

„Das Moratorium muss so lange gelten, bis ein internationales Abkommen mit vergleichbaren Lasten für die wichtigsten Wettbewerber in Kraft getreten ist“, fordert der Europaabgeordnete und Präsident des CDU-Wirtschaftsrats, Kurt Lauk. Wenn die EU mit einer strengen Klimagesetzgebung vorpresche, dann werde die Konkurrenz in den USA, China und Indien begünstigt. Standortverlagerungen seien die Folge.

Dem widerspricht die EU Corporate Leaders Group on Climate Change (EU CLG). Darin sind unter Schirmherrschaft des Prince of Wales 150 Unternehmen vertreten, darunter der Energiekonzern Enel, die Fortisbank, Allianz, Shell und Vodafone, die ja ebenfalls unter der Finanz- und Wirtschaftskrise leiden. Am Mittwoch trafen sich Vertreter der CLG in Straßburg mit den Abgeordneten, die das Klimapakete mit dem Rat aushandeln. In diesen Gesprächen hinter verschlossenen Türen soll ein für alle Seiten akzeptabler Kompromiss erreicht werden, den das EU-Parlament am 4. Dezember absegnet und der Gipfel der

Staats- und Regierungschefs am 12. Dezember einstimmig beschließt.

Die irische konservative Abgeordnete Avril Doyle warnte die französische Ratspräsidentschaft, dem Drängen einiger Länder wie Polen und Deutschland nachzugeben und Abstriche von dem Entwurf zu machen. „Wir werden kein Diktat vom Gipfel akzeptieren. Wir haben die volle Mitentscheidung und werden im nächsten Jahr neue Änderungsanträge stellen, wenn das Ergebnis für uns nicht annehmbar ist.“

Für Abgeordnete wie Doyle, die ein ehrgeiziges Klimapakete wollen, sind sowohl Obamas Ankündigung als auch die Unterstützung großer Unternehmen von unschätzbarem Wert. Denn beides entkräftet das Argument, Europa würde sich mit dem Übergang ins CO₂-arme Zeitalter ökonomisch ins Hintertreffen bringen. Richard Burrett, Sprecher von CLG, sagte am Mittwoch: „Wir glauben an die Vorteile rechtzeitigen Handelns. Das ist wesentlich billiger, als wenn wir das Paket aufschieben. Die Unternehmen brauchen klare gesetzliche Rahmenbedingungen, um zu investieren.“ Auch Burrett warnte die Regierungen, das Paket auf dem Dezegbergipfel zu verwässern. „Wir müssen jetzt in die CO₂-arme Zukunft investieren und unser Wirtschaftssystem umstellen. In die Klimakonferenz nächstes Jahr in Kopenhagen sollten wir mit einem soliden europäischen Gesetzepakete einsteigen.“

Experten des britischen Unterhauses schätzen die Kosten für ihr neues Klimagesetz auf 1 bis 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Wie Avril Doyle am Mittwoch in Erinnerung rief, würden die Folgen einer Klimaerwärmung um mehr als 2 Grad ein Vielfaches kosten.

<http://www.taz.de/digitaz/2008/11/20/a0125.nf/text>

150 Großunternehmen fordern strenge europäische Klimagesetze

[Daniela Weingärtner, taz.de vom 20.11.2008]

Barack Obama will nun auch das Klima retten. Damit verabschiedet sich die größte Industrienation der Welt von ihrem sorglosen Umgang mit Ressourcen. Auch Großbritannien hat gestern ein ehrgeiziges nationales Klimagesetz vorgelegt. Beides ist gut.

Viel wichtiger aber ist, dass nun auch große Unternehmen laut nach strengen Klimagesetzen rufen. Denn wer könnte besser als die Wirtschaftsunternehmen selber unterstreichen, dass Ökonomen wie Nicholas Stern glaubwürdig sind?

Niemand wird unterstellen, dass die EU Corporate Leaders Group on Climate Change (CLG) den Planeten aus moralischen Erwägungen heraus retten will.

Firmen wie Allianz, Enel oder Shell geht es ums Geldverdienen – und das ist für die Politik derzeit eine viel wertvollere Argumentationshilfe als jeder Nachhaltigkeitsappell. Denn es hebt all die CDU- und SPD-Vertreter im Europaparlament und diejenigen Regierungen aus, die angesichts der Wirtschaftskrise einen Stopp der Klimaverhandlungen fordern.

Die 150 in der CLG organisierten Großunternehmen wollen politische Führungsstärke und strenge Klimaauflagen – und zwar sofort. Das sei deutlich billiger als die Beseitigung von Klimaschäden später. Nur klare Gesetze würden dafür sorgen, dass alle europäischen Unternehmen die gleichen Rahmenbedingungen hätten, dass die EU in den internationalen Klimaverhandlungen glaubwürdig bleibe und dass die Weichen gestellt würden für ein ressourcenschonendes 21. Jahrhundert.

Damit verabschieden sich nach den Finanzinstituten nun auch die Unternehmen von der bislang alles beherrschenden Weltsicht, das freie Spiel der Kräfte mit möglichst wenig staatlicher Einmischung lasse Wirtschaft und Gesellschaft am besten gedeihen. Zu hoffen ist, dass diese Erkenntnis auch dann in Mode bleibt, wenn die Weltwirtschaft sich wieder erholt hat. So lange allerdings sollten die Politiker nicht warten. Nachdem man ihnen jahrzehntelang erzählt hat, die eigentliche Macht habe sich längst in supranationale Wirtschaftskonzerne verlagert, sind sie in der Krise wieder gefragt und werden um strenge Gesetze angefleht. Dieses Flehen sollten sie erhören – ganz schnell.

<http://www.taz.de/digitaz/2008/11/20/a0163.nf/te xt>

Kirche für Klimaschutz: 10 Punkte Programm

[epd vom 05.11.2008]. Zum Klimaschutz empfiehlt die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) Tempo 130 auf Autobahnen. Über klimaschonende Mobilität müsse die Freisetzung von Treibhausgasen verringert werden, fordert das Kirchenparlament in einem Zehn-Punkte Appell, der am Mittwoch in Bremen beschlossen wurde. Darin bekräftigt die EKD-Synode ihre Absage an die Kernenergie. Am Atom-Ausstieg müsse festgehalten, der Vertrieb von Technologien für Kernenergie in Europa und weltweit gestoppt werden. Die Synode, die am Mittwoch zu Ende geht, hatte das Schwerpunktthema „Klimawandel - Wasserwandel - Lebenswandel“ behandelt.

Zur Problematik der atomaren Abfällen heißt es in der Kundgebung, nach den negativen Erfahrungen von Asse und Morsleben sei die Endlagersuche auf alternative Standorte auszuweiten. Vorrangig seinen erneuerbare Energien zu fördern. Solange Kernkraftwerke in Betrieb sind, müssten Studien zur Sicherheit für die Restlaufzeit und für die Endlagerung unterstützt werden.

Mehr schöpfungsgerechtes Handeln erwartet das Kirchenparlament auch von den Landeskirchen und Kirchengemeinden. Die Landeskirchen sollen sich für eine Verringerung der CO2-Emissionen um 25 Prozent bis 2015 - gemessen am Jahr 2005 - einsetzen. Notwendig seien flächendeckend Programme zum Umwelt- und Energiemanagement. Für alle kirchliche Einrichtungen sollte die Initiative „Grüner Gockel“ eingeführt und eine effiziente Energienutzung angestrebt werden.

Auf internationaler Ebene braucht es der Synode zufolge Instrumente, die das Menschenrecht auf Zugang zu Wasser festschreiben. „Grundsätzlich muss mit Wasser sorgsam umgegangen werden“, wird empfohlen. In dem Umwelt-Appell tritt die EKD-Synode zudem für den Erhalt der biologischen Vielfalt ein. Für das globale ökologische Gleichgewicht und das Wohlergehen künftiger Generationen sei die biologische Vielfalt entscheidend.

http://www.ekd.de/aktuell_presse/news_2008_11_05_3_kundgebung_klimaschutz.html

Experten warnen vor akuter Ölknappheit

[Spiegel.de vom 20.11.2008] Es sind zwei Meldungen, die sich nur scheinbar widersprechen: Eine besagt, dass der Ölpreis zum ersten Mal seit Mai 2005 unter die Marke von 50 Dollar gesunken ist – wegen der schlechten US-Konjunktur. In einer zweiten warnen deutsche Geoforscher vor schwindenden Vorräten und dramatischen Preisanstiegen in der Zukunft.

Man befinde sich bei der weltweiten Erdölförderung in einem „sehr fortgeschrittenen Stadium der Nutzung“, warnte der Geologe Hilmar Rempel von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR). Sein Kollege Bernhard Cramer erläuterte, dass im vergangenen Jahr die Fördermenge zum ersten Mal seit 2003 nicht gestiegen ist.

An den langfristigen Trends dürften die kurzfristigen Rückgänge beim Ölpreis kaum etwas ändern, denn der Rohstoff wird knapp: Die BGR-Studie „Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Energierohstoffen“ beziffert die weltweit wirtschaftlich zu fördernden Ölreserven für Ende 2007 auf 163,5 Milliarden Tonnen. Ende 2006 lag der Wert bei 163,7 Milliarden Tonnen. In etwa zwölf Jahren werde voraussichtlich die Hälfte der insgesamt zur Verfügung stehenden Erdölressourcen verbraucht sein, erklärten die Experten.

Danach sei aufgrund des größeren Aufwands bei der weiteren Erschließung vorhandener Ressourcen mit einem Rückgang der Förderung zu rechnen – der sogenannte Peak-Oil-Punkt wäre erreicht. Die Nachfrage werde aber voraussichtlich weiter wachsen. Daher sei langfristig mit einer Versorgungslücke zu rechnen, die andere Energieträger ausgleichen müssten.

Die Stagnation der wirtschaftlich förderbaren Ölreserven sei „ein Novum“, sagte Rempel. In der Vergangenheit hätten die jährlichen BGR-Studien stets einen Zuwachs konstatiert. Das Wachstum der Reserven sei zuletzt vor allem auf neue Technologien zur besseren Ausbeutung von Ölfeldern zurückgegangen. Große neue Felder seien in den vergangenen Jahren kaum noch entdeckt worden.

Auch die Welterdölförderung ging im vergangenen Jahr leicht auf 3,88 Milliarden Tonnen zurück. 2006 waren es noch 3,92 Milliarden. Es handele sich um den ersten Rückgang seit Jahren, sagte Rempel. BGR-Präsident Hans-Joachim

Kümpel warnte vor einer mittelfristig drohenden Ölknappheit. „Erdöl wird der erste Energierohstoff sein, bei dem eine echte Verknappung durch die Endlichkeit der Ressource spürbar wird“, sagte er.

Beim Erdöl stehe die Ampel auf Gelb. Deswegen sei es wichtig, zusätzliche Potentiale für Erdölvorkommen zu erschließen, sagte Kümpel. Diese seien insbesondere in der Arktis und in den Tiefwasserbereichen der Ozeane entlang der Kontinentränder zu suchen. Darüber hinaus müssten bereits bekannte Lagerstätten effektiver ausgebeutet werden.

Außerdem sei es notwendig, insgesamt mit Energie sparsamer umzugehen und zugleich Alternativen zum Öl zu suchen. Solche Alternativen seien die Geothermie, die Sonnenenergie und die Wasserkraft

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,591688,00.html>

Parabolspiegel in der Wüste: Wie Europa von Kohle und Gas loskommt

[Jens Lubbadeh, Spiegel.de vom 28.05.2008] Das Öl des 21. Jahrhunderts liegt nicht tief unter der Erde – sondern darauf: Sonnenstrahlen. „Sonne ist der ‘hidden asset’ Nordafrikas und des Nahen Ostens“, sagt Gerhard Knies. Hidden asset – das bedeutet „verborgenes Kapital“. Knies ist Sprecher der Trans-Mediterranean Renewable Energy Cooperation – kurz TREC. Ein Netzwerk von Wissenschaftlern und Politikern verschiedener Länder, die sich vorgenommen haben Europas Energieproblem zu lösen.

Sie haben eine Vision, die sie Desertec nennen: unerschöpfliche, saubere, erschwingliche Energie. Mit Strom aus Wüstensonne.

„Wir haben kein Energieproblem“, sagt Hans Müller-Steinhagen vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR). Im Auftrag des Bundesumweltministeriums hat er in mehreren Studien Desertec auf seine Umsetzbarkeit hin geprüft. Sein Ergebnis: Desertec ist keine Science-Fiction.

„Wir haben ein Energieumwandlungs- und -verteilungsproblem“, sagt Müller-Steinhagen. In den Studien hat er die Energiesituation Europas, Nordafrikas und des Nahen Ostens untersucht –

mit Blick auf die Zeit nach dem Öl. Unter allen alternativen Energiequellen zeichnete sich dabei mit weitem Abstand ein Sieger ab: „Kein Energieträger erreicht auch nur ansatzweise eine solch gewaltige Energiedichte wie Sonnenschein“, sagt Müller-Steinhagen.

Kein anderer Energieträger sei außerdem auf einer solch großen Fläche verfügbar. 630.000 Terawattstunden (TWh) – so viel Sonnenstrahlen-Energie gehe ungenutzt auf die Wüsten in Nahost und Nordafrika nieder, in den sogenannten Mena-Staaten (Middle East, North Africa). Pro Jahr.

Sechs Promille der Sonnenenergie würden schon reichen

Dem gegenüber stehen 4000 Terawattstunden. So viel Strom braucht Europa in diesem Jahr. Das sind gerade einmal sechs Promille der ungenutzten Sonnenenergie.

Europa braucht Strom und hat wenig Sonne. Die Mena-Länder haben viel Sonne und brauchen wenig Strom. Da liegt die Lösung nahe: Der Süden produziert Strom für den Norden – aber wie soll der gigantische Energietransfer funktionieren?

Und wie wird aus der Wüstensonne Strom? Relativ einfach: Desertec ist Low-Tech – man braucht keine teuren Kernfusionsreaktoren, keine CO₂-abscheidenden Kohlekraftwerke, keine ultradünnen Solarzellen. Das Prinzip kennt jeder Junge, der einmal mit einem Brennglas Löcher in Papier gebrannt hat: Parabolrinnen-Spiegel bündeln Sonnenlicht, erhitzen Wasser, Dampf treibt Turbinen an und erzeugen Strom. So funktioniert ein Solarthermie-Kraftwerk. Auch bei Nacht: In Salzspeichern kann die am Tag erzeugte Wärme für einige Stunden festgehalten werden. So können die Turbinen auch laufen und Strom erzeugen, wenn die Sonne nicht scheint.

Soll die Sahara dann mit Spiegeln zugestrichelt werden? Nein, sagt Müller-Steinhagen und zeigt als Antwort ein Bild. Es zeigt die riesige Wüste, in die drei rote Quadrate eingezeichnet sind. Über einem steht „Welt“, es entspricht etwa der Fläche Österreichs. „Diese Fläche mit Parabolrinnenkraftwerken bestückt reicht aus, um die ganze Welt mit Wüstenstrom zu versorgen.“

Über dem zweiten Quadrat steht „EU 25“. Es ist etwa nur ein Viertel so groß. So viel Solarthermie-Kraftwerksfläche könnte Europa frei von Öl, Gas

und Kohle machen. Über dem dritten steht ein „D“ –für Deutschland. Es ist nur ein Punkt.

Europa und die Sonnenstaaten – alle könnten gewinnen

Die Idee: Die sonnenreichen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens bauen in ihren Wüsten Spiegel-Kraftwerke und produzieren Strom. Mit der Restwärme der Kraftwerke könnten sie außerdem Meerwasser-Entsalzungsanlagen betreiben – für diese wasserarmen Länder wäre Trinkwasser in großen Mengen eine bedeutende Hilfe. Und sie erhielten ein wertvolles Exportgut: umweltfreundlich erzeugten Strom.

„Die Mena-Länder sind in einer dreifachen Win-Situation“, sagt Müller-Steinhagen. Aber auch Europa gewinnt: keine Abhängigkeit mehr von russischem Gas oder steigenden Erdölpreisen. Kein radioaktiver Müll. Keine klimaschädlichen Kohlekraftwerke.

Für Länder wie Libyen, Marokko, Algerien, Sudan und vor allem den Nahen Osten könnte der Einstieg in eine Solarthermie-Wirtschaft zugleich der Beginn einer wahrhaft sonnigen Zukunft sein. Arbeitsplätze könnten entstehen, eine nachhaltige Energiewirtschaft würde Geld ins Land bringen, Infrastruktur könnte aufgebaut werden.

Ab 2020 wird Solarthermie-Strom wettbewerbsfähig sein

Eigentlich ist Desertec keine Vision. Die Technologie ist da und hat sich bewährt: Seit Mitte der achtziger Jahre sind in den US-Bundesstaaten Kalifornien und Nevada Solarthermie-Kraftwerke in Betrieb – ohne Probleme. In Südspanien werden derzeit weitere errichtet. Auch in Algerien, Marokko und den Vereinigten Arabischen Emiraten haben die Bauarbeiten für Solarthermie-Kraftwerke begonnen.

Müller-Steinhagen hat errechnet, was die Energiewende kosten würde: Bis zum Jahr 2050 wären etwa 400 Milliarden Euro nötig, um so viel Solarthermie-Kraftwerke zu bauen, dass Europa 15 Prozent seines Strombedarfs damit decken könnte. 350 Milliarden Euro würden die Kraftwerke kosten und etwa 50 Milliarden Euro das Leitungsnetz, um den Strom von Nordafrika nach Europa zu transportieren. Dazu braucht man ein Netz von Hochspannungs-Gleichstrom-Leitungen – auch diese Technologie ist vorhanden und erprobt. Nur

so kann Strom auf Distanzen von Tausenden Kilometern mit relativ geringen Verlusten transportiert werden.

Wenn alles so simpel ist – warum bauen dann Länder mit genügend Sonneneinstrahlung teure und gefährliche Atomkraftwerke, statt in die simple Spiegeltechnologie zu investieren? Haben nicht auch die USA Wüsten? Warum machen sie sich nicht so frei vom Öl? Und: Wieso hat eigentlich noch keiner angefangen?

„Solarthermie hat damals nach dem Bau der Kraftwerke in Kalifornien und Nevada keinen mehr interessiert, weil fossile Energieträger so unschlagbar billig wurden“, sagt Müller-Steinhagen. Dabei hätten es die USA viel leichter – sie sind kein Konglomerat von Ländern mit unterschiedlichen Interessen. Sie könnten mit Spiegelkraftwerken im sonnigen Südwesten autark sein. Erst kürzlich haben Wissenschaftler einen „Great Solar Plan“ für die USA entwickelt.

Billiges Öl hat den Durchbruch der Solarthermie verhindert. Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Kuwait sind Länder, in denen Sonnenschein im Überfluss vorhanden ist – aber eben auch Öl. Dabei könnten sich diese reichen Länder Solarthermie-Kraftwerke leicht leisten. Müller-Steinhagen: „In Saudi-Arabien oder den Vereinigten Arabischen Emiraten kostet der Strom ein halbes Cent die Kilowattstunde. Da haben Sie es schwer, die Leute von den Vorzügen der Solarthermie zu überzeugen.“

Europa braucht Energie, Nordafrika braucht Wasser

Samer Zureikat, Gründer der Mena Cleantech GmbH, bestätigt: „Es gibt in den Mena-Ländern einen Mangel an Bewusstsein, was diese Technologie kann. Wenn man den Leuten dort etwas von Solarenergie erzählt, dann denken sie an kleine Solarpanels, die Straßenlaternen beleuchten – aber nicht an riesige Kraftwerke, die ganze Länder mit Strom versorgen.“ Für Zureikat ist der Umstieg auf Solarthermie-Energie eine unausweichliche Notwendigkeit: „Europa braucht Energie. Nordafrika und der Nahe Osten aber brauchen Wasser – und zwar dringend.“

Müller-Steinhagen gibt ihm Recht. In einer weiteren Studie hat er den zukünftigen Wasserbedarf der Region untersucht – und die Möglichkeiten der Meerwasserentsalzung mit solarthermisch er-

zeugter Energie. Das Ergebnis: Bis zum Jahr 2050 wird sich der Wassermangel in der Mena-Region verdreifachen.

Das Interesse an Solarthermie wächst langsam. Masdar, eine Firma aus Abu Dhabi, die in alternative Energien investiert, hat sich am Bau der drei spanischen Solarthermie-Kraftwerke beteiligt. Und sie will auch im eigenen Land solche bauen.

Noch ist solarthermisch erzeugter Strom nicht konkurrenzfähig. Allerdings wird herkömmlich erzeugte Energie immer teurer – und Solarthermie mit dem Bau jedes neuen Kraftwerks billiger. Spätestens 2020 werde solarthermischer Strom mit fossil erzeugtem beim Preis gleichziehen, sagt Müller-Steinhagen. Außerdem habe man mehr Preisstabilität, denn die Sonne liefere ihre Energie unbegrenzt und umsonst – ohne aufwendige und teure Rohstoffförderung.

Sarkozy ist sehr an Solarenergie interessiert

Müller-Steinhagen fordert ein schnelles Umdenken. Jetzt sei die richtige Zeit: Europas alte Kraftwerke würden ausrangiert, neue müssten her, und diese Investition entscheide über die Zukunft unserer Energie – denn **Kraftwerke laufen Jahrzehnte**.

Die Politik beginnt, sich für das Konzept zu interessieren. Die Bundesregierung unterstützt es, auf europäischer Ebene setzen sich unter anderem die Abgeordnete Rebecca Harms (Grüne) und Matthias Groote (SPD) für Desertec ein. Auch Frankreichs Präsident Sarkozy hat plötzlich die Solarenergie entdeckt – obwohl er gerade erst noch Atomkraftwerke an nordafrikanische Staaten verkauft hat. „Wir werden überschüttet mit Anfragen aus Frankreich“, sagt Müller-Steinhagen. Im Rahmen der umstrittenen Mittelmeerunion, einem losen Bündnis aller Mittelmeer-Anrainerstaaten und weiterer EU-Staaten, will Sarkozy das Thema Solarenergie voranbringen.

SPD-Politiker Groote hofft auf „neue Impulse, wenn im zweiten Halbjahr Frankreich die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt“. Seine grüne Kollegin Harms warnt allerdings vor zu viel Optimismus: „Es ist immer noch eine Minderheit im europäischen Parlament, die sich für Solarthermie einsetzt. Von einer gemeinsamen Energiepolitik sind wir weit entfernt.“

Zu viele Fragen sind noch unbeantwortet: Wer

sollte das Stromnetz finanzieren? Wem würde es gehören? Kann man sich auf einen gemeinsamen garantierten Einspeisetarif für solarthermischen Strom einigen?

Letzteres ist vor allem für Investoren und Industrie ein kritischer Punkt. Wolfgang Knothe, Vorstandsmitglied bei der MAN Ferrostaal GmbH: „Wir brauchen politische Sicherheiten, um loszulegen.“ Am Geld liegt es nicht. Nikolai Ulrich von der HSH Nordbank bestätigt: „Erneuerbare Energien sind in. Es ist derzeit relativ einfach, Investorengelder für Projekte mit erneuerbaren Energien zu bekommen.“

Noch ist Desertec Vision. Aber man brauche Visionen, sagt Knothe: „Ohne Kennedys Traum hätte es auch keine Mondlandung gegeben.“ Damals war der Wille zur Umsetzung der Vision da, nur die Technik noch nicht.

Bei Desertec ist es anders: Die Technik ist da, aber am Willen mangelt es noch.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,556139,0.html>

Informationen über Strom sparende Elektrogeräte

[BMU-Pressedienst Nr. 258/08, 13.11.2008] Vor dem beginnenden Weihnachtsgeschäft hat das Bundesumweltministerium am 13. November eine bundesweite Informationskampagne zum Kauf energiesparender Produkte gestartet. Mit Anzeigen unter dem Motto „Schlauere schenken und Geld sparen“ wirbt das Ministerium in zahlreichen Zeitungen für die Beratungsangebote der Stiftung Warentest, der Deutschen Energieagentur und der Verbraucherzentralen. „Gerade zu Weihnachten werden viele Elektrogeräte gekauft, die den Stromverbrauch der Privathaushalte nachhaltig beeinflussen. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern helfen, sich für das jeweils sparsamste Gerät zu entscheiden, damit die Stromrechnung hinterher nicht zur bösen Überraschung wird. Das nützt dem Klima und dem Geldbeutel“, sagte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel.

Die Aktion ist Teil der Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums. Sie führt verschiedene Beratungsangebote der Stiftung Warentest, der Verbraucherzentrale und der Deutschen Energieagentur (dena) zusammen. Mit der Stiftung Warentest wurde eigens zu Weihnachten die neue In-

ternetseite www.test.de/spargeraeete entwickelt, die Spitzenreiter der Haushalts- und Unterhaltungselektronik auflistet. Zum Start sind die sechs Produktkategorien Fernsehgeräte, DVD-Recorder, Waschmaschinen, Kühlgeräte, Geschirrspüler und Heizungspumpen vertreten. In den nächsten Wochen werden drei weitere – Espressomaschinen, Mikrowellengeräte, TV-Receiver – folgen.

Mit der Energieberatung der Verbraucherzentralen und der „Initiative EnergieEffizienz“ der Deutschen Energieagentur sind auch Angebote einbezogen, die vom Bundeswirtschaftsministerium gefördert werden. „Den Verbraucherinnen und Verbrauchern bieten sich damit umfassende und zuverlässige Möglichkeiten der Information, von konkreten Energiespar-Tipps über Gerätelisten für wichtige Produktgruppen bis hin zur individuellen Beratung“, so Gabriel.

http://www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle_pressemitteilungen/pm/42566.php

Der Blaue Engel aktiv im Klimaschutz

[Nachhaltigwirtschaften.net vom 20.11.2008]

„Das Bundesumweltministerium, das Umweltbundesamt und die Jury Umweltzeichen entwickeln den Blauen Engel so weiter, dass er im Rahmen der Klimapolitik der Bundesregierung zum führenden Kennzeichen für klimafreundliche Produkte wird“, sagte Astrid Klug, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium auf der Jubiläumsveranstaltung zum 30. Geburtstag des Blauen Engels gestern in Berlin. „Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Bedürfnis nach Informationen, die ihnen helfen, im alltäglichen Leben einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Der Blaue Engel weist ihnen künftig ganz gezielt den Weg“, so Prof. Dr. Andreas Troge, Präsident des Umweltbundesamtes, anlässlich der Vorstellung des Klimaschutzzeichens.

Zunächst soll es das neue Zeichen für zehn besonders verbrauchernahe Produktgruppen mit hoher Klimarelevanz geben, wie Kühlschränke und Waschmaschinen sowie Fernsehgeräte und Espressomaschinen. Die Vergabekriterien werden derzeit erarbeitet. Im Laufe der kommenden drei Jahre sollen bis zu 90 weitere wichtige Produktgruppen hinzukommen. Damit die Verbraucherinnen und Verbraucher die besten Produkte hinsichtlich des Klimaschutzes noch leichter erken-

nen können, wird dies auch im Logo des Blauen Engels kenntlich gemacht.

„Es ist nur konsequent und richtig, dass wir auf ein bewährtes Kennzeichnungs- und Zertifizierungssystem, nämlich den Blauen Engel, zurückgreifen. Über 80 Prozent der Deutschen kennen das Umweltzeichen, knapp 900 Unternehmen nutzen es. Besser können die Ausgangsbedingungen für ein Klimazeichen nicht sein“, sagte Prof. Dr. Edda Müller, die den Blauen Engel vor 30 Jahren mitkonzipierte und heute stellvertretende Vorsitzende der Jury Umweltzeichen ist.

Jutta Penning, Leiterin des Fachbereichs „Umweltverträgliche Technik“ im Umweltbundesamt betonte: „In den letzten drei Jahrzehnten prägte der Blaue Engel die produktbezogene Umweltpolitik in Deutschland maßgeblich. Weil nur die aus Umweltschutzsicht besten Produkte das begehrte Zeichen bekommen können, löste dies in der Wirtschaft immer wieder einen Wettbewerb um Innovationen aus. Dieser Top-Runner-Ansatz macht den Blauen Engel auch für die Zukunft so bedeutend.“

Top-Runner – also besonders effiziente Spitzengeräte – sind in vielen Produktgruppen bereits heute auf dem Markt verfügbar. Hersteller und Händler bewerben sie jedoch oft nicht angemessen, und Verbraucherinnen und Verbraucher fragen diese Produkte nur unzureichend nach. Mit einer stärkeren Marktdurchdringung effizienter Geräte kann Energie eingespart und damit die Freisetzung klimaschädlicher Gase vermindert werden. Das neue Klimaschutzzeichen zeigt den Verbraucherinnen und Verbrauchern, welche Produkte besonders energiesparend und klimafreundlich sind.

Zur Jubiläumsveranstaltung des Blauen Engels in Berlin lud das Bundesumweltministerium alle Partner des Umweltzeichens aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ein, die an der Jubiläumskampagne aktiv teilnahmen. Die Tour des Blauer Engel-Aktionsbusses von Mai bis Mitte September unterstützten alle Bundesländer. Zudem beteiligten sich etwa 50 Handels- und Industrieunternehmen sowie Umwelt- und Verbraucherverbände an der Kampagne.

<http://www.nachhaltigwirtschaften.net/scripts/basics/eco->

[world/wirtschaft/basics.prg?session=5b0d9dcc49257731_51807&a_no=2150](http://www.wirtschaft/basics.prg?session=5b0d9dcc49257731_51807&a_no=2150)

Teilen, fahren, sparen

[Tom Grünweg, Spiegel.de vom 31.10.2008] Noch bis vor wenigen Jahren war Carsharing in Deutschland eine Mobilitätsalternative vor allem für Umweltbewegte. Wer die Grünen wählte und gegen Ölmultis und Atomkraft war, aber eben doch nicht jedes Ziel mit Bahn, Bus oder Fahrrad erreichen konnte, für den hieß geteiltes Auto auch geteiltes Leid. Doch es gibt längst neue Motive für die genossenschaftliche Gemeinschaftsnutzung individueller Verkehrsmittel. Vor allem finanzielles Kalkül, schmale Budgets und veränderte Prioritäten treiben den Carsharing-Organisationen in Deutschland die Kunden in die Arme – neben dem Wunsch, selbst etwas gegen Klimaveränderung und Rohstoffverschwendung zu tun.

Seit 1988 in Berlin das erste deutsche Carsharing-Projekt aus der Taufe gehoben wurde, erlebt die Branche ein stetiges Wachstum, das sich nach Angaben des Bundesverbandes Carsharing (BCS) in Hannover in den letzten Jahren zunehmend beschleunigt hat. So sei die Zahl der angemeldeten Nutzer innerhalb des vergangenen Jahres bundesweit um mehr als 20 Prozent auf 116.000 Teilnehmer gestiegen, schreibt der BCS in der Jahresstatistik. Damit habe sich der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr beinahe verdoppelt. Entsprechend sei auch der Fuhrpark gewachsen: An den jetzt 1600 Carsharing-Stationen stünden nun rund 3200 Autos bereit – gut zehn Prozent mehr als noch im Vorjahr.

Die Entwicklung wertet der BCS als Zeichen der Umdenkens: „Sie ist Ausdruck dafür, dass Carsharing zunehmend akzeptiert und geschätzt wird“, heißt es beim Verband. Viele Kunden nutzen Carsharing als Mobilitätsversicherung, falls sie bestimmte Transportaufgaben doch nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln erledigen könnten. Und selbst eingefleischte Selbstfahrer-Haushalte würden Carsharing-Alternative mittlerweile als „Reserve-Zweitwagen“ nutzen.

Den Grund für den Zulauf sehen Experten vor allem in der veränderten Einstellung der Deutschen zu ihrem einstmaligen liebsten Kind. „Carsharing ist längst raus aus der Müsli-Ecke“, sagt der Hans-

Georg Marmit von der Sachverständigen-Organisation KÜS in Losheim. Nicht mehr der Umweltgedanke oder Konsumverweigerung seien die Motive für eine Teilnahme, sondern schlichtes Kalkül. „Vielen Menschen ist das eigene Auto einfach zu teuer geworden.“

Das Auto als Statussymbol hat zunehmend ausgedient

Dazu kommt eine veränderte Prioritätensetzung, bei denen das Auto zum reinen Fortbewegungsmittel degradiert wird. „Denn als Statutssymbol hat es gerade bei den Jüngeren zunehmend ausgedient“, hat der deutsche Designer Tobias Nagel gelernt, der für Nissan in Tokio den künftigen Trends nachspürt. „Hier definiert man sich nicht mehr über das Auto, sondern empfindet es bisweilen sogar als Last. Vor allem wenn man einen Parkplatz dafür suchen muss.“ Ganz so weit ist es in Deutschland zwar noch nicht, doch in Großstädten wie Berlin oder München gebe es für viele Menschen wichtigere Accessoires als ein Auto, sagt auch Marmit.

Insbesondere für Leute, die nur selten ein Auto brauchen, kann Carsharing eine lohenswerte Alternative sein. „Denn das eigene Auto kostet auch dann Geld, wenn es bloß vor der Tür steht“, mahnt die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen. „Autoteiler dagegen zahlen nur, wenn sie das Fahrzeug auch wirklich nutzen. Denn die Fixkosten werden auf viele verteilt. Je mehr Menschen das Auto nutzen, desto geringer wird deshalb der Preis.“ Ein geteiltes Auto für Wenigfahrer ist bis zu einer Jahresleistung von etwa 10.000 Kilometern oft billiger als ein eigenes.

Hochburg des Carsharing ist die Schweiz

Doch umsonst ist auch diese Form der Mobilität nicht: So berechnet zum Beispiel die Deutsche Bahn, die in mehr als hundert Städten mehr als 1500 Autos bereitstellt, je nach Fahrzeugklasse und Tageszeit eine Stundenpauschale von 1,90 bis 7,90 Euro und dann noch einmal 20 Cent pro Kilometer. Außerdem ist die Spontaneität eingeschränkt. Marmit: „Meist können nur registrierte Kunden oder Vereinsmitglieder mitmachen. Außerdem muss man die Fahrzeuge oft vorher buchen, an speziellen Plätzen abholen und sie auch dorthin wieder zurückbringen.“

Zwar erfreut sich Carsharing hierzulande wach-

sender Beliebtheit, doch gemessen an der Schweiz ist Deutschland in diesem Bereich noch ein Entwicklungsland. Die Eidgenossen haben die Idee es gemeinsam genutzten Autos mit der Gründung der Selbstfahrgenossenschaft Zürich im Jahr 1948 nicht nur erfunden, sondern sie sind auch aktuell die Weltmeister im Teilen und Eilen: Immerhin ein Prozent der Autofahrer verzichtet dort auf den eigenen Wagen, haben Branchenexperten ermittelt. In Deutschland liegt die Quote bislang bei lediglich 0,1 Prozent.

http://www.spiegel.de/auto/aktuell/0,1518,586692_00.html

Verschwenderischer Glanz

[Gerhard Matzig, Süddeutsche Zeitung vom 10.12.2008] Wenn ein Stern explodiert, dann erstrahlt er für kurze Zeit so hell wie eine Galaxie. Man nennt das "Supernova". Die Leuchtkraft des Sterns nimmt dabei milliardenfach zu. Dann aber ist Schluss, der Stern ist futsch - und das All steht wieder schwarz und schweigt.

Sollte die Europäische Union das Problem mit der zeitlich begrenzten Glühdauer eines sterbenden Sterns (dessen Licht dann auch noch ein paar tausend Jahre herumrast, bevor man es auf der Erde auch nur ahnen kann) in den Griff bekommen, dann dürfen wir uns auf eine interstellare Debatte gefasst machen. Dann wird die EU-Kommission, die soeben das Ende der Glühbirne zugunsten der Energiesparlampe ab 2009 verfügt hat, die Supernovae dieser Welt richtlinienfest machen wollen. Denn für den Einsatz von Sparfunzeln gegenüber Glühbirnen spricht, dass die Energiesparlampe bei gleicher Helligkeit weniger Energie benötigt - eine Supernova nahe der Erde toppt das locker. Andererseits hat sie womöglich noch weniger Freunde als die Sparvarianten, die für ihr immer noch recht kühles Licht bekannt und deshalb bei Lichtplanern berüchtigt sind. Wobei klar ist: In Zeiten schwindender Ressourcen ist die EU gezwungen, die Glüh-Verschwender zu verbieten, wenn nicht inhaftieren zu lassen. Schon bald werden EU-Suchtrupps die Keller nach 100-Watt-Birnen ohne Aufenthaltsgenehmigung durchsuchen.

Ein Wunder wird beleuchtet

Schon deshalb darf man an die Geschichte einer Ästhetik erinnern, die nun mit der Birne zu Grabe

getragen wird. Es ist schließlich die Geschichte der Moderne selbst. Sie beginnt Mitte des 19. Jahrhunderts. Damals war Europa wohlhabend und, wie Wolfgang Schivelbusch in seinem Standardwerk zur Geschichte der elektrischen Beleuchtung schreibt ("Licht - Schein und Wahn", Verlag Ernst & Sohn), "satt und zufrieden wie selten zuvor". Die große Wohlstandsmaschine, der Kapitalismus, tuckerte munter vor sich hin und gebar immer weitere Wunder. In aller Unschuld, noch.

Nach der Periode der Textilien und der Eisenbahnen verhieß Chemie und Elektrizität neue Reichtümer. Gefeierte wurden die Utopien des Materialismus auf den Weltausstellungen. Die Schau aber, die im Mai 1900 in Paris eröffnet wurde, hatte keinen pompösen Kristallpalast und keinen tollkühnen Eiffelturm zu bieten. Bei Tag sah das Areal sogar blamabel unscheinbar aus. Die Sensation jener Zeit zeigte sich erst bei Nacht: Dann erstrahlte der "Elektrizitätspalast", illuminiert von tausenden Glühbirnen.

Es dauerte fast ein Jahrhundert, bis sich die Glühlampe (auch Glühlicht genannt) zum industriell gefertigten, standardisierten Leucht-Produkt entwickelte. Der bekannteste Miterfinder der nur umgangssprachlich als Glühbirne bezeichneten Innovation war Thomas Alva Edison. Er erhielt 1880 ein Patent für seine Entwicklung in den USA. Sein Glühfaden, der als elektrischer Leiter durch Stromfluss so stark erhitzt wird, dass er glüht, bestand aus Bambusfasern.

Noch heute erinnert die Konstruktion der Glühlampe mit Schraubsockel und sichtbarem Glühfaden an die ersten Formen der Glühlicht-Geschichte. Darin liegt der ästhetische Reiz der Glühbirne - im Gegensatz zur Sparbirne. Die gibt es auch in Birnenform, aber außer mehrfach gebogenen, "kompakten" Leuchtstoffröhren (daher der Fachbegriff "Kompaktleuchtstofflampe") verfügt sie über kein offenkundiges Innenleben.

Seinerzeit wurde - wie jetzt im Grunde wieder - beklagt, dass mit dem Kerzen- oder Fackellicht, mit Öl- und Gaslampen gar, das "natürliche", also flackernd-unstete Licht verloren gehe. Deshalb setzte man früh alles daran, die vertrauten Lichtquellen zu imitieren. Der sichtbar glühende, aufgezwickelte Draht und die Glasblase, die sich birnenförmig nach oben weitet, waren konstruktiv

bedingt, versöhnten aber auch mit dem Verlust des lebendig züngelnden Feuers.

Vielleicht stellte man sich auch deshalb in geradezu entflammter Weise noch in den 1930er-Jahren vor, die Elektrizität sei weiblichen Ursprungs. Allegorisch wurde die Stromversorgung dargestellt als Göttin in der Nachfolge der Venus. Auch die Lichtgöttin der berühmten Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, AEG, bewehrt mit Rad und Flügeln, ließ eine Birne über ihrem Kopf erstrahlen. Palast, Feuer, Göttin, barocke Birnenform: Das waren einmal die Begriffe rund um die Glühlampe. Nun, durch die EU, wissen wir, dass das alles nur tumbe Verschwendung und Illegalität bedeutet. Schade, sehr schade.

6. ENERGIE- UND UMWELTPOLITIK

Artenschutz für Luftverschmutzer

[Wolfgang Roth, Süddeutsche Zeitung vom 13.12.2008] Keine Abstriche bei den Klimaschutz-Zielen der Europäischen Union, aber eine erhebliche Entschärfung des Handelssystems mit Zertifikaten, die der Industrie den Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid ermöglichen. Wie das zusammenpasst, ist das Geheimnis der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel. In Wahrheit stellt die EU mit dem Brüsseler Kompromiss ihr Ziel in Frage. Der Emissionshandel sollte das Instrument sein, das die Mechanismen des Marktes nutzt, um den Klimawandel abzumildern. Mit dem Bonus für besonders schädliche Branchen auch in Deutschland, mit dem Nachlass für die Kohlekraftwerke in Osteuropa noch weit über das Jahr 2013 hinaus ist das Modell entwertet.

Es ist ein schlechtes Signal für die mühsamen Verhandlungen über den globalen Klimaschutz. Das gilt weniger für die gleichzeitig zu Ende gehende UN-Konferenz in Posen, auf der ohnehin nichts Bahnbrechendes zu erwarten war. Verheerend aber sind die Auswirkungen für das nächste Treffen der Vereinten Nationen in Kopenhagen, wo nach dem Auslaufen des Kyoto-Protokolls der nächste, entscheidende Schritt gegen die Aufheizung der Atmosphäre erfolgen muss. Länder wie China und Südafrika werden noch weniger bereit

sein, ihren herkömmlichen, auf reichlich Kohlenstoff basierenden Wirtschaftspfad zu verlassen. Sie werden mit einiger Berechtigung darauf verweisen, dass das, was den Polen und Ungarn zugestanden wird, allemal auch für sie gilt.

Deutschlands Nimbus ist dahin im Klimaschutz. Auf welche Industriezweige sollte der Emissionshandel einwirken, wenn nicht auf die, welche besonders viel Kohlendioxid ausstoßen? Sollen etwa diejenigen das größte Opfer bringen, die am wenigsten zum Klimawandel beitragen? Eine interessante Logik, so nach dem Muster: Der Besitz von Rauschgift ist zwar verboten, eine Ausnahme gilt aber für alle, die Rauschgift nötig haben. Ohne Zweifel gefährdet das gegenwärtig hiesige Arbeitsplätze. Aber ist es nicht gerade der Sinn des Emissionshandels, ja, aller wirksamen Vorgaben zum Klimaschutz, dass Druck entfaltet werden soll zum Umbau der Industriegesellschaften - hin zu einer Wirtschaftsweise, die die Atmosphäre nicht mehr als kostenlose Deponie für Treibhausgase missbraucht?

Dass das ohne schmerzhaftes Veränderung vonstatten geht, ist ein Märchen, das auch von Umweltschützern erzählt wird. Nein, es wird Gewinner und Verlierer geben (müssen). Vorderhand, das ist leider wahr, wären jene Länder noch die Gewinner, die ihre Stahl- und Zementindustrie nach altem Muster betreiben. Aber wenn das Unternehmen Klimaschutz irgendwann Sinn haben soll, dann müssen auch Nationen wie China und Indien in der Pflicht sein.

Die EU hat in Brüssel nicht gezeigt, wie man sich mutig diesem Wandel stellt. Möglicherweise ist das auch zu viel verlangt von Regierungen, die nicht dafür gewählt wurden, den Lebensraum für alle und für alle Zeit zu sichern.

EU-Industriekommissar will Automobilindustrie subventionieren

[Europäische Kommission, 30.10.2008] Nach Angaben des Informationsdienstes ENDS Europe Daily ist die Europäische Investitionsbank (EIB) offenbar bereit den Autoherstellern in der EU zinsgünstige Kredite in Höhe von 40 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Bei einem Spitzentreffen von Vertretern aus Politik und der Autoindustrie am 29. Oktober in Brüssel hatte EU-Industriekommissar Günter Verheugen eine sol-

che Finanzspritze für die Branche gefordert. Die Industrie brauche Hilfen für die Entwicklung von Autos mit geringerem Schadstoffausstoß, sagte Verheugen. Die Entscheidung liege bei den Eigentümern der EIB, den 27 EU- Staaten.

Umwelt- und Verkehrsverbände kritisierten, die Steuerzahler sollten jetzt einspringen für „Verantwortungslosigkeit und Untätigkeit“ der Autobauer. Jos Dings von der Organisation Transport & Environment (T&E) bezeichnete mögliche Billigkredite als „verschleierte Subventionen“. Auch der Verkehrsclub Deutschland (VCD) äußerte Unverständnis. Subventionen für eine Branche, die auf überholte Produkte setze, dürfe es nicht geben. Auch EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso lehnt die Subventionierung einzelner Industriezweige ab. Das wäre ein falsches Signal, sagte er. Die Autoindustrie sei eine von Europas wichtigsten Industriezweigen, aber er wolle nicht mehr diese altmodische, sektorale Unterstützung. Frankreichs Präsident Sarkozy hatte zuvor angekündigt, 400 Millionen Euro für die Entwicklung abgasarmer Autos in Frankreich bereitzustellen.

Der Präsident des europäischen Dachverbands der Autohersteller (ACEA) Christian Streiff sagte, die Absatzkrise würde Druck auf die Budgets für Forschung und Entwicklung umweltfreundlicherer Autos ausüben. Die Branche hinkt bei der Erneuerung der Fahrzeugflotte hinterher. Die EU will ihr Klimapakete im Dezember unter Dach und Fach bringen. Der Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids (CO₂) soll bis 2020 um ein Fünftel gesenkt werden. Bei Neuwagen soll der CO₂-Ausstoß auf 120 Gramm je Kilometer im europäischen Flottendurchschnitt gesenkt werden. (mbu)

<http://www.eu-kordinati-on.de/index.php?page=23&vorlage=fuenfb&id=77>

Kotau vor der Industrie

[Cerstin Gammelin, Süddeutsche Zeitung vom 10.12.2008] Als die Europäische Union vor knapp zwei Jahren ehrgeizige Klimaziele beschloss, bewies sie nicht nur viel Mut, sondern auch Umsicht. Um die Treibhausgase zu verringern, die die Atmosphäre gefährlich aufheizen, wollten die Politiker vor allem ein Instrument nutzen, das den Gesetzen des Marktes folgt und damit die volks-

wirtschaftlichen Kosten des Klimaschutzes so gering wie möglich hält - genau das fordern internationale Ökonomen seit Jahren. Es ist der Handel mit Emissionsrechten.

Jetzt deutet alles darauf hin, dass die selbsternannten Klimaschützer ihr wichtigstes Mittel gegen die Erderwärmung der Industrielobby opfern. Sie stellen das Interesse der Allgemeinheit hinter die Partikularinteressen einiger Branchenvertreter. Dabei reagieren Europas Politiker nicht etwa auf die aktuelle Wirtschaftskrise. Sie folgen vielmehr altbekannten Argumenten vor allem der Stromkonzerne, die in der Praxis längst widerlegt sind.

2005 führte die Europäische Union erstmals den Handel mit Emissionsrechten ein. Dieser folgt einer verblüffend einfachen Logik. Jeder Unternehmer soll zahlen, wenn er das Allgemeingut Atmosphäre als Speicher für klimaschädliche Abgase nutzt, die bei der Herstellung seiner Produkte entstehen. Für jede Tonne Kohlendioxid muss der Unternehmer also einen Berechtigungsschein nachweisen. Wer mehr Treibhausgase ausstößt, als er Zertifikate besitzt, kann diese an der Börse oder bei solchen Unternehmern kaufen, die weniger emittieren. Um die Wirkung des Emissionshandels zu testen, erhielten die Unternehmen die benötigten Zertifikate bisher weitgehend kostenlos vom Staat.

Diese Geschenke haben vor allem eines bewirkt. Sie haben Stromkonzerne in den vergangenen Jahren um viele Milliarden Euro reicher und die Kundschaft um ebenso viel Geld ärmer gemacht. Denn die Kraftwerksbetreiber schlugen den Börsenwert der staatlichen Geschenke einfach auf den Strompreis auf. Das war problemlos möglich, weil es auf den nationalen Strommärkten praktisch keinen Wettbewerb gibt. Die Folgen sind bekannt: Die Preise brachen einen Rekord nach dem anderen. Politiker beschimpften die Konzerne öffentlichkeitswirksam als Abzocker. Wettbewerbshüter kündigten Ermittlungen an. Der deutsche Wirtschaftsminister versprach schließlich verärgert ein Gesetz gegen diese Geschäftspolitik. Geändert hat sich nichts.

Deshalb hatte die Europäische Kommission die ökonomische Vernunft auf ihrer Seite, als sie vor Jahresfrist vorschlug, der Staat solle die Zertifikate künftig verkaufen. Die Erlöse sollten in die nationalen Haushalte fließen, und nicht in die Kas-

sen der Konzerne. Der Strompreis bliebe davon unberührt, schließlich ist der Wert der Emissions-scheine längst eingerechnet.

Umso unverständlicher ist, dass viele Politiker jetzt verhindern wollen, dass die Zertifikate endlich verkauft werden. Die Regierung in Warschau hat sich zum Wortführer gemacht. Polens Strom kommt zum großen Teil aus Kohlekraftwerken. Die Stromproduzenten müssten deshalb viele Zertifikate kaufen, was zu höheren Preisen führen würde, argumentiert sie. Hohe Strompreise wiederum trieben die Industrie aus dem Land. Das ist zwar schlicht falsch - auch in Polen gilt, dass der Wert der Zertifikate im Strompreis längst enthalten ist -, jedoch ganz im Sinne der Konzerne.

Dem Argument der Polen hat sich beinahe ein Dutzend europäischer Regierungen angeschlossen - darunter indirekt auch die bundesdeutsche. Wenn polnische Kraftwerke weiterhin Zertifikate kostenlos bekommen, müsse das auch für Stromproduzenten in Deutschland gelten, reklamiert der Wirtschaftsminister. Sollte die Europäische Union tatsächlich den Emissionshandel fleddern, wäre das eine politische Bankrotterklärung und würde den Klimaschutz aufs Spiel setzen.

Erste Schritte auf dem Weg zum Weltnaturschutzrat

[BMU-Pressedienst Nr. 261/08 vom 13.11.2008]
Vertreter aus mehr als 100 Staaten haben auf einer Konferenz in der malaysischen Verwaltungshauptstadt Putrajaya erste Schritte auf dem Weg zu einem Weltnaturschutzrat beschlossen. Zuvor soll allerdings eine Analyse vorgenommen werden, in welchen Bereichen besonderer Bedarf für wissenschaftliche Beratung besteht.

Rund sechs Monate nachdem in Bonn bei der UN-Naturschutzkonferenz vereinbart wurde, ein dem Weltklimarat IPCC vergleichbares Gremium für den Bereich Biologische Vielfalt zu schaffen, haben in Malaysia die ersten offiziellen Regierungskonsultation zur Einrichtung eines solchen internationalen Wissenschaftsrates für Biodiversität und Ökosysteme stattgefunden (Intergovernmental Platform on Biodiversity and Ecosystem Service, IPBES) stattgefunden. Die dreitägige Konferenz fand auf Einladung des UN-Umweltprogramms UNEP mit finanzieller Unterstützung Deutschlands statt.

Für Deutschland, das derzeit die Präsidentschaft des UN-Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) innehat, nahm der Leiter der Naturschutzabteilung im Bundesumweltministerium, Jochen Flasbarth an der Konferenz teil. „Um die Zerstörung und Übernutzung der biologischen Vielfalt zu stoppen, braucht es dringend politisch verwertbare wissenschaftliche Empfehlungen, an denen die Weltgemeinschaft nicht vorbei gehen kann“, sagte Flasbarth.

In Malaysia wurde in der ersten Verhandlungsrunde, bei der mehr als 100 Staaten vertreten waren, grundsätzliche Einigkeit erzielt, dass das neue Beratungsgremiums eingerichtet werden soll. Weitgehend einig war man sich zudem, dass das Gremium politisch unabhängig sein soll, die Ergebnisse aber in irgendeiner noch genauer zu definierenden Form durch die Regierungen entgegengenommen werden sollen. „Das Ziel muss sein, den wissenschaftlichen Erkenntnissen eine gewisse Verbindlichkeit für die politische Umsetzung zu geben“, so Flasbarth.

In einem nächsten Schritt sollen sich die Umweltminister bei der Verwaltungsratssitzung von UNEP im Februar 2009 mit dem Thema befassen und dabei die Weichen für die weiteren Konsultationen auf Beamtenebene stellen. „Bei dieser ersten Runde der Regierungsgespräche sind wir erstaunlich weit gekommen. Wenn wir dieses Tempo beibehalten, haben wir gute Chancen, dass das neue Wissenschaftlergremium noch während der deutschen CBD-Präsidentschaft bis zum Jahr 2010 seine Arbeit aufnehmen kann. Auch der Weltklimarat ist vor 20 Jahren nicht über Nacht gegründet worden“, sagte Flasbarth.

http://www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle_pressemitteilungen/pm/42575.php

Gabriel: Seehofers Vorschläge machen Tanken letztlich teurer

[Dirk Müller, Dradio.de vom 24.11.2008]

Dirk Müller: Horst Seehofer hat an diesem Wochenende zu einem Paukenschlag ausgeholt. Der CSU-Chef und Ministerpräsident fordert von der Kanzlerin, die Ziele beim Klimaschutz aufzuweichen. Darüber hinaus Steuern senken so schnell wie möglich.

Bei uns am Telefon ist nun Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD). Guten Morgen!

Sigmar Gabriel: Guten Morgen, Herr Müller.

Dirk Müller: Herr Gabriel, ist Horst Seehofer ein Klimakiller?

Sigmar Gabriel: Nein, er ist natürlich ein Populist. Er sagt jetzt im Prinzip das Gegenteil von dem, was er in der Bundesregierung mit beschlossen hat, und vor allen Dingen würde ich gerne wissen, wir müssen ja mal entscheiden. Wollen wir jetzt investieren in Arbeitsplätze – dafür machen wir ja schon mehr Schulden, als wir ursprünglich vor hatten – ,oder wollen wir Steuern senken. Immer alles gleichzeitig zu fordern, ohne zu sagen, wer es bezahlen soll, das hört sich gut an, lässt sich aber in der Regel nicht richtig umsetzen.

Dirk Müller: Horst Seehofer argumentiert aber, wenn wir bei diesen Klimaschutzziele bleiben – es geht ja da ganz konkret auch um den CO₂-Ausstoß bei den Automobilen – , dann gefährdet das Arbeitsplätze.

Sigmar Gabriel: Erstens ist Horst Seehofer offensichtlich nicht ganz auf Ballhöhe, sondern wir haben ja längst eine Regel, die auch im Europäischen Parlament inzwischen, glaube ich, Zustimmung findet, dass wir im Jahre 2012 wie ursprünglich geplant diese CO₂-Grenzwerte einführen, aber eben nicht zu 100 Prozent, sondern zu 60 oder 70 Prozent und dann drei oder vier Jahre immer 10 Prozent draufpacken, also sozusagen ein stufenweises Einführen passiert. Das ist auch kein Problem fürs Weltklima. Entscheidend ist, dass die Regelung kommt und dass die Autoindustrie weiß, dass ab 2020 die Werte noch mehr runtergehen, damit sich Forschung und Entwicklung dann darauf einstellt. Wenn wir das tun, was Herr Seehofer will und fordert, Aussetzen dieser Ziele, dann sage ich Ihnen, dann können wir in dieser Woche eine der großen Investitionen der deutschen Autoindustrie absagen, nämlich den Einstieg in die Elektromobilität mit Ausgaben für Forschung und Entwicklung, mit Arbeitsplätzen in dem Bereich, die da neu geschaffen werden, und vor allen Dingen sorgen wir dafür, dass die Autoindustrie den Eindruck hat, dass es egal ist was sie tut, ob sie Ziele einhält oder nicht, am Ende zahlt es immer der Verbraucher. Denn Klimaschutz im Auto können sie nur dadurch erreichen, dass sie weniger Sprit verbrauchen. Das heißt wenn wir das machen, was Seehofer will, zahlen die Leute mehr an der Tankstelle.

Dirk Müller: Nun sagt der bayerische Ministerpräsident auch, bei diesen Übergangsregelungen, die wir jetzt gefunden haben, vermutlich wird das von der EU ja in der nächsten Zeit auch so umgesetzt. Aber er will keine Strafzahlungen für Autos, die in diesen Jahren dann mehr ausstoßen. Könnte das ein Kompromiss sein?

Sigmar Gabriel: Nein, das ist kein Kompromiss, sondern es ist natürlich so, wenn sie sagen, du musst das und das erreichen, aber wenn du das nicht erreichst, das ist auch egal, dann ist doch klar, dass sich niemand anstrengt. Wir müssen schon sagen, in welche Richtung Forschung und Entwicklung gehen sollen. Übrigens all das, was wir jetzt verabreden, verabreden wir doch in Absprache mit der gesamten europäischen Autoindustrie. Es ist doch nicht so, dass wir da blind vorgehen. Übrigens das Bundesumweltministerium hat mit den Betriebsräten und der IG Metall bereits vor mehreren Monaten eine Verabredung getroffen über das, was wir jetzt machen. Das findet da auch Zustimmung und natürlich gucken wir uns an, ob dabei Arbeitsplätze gefährdet sind oder nicht.

Dirk Müller: Aber Sie treffen doch damit diejenigen, die sich kein neues Auto leisten können.

Sigmar Gabriel: Warum das eigentlich? Das müssen Sie mir mal erklären.

Dirk Müller: Weil ältere Autos mehr ausstoßen.

Sigmar Gabriel: Aber das heißt doch nicht, dass sie ... Wir reden über etwas völlig anderes. Wenn jemand ein neues Auto kauft und dieses neue Auto mehr CO₂ ausstößt als das nach der europäischen Regel möglich ist, dann müssen sie dafür mehr bezahlen. Ihr Altwagen ist doch gar nicht betroffen. Wir müssen uns schon noch in Deutschland über die Frage verständigen, über was reden wir eigentlich. Das hier eben jedenfalls hat mit Altwagen gar nichts zu tun.

Dirk Müller: Das hat mit Altwagen nichts zu tun, aber die Grünen und auch der BUND argumentieren, Sie sind in Wirklichkeit kein Umweltminister, sondern ein Autominister.

Sigmar Gabriel: Was sollen sie denn sagen? Sollen die Grünen sagen, wir machen alles richtig? Das wird ja nicht gehen. Die wollen ja im Wahlkampf ein paar Stimmen kriegen. Mein Vorschlag zur Beurteilung der deutschen CO₂-Klimapolitik – fahren Sie einfach in irgendein anderes Land der

Erde und fragen Sie die Leute, was sie davon halten. Die sagen, wir werden ganz gerne so gut wie ihr.

Dirk Müller: Aber Neuwagen müssen auch gekauft werden, Herr Gabriel.

Sigmar Gabriel: Ja und da sagen wir, die Fahrzeuge werden – das fordert übrigens die Autoindustrie; die fordert ein Vorziehen beispielsweise der Umstellung der Kfz-Steuer auf CO₂-Basis – ,die Fahrzeuge, die dann die europäischen Regeln einhalten, werden Vorteile haben in der Steuer, und vor allen Dingen der Käufer weiß, er muss an der Tankstelle nicht so viel Sprit bezahlen. Was Seehofer fordert ist, dass man das genau aussetzt, so dass die Leute an der Tankstelle weiter mehr bezahlen müssen, die falschen Autos produziert werden und übrigens im Export werden wir massive Schwierigkeiten bekommen. Wenn Sie sich mal anschauen, welche Fahrzeuge inzwischen in Kalifornien nur noch zugelassen sind, dann stellen Sie fest, die Amerikaner beginnen viel stärkere Regeln einzuführen als wir in Deutschland. Wenn wir von daher auf dem Exportmarkt noch Chancen haben wollen, müssen wir runter. Wer sehen will, was mit Fahrzeugen passiert, die weiterhin zu viel Sprit fressen und CO₂ ausstoßen, der soll sich General Motors angucken. Die sind gerade vor der Pleite. Ich meine, daraus nicht zu lernen, sondern zu sagen, weiter so, und dann die Leute hinterher arbeitslos zu machen, weil die Käufer die Autos nicht kaufen, das ist natürlich eine abenteuerliche Strategie.

Dirk Müller: Was halten Sie denn generell von der Forderung, Steuern zu senken?

Sigmar Gabriel: Ich glaube, dass man jetzt dafür sorgen muss, dass es ein europäisches Investitionsprogramm in Arbeit und Umwelt gibt. Dafür muss man Steuergelder haben. Man kann nicht sagen, ich will Arbeitsplätze sichern, wir müssen investieren, der Staat und zwar nicht alleine als Nationalstaat, sondern alle europäischen Mitgliedsstaaten müssen das tun, damit wir Jobs sichern, und dann gleichzeitig sagen, aber dafür wollen wir kein Geld zur Verfügung stellen, weil wir die Steuern senken. Die Amerikaner machen uns das gerade vor. Barack Obama erklärt, er wird für die nächsten Jahre mehrere Hundert Milliarden zusätzlich im Staat investieren, um die Amerikaner aus der Rezession rauszuholen, und er investiert übrigens in Klimaschutz und Energieeffi-

zienz. Wenn wir jetzt das Gegenteil tun und sagen, wir verschieben die Ziele und wir senken die Steuern und der Staat macht nichts mehr, sondern taucht als Nachtwächterstaat auf, dann muss ich ganz offen sagen, dann werden wir in diesem Wettbewerb verlieren. Das was die Amerikaner jetzt machen und das was Frank-Walter Steinmeier, der Bundesaußenminister, für Europa fordert, nämlich ein europäisches Investitionsprogramm, das ist das, was wir jetzt brauchen.

Dirk Müller: Also die SPD wird sich weiterhin weigern, den Bürgern auch einmal Geld und Steuergelder zurückzugeben?

Sigmar Gabriel: Die SPD will sich vor allen Dingen dafür einsetzen, dass die Bürger Arbeit haben, damit sie überhaupt Steuern bezahlen.

Dirk Müller: Weniger Steuern heißt mehr Geld im Portemonnaie. Dann könnte man auch mehr ausgeben, dann könnte man die Binnennachfrage ankurbeln. Kein Argument für Sie?

Sigmar Gabriel: Da sagen uns diejenigen, die sich mit Wirtschaftspolitik häufiger beschäftigen als wir beide und Herr Seehofer, dass das gerade nicht dazu führt, sondern dass es erst mal aufs Sparbuch gepackt wird um dann mal zu gucken, was kommt in besseren Zeiten. Die Arbeitslosigkeit steht aber vor der Haustür. Wir müssen jetzt was machen, nicht in einem Jahr oder anderthalb Jahren. Das heißt, jetzt muss Europa reagieren und nicht mit einer komplizierten Steuersenkung die nächsten sechs oder neun Monate im Gesetzgebungsverfahren hängen. Dann gucken die Leute, mal sehen wie es weitergeht, wir packen das Geld erst mal aufs Sparbuch, und nichts wird investiert in Lärmschutz, in Energieeffizienz, in die Senkung der Energiekosten, in erneuerbare Energien. Das ist genau das Gegenteil von dem, was andere machen, damit sie aus der Rezession rauskommen. Deswegen würde ich sagen, wir müssen hier nicht immer einen deutschen Sonderweg gehen.

Dirk Müller: Versuchen wir, Herr Gabriel, es vielleicht noch einmal von der anderen Seite aufzuzäumen. Wenn dem Staat jetzt in den nächsten Monaten im Rahmen der Rezession Einnahmen wegbrechen, schließen Sie dann Steuererhöhungen zur Finanzierung dieser Pakete aus?

Sigmar Gabriel: Natürlich darf man den Leuten nicht zusätzlich Geld wegnehmen, sondern wir

werden das tun, was man in der Volkswirtschaft das „wirken lassen“ der automatischen Stabilisatoren nennt. Das heißt, wir kommen nicht so schnell runter mit der Verschuldung, wie wir es ursprünglich vor hatten. Das geht in der Wirtschaftskrise nicht. Aber wir dürfen die Krise natürlich auch nicht dadurch verschärfen, dass wir den Leuten noch mehr Geld wegnehmen.

Dirk Müller: Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) bei uns im Deutschlandfunk. Vielen Dank für das Gespräch und auf Wiederhören.

Sigmar Gabriel: Tschüß, Herr Müller.

http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/880307/

Auf Kosten der Umwelt

[Claus Hulverscheidt, Süddeutsche Zeitung vom 10.12.2008] Es gibt neben dem Wunder von Bern wohl kein Erlebnis, das den Wiederaufstieg Deutschlands aus den Trümmern der Nazi-Herrschaft so sehr symbolisiert wie der Siegeszug des Autos quer durch alle Bevölkerungsschichten. Der Kauf eines VW-Käfers gab den Bürgern das Gefühl, dass ein geächtetes Volk zumindest wirtschaftlich wieder Anschluss an die zivilisierte Welt gefunden hatte. Vielleicht ist nur so das beinahe libidinöse Verhältnis der (männlichen) Deutschen zum Kraftfahrzeug zu erklären, das bis heute an jedem Samstag in den Hauseinfahrten und den Wasch-Center der großen Tankstellen zu bewundern ist.

Die Liebe zum Pkw geht so weit, dass sie sogar die zugehörige Steuersubvention einschließt. Wenn in Deutschland die Kontodaten von Millionen Bankkunden an Kriminelle verhöckert werden, wenn sich im Osten der Republik Rechtsextremisten zu Herren ganzer Landstriche aufschwingen, wenn der Innenminister zur Terrorabwehr die Bürgerrechte einschränkt, dauert die öffentliche Aufregung nur wenige Tage. Wird aber die Pendlerpauschale abgeschafft, steht die Republik am Rande der Staatskrise.

Alle, die den Anspruch auf Kilometergeld für eine Art Grundrecht halten, werden sich durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von diesem Dienstag bestätigt sehen. Das zeigt etwa das Triumphgeheul der CSU, die tatsächlich immer noch zu glauben scheint, sie habe die Landtagswahl verloren, weil die CDU sie im Kampf um die

Rückkehr zur alten Pendlerpauschale im Regen stehen ließ. Was im Jubel unterging, waren wie so oft die Argumente der Richter. Sie urteilten nämlich gerade nicht, dass der Gesetzgeber die alte Regelung wieder einführen muss. Sie urteilten auch nicht, dass die steuerliche Absetzbarkeit von Fahrtkosten sakrosankt wäre. Sie urteilten lediglich, dass die Politik gute Gründe haben muss, wenn sie an einer Grundregel des deutschen Steuerrechts herumdoktern will, dem so genannten Nettoprinzip. Bessere Gründe jedenfalls als den schlichten Wunsch nach höheren Staatseinnahmen, den Finanzminister Peer Steinbrück in Karlsruhe vortrug.

Das Nettoprinzip besagt, dass der Fiskus vor der Besteuerung eines Einkommens die Aufwendungen abziehen muss, ohne die der Bürger eben jenes Einkommen nicht hätte erzielen können. In welchem Umfang dazu auch die Fahrtkosten zählen, ist aber weiter offen, denn die Karlsruher Richter teilen ausdrücklich Steinbrücks Haltung, dass es sich bei diesen Kosten um "gemischt veranlasste", also beruflich wie privat bedingte Aufwendungen handelt. Damit bleibt der Politik ein großer Handlungsspielraum.

Jeder Mensch in Deutschland hat das Recht, selbst zu entscheiden, wo er wohnen möchte. Der eine zieht in die Stadt, weil dort das kulturelle Angebot größer ist oder die Schulen besser sind. Der andere zieht aufs Land, weil er die Natur liebt und die Verwandten dort wohnen. Das Gros der Beweggründe ist in jedem Fall privater Natur. Warum nun soll der Staat den Landbewohner, der zur Arbeit in die Stadt fährt, steuerlich subventionieren, seinen Arbeitskollegen aber nicht? Müsste dann nicht auch der Stadtbewohner seine höheren Mietkosten von der Steuer absetzen können, die er auf sich nimmt, um sich die Dauerpendelei zu ersparen? Und was ist mit dem Arbeitnehmer, der mit Anzug und Krawatte im Büro erscheinen muss? Auch er blitzt beim Finanzamt ab, selbst wenn er nachweist, dass er in seiner Freizeit nur Jogginganzüge trägt.

Die Pendlerpauschale ist aber nicht nur unlogisch, sie setzt in einer Zeit, da der Verkehrs- und der Klimakollaps immer näherücken, auch die falschen Anreize. Und gerade hier hat das Verfassungsgericht der Politik eine Tür geöffnet: Es verweist darauf, dass Abweichungen vom Nettoprinzip möglich sind, wenn damit "Förderungs-

und Lenkungsziele" verbunden sind - zum Nutzen von Klima, Umwelt und Natur zum Beispiel. Statt also die Pendlerpauschale in Ewigkeit bestehen zu lassen und darüber hinaus eine Mietkosten- und eine Krawattenpauschale einzuführen, sollte der Staat alle beruflich und gemischt veranlassten Aufwendungen zu einer einzigen Pauschale zusammenfassen. Er könnte zum Beispiel den Arbeitnehmerpauschbetrag von derzeit 920 auf etwa 2000 Euro pro Jahr erhöhen. Dann wären drei Ziele auf einmal erreicht: Der falsche Anreiz wäre beseitigt, das Steuerrecht würde vereinfacht, und das Prinzip „Wer arbeitet, muss mehr haben als der, der nicht arbeitet“, würde gestärkt.

Vorerst hat eine solche Reform keine Chance, denn das Karlsruher Urteil kommt selbst dem Prozessverlierer Steinbrück zupass. Er führt die alte Pendlerpauschale bis auf weiteres wieder ein, verzichtet großzügig auf jährliche Einnahmen von 2,5 Milliarden Euro - und wird beim nächsten Treffen der Koalitionsspitzen argumentieren, dass er seinen Beitrag für ein zweites Konjunkturpaket der Regierung damit geleistet habe. Zumindest die CDU aber wird nach der Bundestagswahl im nächsten Jahr unter Zugzwang geraten. Meint sie ihr steuerpolitisches Motto "einfach, niedrig, gerecht" ernst, wird sie die Strukturen des Steuersystems ändern müssen. Und dann auch an einer grundlegenden Änderung der Pendlerpauschale nicht vorbeikommen.

Das Parlament verschafft sich Gehör beim Energie- und Klimapaket

[DNR EU-Koordination, 30.10.2008] Das Europäische Parlament hat das Datum für die erste Lesung zum Energie- und Klimapaket vom 15. Dezember auf den 3. Dezember vorverlegt. Damit würde die erste Lesung noch vor dem nächsten Treffen der Umweltminister und dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs stattfinden, auf denen das Paket abschließend verhandelt werden soll. Die Parlamentarier wollen damit verhindern, dass die Regierungen ihr Mitbestimmungsrecht unterlaufen.

Die französische Ratspräsidentschaft zog ihre Bedenken zurück, dass die Entscheidung des Parlaments eine Einigung zum Energie- und Klimapaket bis zum Jahresende verhindern würde. Die Akteure beabsichtigten nun, bereits vor der Wahl

des Parlaments zu einer Einigung zu kommen. Die Verhandlungen zwischen den parlamentarischen Berichterstatern, der französischen Ratspräsidentschaft und der Europäischen Kommission beginnen am Montag der kommenden Woche.

Konfliktlinien – Erneuerbare Energien Richtlinie

Als Basis für die Verhandlungslinie des Ministerrates soll ein Kompromiss dienen, der auf einem Entwurf beruht, den die französische Ratspräsidentschaft Anfang Oktober vorgelegt hatte. Umweltorganisationen und Parlamentarier hatten scharfe Kritik ausgeübt, dass das Papier das Energie- und Klimapakete erheblich verwässern würde.

Mit Blick auf die Richtlinie für erneuerbare Energien erwarten Experten unter anderem beim Biokraftstoffziel schwere Diskussionen zwischen Parlament und Rat. Der Ratskompromiss sieht vor, dass Biokraftstoffe gegenüber konventionellen Kraftstoffen nur 35 Prozent Treibhausgase einsparen müssen. Der federführende Industrieausschuss hatte sich mit 45 Prozent für einen deutlich ehrgeizigeren Richtwert ausgesprochen.

Weiterhin sehe das Papier im Jahr 2014 eine Revision der Richtlinie vor. Frauke Thies von Greenpeace warnte, dass eine Revision ein erhebliches Risiko für das Vertrauen der Investoren und die nationalen Anstrengungen der Mitgliedsstaaten bergen würde. „Die Umweltminister haben nun mit Blick auf die Nachhaltigkeit der Biokraftstoffe kalte Füße bekommen und nutzen dies, um andere Aspekte der erneuerbaren Energienrichtlinie anzugreifen“, kritisiert die Campaignerin.

Weiterer Zeitplan:

Laufend: Verhandlungen im Trilog zwischen dem stellvertretenden französischen Botschafter Leglise-Costa, den parlamentarischen Berichterstatern und Ausschussvorsitzenden sowie hohen Beamten der Kommission.

- 12. März 2008 Lesung im europäischen Parlament
- 12. April 2008 Verhandlungen im Umweltministerrat
- 12. Juni 2008 Verhandlungen/ Annahme im Verkehrsministerrat
- 12. November 2008 Treffen des Rates der Europäischen Union

<http://www.eu-koordination.de/index.php?page=23&vorlage=fuenfb&id=771>

Mehr Geld für Schutz der Ozonschicht

[BMU Pressemitteilung Nr. 272/08 vom 21.11.2008] Entwicklungsländer erhalten mehr Geld für den Ausstieg aus Stoffen, die die Ozonschicht gefährden. Auf der 20. Vertragsstaatenkonferenz des Montrealer Protokolls zum Schutz der Ozonschicht, die gestern Abend in Doha (Katar) zu Ende gegangen ist, einigten sich die 193 Vertragsparteien darauf, 400 Millionen US-Dollar für den Multilateralen Fonds (MLF) zur Verfügung zu stellen. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel begrüßte den Beschluss: „Die Tatsache, dass sich die Vertragsländer in Zeiten globaler Wirtschaftskrisen zur weiteren finanziellen Unterstützung bekannt haben, signalisiert die große Bedeutung, die der Schutz der Ozonschicht und des Klimas hat. Gerade der Beschluss des Vorjahres, vorzeitig auf extrem klimaschädigende Kälte- und Treibmittel zu verzichten, kann nur erfolgreich umgesetzt werden, wenn die Industrieländer ausreichende Finanzhilfe leisten.“

Auf der fünftägigen Konferenz wurde vereinbart, eine Reihe von Pilotprojekten durchzuführen, unter anderem zum künftigen Umgang mit gebräuchtem FCKW aus Altgeräten und wie ein Austreten der Gase in die Erdatmosphäre verhindert werden kann. Große Aufmerksamkeit fand ein brasilianisches Projekt zum Recycling von Kühlschränken, das gemeinsam mit deutschen Fachleuten entwickelt wurde. Es verbindet den Schutz der Ozonschicht mit Maßnahmen des Klimaschutzes und der Abfallvermeidung. Finanziert wird das Projekt aus Erlösen des Emissionshandels im Rahmen der deutschen Klimaschutzinitiative.

Die Konferenzteilnehmer in Doha befassten sich auch mit dem Problem, dass einige Stoffe, die alternativ zu den bisherigen Kälte- und Treibmitteln verwendet werden, das Klima schädigen können. So werden zunehmend fluorierte Treibhausgase als Alternative zu den Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW, HFCKW) eingesetzt. Diese so genannten F-Gase haben den Nachteil, dass sie ein hohes Treibhauspotenzial besitzen. Die Konferenzteilnehmer vereinbarten daher, im Frühjahr 2009 einen Workshop durchzuführen, um unter Teilnahme von Experten aus dem Bereich der Klimarahmenkonvention den künftigen Umgang mit F-Gasen zu diskutieren.

Bundesumweltminister Gabriel würdigte auch die Initiative des Gastgeberlandes Katar, die Konferenz „papierlos“ durchzuführen. Um den Dokumentenzugang aller Konferenzteilnehmer zu gewährleisten, stellte Katar dem UN-Umweltprogramm (UNEP) 700 Laptops zur Verfügung, die auch bei künftigen Konferenzen den Teilnehmern ausgeliehen werden sollen.

Hintergrund: Das Montrealer Protokoll zum Schutz der Ozonschicht wurde 1987 beschlossen und von mittlerweile 193 Ländern ratifiziert. Das Protokoll sieht den stufenweisen Ausstieg aus Substanzen vor, die die Ozonschicht schädigen und schränkt hierzu Produktion, Import und Verwendung solcher Stoffe ein. Entwicklungsländer können für ihre Ausstiegsmaßnahmen finanzielle Hilfe aus dem Multilateralen Fonds erhalten. Die Gelder werden durch einen Exekutivausschuss verwaltet, der die jeweiligen Ausstiegsprojekte beurteilt und koordiniert. Deutschland ist Mitglied dieses Ausschusses.

http://www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle_pressemitteilungen/pm/42628.php

Deutschland und Indien vereinbaren strategischen Umweltdialog

[BMU Pressemitteilung Nr. 265/08 vom 18.11.2008] Indien und Deutschland wollen ihre bilaterale Zusammenarbeit im Umwelt- und Klimaschutz ausbauen. „Die Zusammenarbeit mit Indien bietet der deutschen Industrie große Investitionschancen. Sie ist wesentlicher Bestandteil des strategischen Umweltdialogs, den wir nutzen, um intensiv für ein anspruchsvolles Ergebnis bei den internationalen Klimaverhandlungen zu werben“, sagte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel heute zur Eröffnung des ersten Deutsch-Indischen Umweltforums in Neu Delhi. Schwerpunkte des Dialogs sind Klima- und Energiepolitik sowie Wasser-, Abwasser- und Abfallmanagement. An der zweitägigen Veranstaltung nehmen rund 250 Vertreter von Unternehmen, Verbänden und Regierungsbeamten aus beiden Ländern teil.

Indien gehört zu den aktivsten Nutzern des Klimaschutztransfers unter dem Kyoto-Protokoll (Clean Development Mechanismus – CDM) und ist einer der wichtigsten Partner für CDM-Vorhaben deutscher Unternehmen. Das wirtschaftliche Potential von Energie- und Ressour-

ceneffizienz und der verstärkten Nutzung regenerativer Energien hat in Indien zu einem starken Interesse an Umwelttechnologien geführt. Gabriel: „In meinen Gesprächen mit Vertretern der indischen Regierung und der Wirtschaft ist deutlich geworden, dass in Indien derzeit ein Paradigmenwechsel stattfindet, der Umwelttechnik, made in Germany Zugang zu einem enormen Wachstumsmarkt eröffnet.“

Gabriel verwies auf den enormen Bedarf an Abwassertechnik in Indien, da zurzeit nur 20 Prozent des Abwassers behandelt würden. Dabei geht es sowohl um Lösungen für innerstädtische Kanalisationssysteme als auch um dezentrale Anlagen zur Behandlung von Abwasser im ländlichen Raum. Die anfallende Biomasse kann für die Gewinnung von Biogas genutzt werden, die als vielfach verwendbare erneuerbare Energie zur Verfügung steht.

„Erneuerbare Energien sind unverzichtbar, um die rund 400 Millionen Inder, die derzeit über keinen Stromanschluss verfügen, mit Elektrizität zu versorgen. Dies würde die ländlichen Regionen Indiens, in denen es keine Stromnetze gibt, wirtschaftlich und sozial deutlich voranbringen“, sagte Gabriel.

Aus den Mitteln der internationalen Klimaschutzinitiative, die dem Bundesumweltministerium aus der Versteigerung von Zertifikaten im Emissionshandel zufließen, sind 10 Millionen Euro für Klimaschutzvorhaben in Indien bestimmt. Dabei geht es unter anderem um die Verbesserung der Energieeffizienz in der indischen Industrie, die Nutzung der Kraft-Wärme-Kälte-Kopplung und den Ausbau der erneuerbaren Energien. Ferner ist eine Kreditlinie von bis zu 65 Millionen Euro für Klimaschutzvorhaben vorgesehen.

Das Bundesumweltministerium unterstützt gezielt Exportaktivitäten, um „Greentech Made in Germany“ weltweit an den Markt zu bringen. So bieten die Exportinitiativen RETech und German Water Partnership eine Plattform für Unternehmen aus der Abfall- und Wasserwirtschaft. Ferner besteht im Ministerium eine Servicestelle für Umwelttechnologieexport- und CDM-Vorhaben. Gabriel und sein indischer Kollege Regupathy begrüßten die jüngste CDM-Initiative eines deutschen Unternehmens, die auf dem Umweltforum vorgestellt wurde: Die Firma Osram will in meh-

reren indischen Bundesstaaten private Haushalte mit insgesamt 1,2 Millionen Energiesparlampen ausstatten. Damit können nach Angaben des Unternehmens bis zu 800.000 Tonnen CO₂ eingespart werden.

http://www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle_pressemitteilungen/pm/42597.php

Merkel schickt Falkenberg an die Spitze der EU-Umwelt-Kommission

[Silke Wettach, wiwo.de vom 29.11.2008] Künftig soll der bisherige Generaldirektor Handel der EU-Kommission, Karl Friedrich Falkenberg, die Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission leiten.

Karl Falkenberg, bisher stellvertretender Generaldirektor Handel der EU-Kommission, soll Chef der Generaldirektion Umwelt werden.

Im vergangenen Jahr ließ sich Bundeskanzlerin Angela Merkel noch als Vorreiterin für den Klimaschutz feiern, doch jetzt missfallen ihr die Umweltvorgaben der EU-Kommission mehr und mehr. Damit Brüssel künftig auf eine industriefreundlichere Linie einschwenkt, möchte die Kanzlerin dort einen Deutschen auf den Chefposten der Generaldirektion Umwelt hieven. Mit ihrem Anliegen hat sie bei Kommissionspräsident José Manuel Barroso offenbar Gehör gefunden.

Karl Friedrich Falkenberg, bisher stellvertretender Generaldirektor Handel, soll zum Generaldirektor befördert werden und künftig für Umwelt zuständig sein, heißt es in Kommissionkreisen. EU-Umweltkommissar Stavros Dimas, der sich bereits mit Falkenberg getroffen hat, hätte sich zwar lieber einen Umweltperten gewünscht, der ohne Einarbeitungszeit in die brisanten laufenden Beratungen zum Emissionshandel und den CO₂-Grenzen für Pkws hätte einsteigen können. Aber mangels geeigneter Bewerber gilt die Wahl Falkenbergs als sicher.

Dem SPD-Mann Falkenberg ist nicht nur die Unterstützung der Kanzlerin und CDU-Chefin gewiss, auch der sozialdemokratische Bundesumweltminister Sigmar Gabriel soll sich für ihn eingesetzt haben. Barroso gibt die Neubesetzung des Generaldirektorenpostens wahrscheinlich noch vor Weihnachten bekannt.

<http://www.wiwo.de/politik/merkel-schickt->

[falkenberg-an-die-spitze-der-eu-umwelt-kommission-379502/](http://www.falkenberg-an-die-spitze-der-eu-umwelt-kommission-379502/)

7. LINKS, PUBLIKATIONEN, STUDIEN

A Changing Climate – Studie zur Klima- und Energiepolitik angesichts der Präsidentschaftswahlen 2008

[Arne Jungjohann, Heinrich-Böll-Stiftung, Washington DC, 13.11.2008] Die USA steht nach der Wahl von Barack Obama vor einer neuen Ära in der Klimapolitik. Doch ist absehbar, dass zunächst die Wirtschafts- und Finanzkrise absolute Priorität genießen und die Klimapolitik mit anderen wichtigen Themen konkurriert. Auch wird der von Obama im Wahlkampf verkündete Politikwechsel nur dann gelingen, wenn er mit dem Kongress kooperiert. Die Auseinandersetzung zur Einführung des Emissionshandels wird dagegen eine schwere und langwierige Geburt. Die Aussichten auf Erfolg werden auch davon abhängen, ob Schlüsselpositionen im Kongress personalpolitisch richtig besetzt werden können. Die Exekutive, vor allem die Umweltagentur EPA, wird künftig eine zentrale Rolle in der US-Klimapolitik spielen. Doch trotz der sich abzeichnenden innenpolitischen Änderungen ist davor zu warnen, dass die USA acht Jahre Stillstand unter George W. Bush in kürzester Zeit aufholen. Der erste Auftritt der neuen US-Regierung in der internationalen Klimadiplomatie droht mit zu großen Erwartungen auf Seiten der Europäer überfrachtet zu werden. Dabei öffnen sich neue Perspektiven transatlantischer Kooperationen. In besagter Studie wird analysiert, welche energie- und klimapolitischen Ziele die neue US-Regierung verfolgt, welche Hürden einer Umsetzung dieser Ziele im Wege stehen und welche Aussichten sich daraus für die internationalen Klimaverhandlungen ableiten lassen.

Zur Studie:

<http://www.foes.de/de/downloads/studien/ACHangingClimate.pdf>

Fast 42 Milliarden Euro Subventionen schaden dem Umweltschutz

[Umweltbundesamt, 03.11.2008] In Deutschland gab es im Jahr 2006 Subventionen von knapp 42 Milliarden Euro mit negativen Wirkungen auf Gesundheit und Umwelt. Dies ist das Ergebnis der Studie des Umweltbundesamtes „Umweltschädliche Subventionen in Deutschland“. Die Palette der negativen Umweltwirkungen reicht von der Förderung des Klimawandels über die Beeinträchtigung der Wasser-, Boden- und Luftqualität bis hin zur Erhöhung der Flächeninanspruchnahme und der Verringerung der Artenvielfalt. „Umweltschädliche Subventionen konterkarieren die vielen Bemühungen im Umweltschutz“, sagt Prof. Andreas Troge, Präsident des UBA. „Indem wir auf der einen Seite viel Geld für den Umweltschutz ausgeben, auf der anderen Seite jedoch Marktverzerrungen zu Lasten der Umwelt finanzieren, ist das das Gegenteil einer ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Haushaltspolitik. Wer nicht an den Bestand umweltschädlicher Subventionen herangeht, läßt es bei den Fehlanreizen von gestern und muss heute und morgen umso mehr gegensteuern, um die Umweltqualität zu sichern. Die Devise muss heißen: Mit mehr Konsistenz und weniger Instrumenten die Umweltqualität sichern sowie verbessern. Die UBA-Forscher analysierten die wichtigsten Subventionen des Bundes in den Bereichen Energiebereitstellung und -nutzung, Verkehr, Bau- und Wohnungswesen sowie Landwirtschaft. Denn diese Bereiche verursachen die größten Umweltprobleme und profitieren am stärksten von umweltschädlichen Subventionen. Da die Studie Förderprogramme auf Länder- und kommunaler Ebene kaum betrachtet, lag das tatsächliche Volumen umweltschädlicher Subventionen in Deutschland noch höher als 42 Milliarden Euro.

Von einem Abbau umweltschädlicher Subventionen würden sowohl die öffentlichen Haushalte als auch die Umwelt profitieren. Die eingesparten Gelder ließen sich für die Senkung der Steuerlast oder die Finanzierung zentraler Zukunftsaufgaben – wie Klimaschutz und Bildung – nutzen. Außerdem würden der Staat und die Bürgerinnen und Bürger indirekt entlastet, weil Folgekosten umweltschädlicher Subventionen, zum Beispiel in Form von Gesundheits- und Materialschäden, ent-

fielen.

Ein prominentes Beispiel sind die vielfältigen Subventionen im Energie- und Stromsteuerrecht, die zusammen jährlich rund 5 Mrd. Euro betragen. Darunter fallen die allgemeinen Strom- und Energiesteuer-Ermäßigungen für das Produzierende Gewerbe sowie die Land- und Forstwirtschaft, ferner der Spitzenausgleich bei der Ökosteuer. Diese Subventionen begünstigen den Energieverbrauch und stehen damit im Widerspruch zum Ziel des Klimaschutzes. Daher sind diese Subventionen grundsätzlich abzubauen. Zumindest sollten nur noch solche Betriebe Energiesteuervergünstigungen erhalten, die ein verifiziertes Energiemanagementsystem vorweisen können und alle wirtschaftlich lohnenden Energiesparmaßnahmen durchführen. Dieser Vorschlag ist bereits im Integrierten Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung vom August 2007 im Ansatz enthalten.

Ein weiteres Beispiel für eine umweltschädliche Subvention ist die Befreiung des gewerblichen Flugverkehrs von der Energiesteuer für Kerosin. Dem Staat entgehen nach Berechnungen des UBA dadurch jährliche Steuereinnahmen in Höhe von 6,9 Milliarden Euro. Diese indirekte Subventionierung des Flugverkehrs verzerrt den Wettbewerb zu Lasten emissionsärmerer und damit umweltfreundlicherer Verkehrsmittel – wie der Bahn. Die Ungleichbehandlung der Verkehrsträger ist weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll oder sonst gerechtfertigt. Die Treibhausgasemissionen des Flugverkehrs sind wegen der Flughöhe sogar um das 2- bis 5-fache klimaschädlicher als bodennahe Emissionen. Neben der Einbindung des Flugverkehrs in den EU-Emissionshandel – dem sowohl das EU-Parlament als auch der Europäische Rat zugestimmt hat – schlägt das UBA daher die Einführung einer möglichst weiträumigen – zumindest EU-weiten – Kerosinsteuer vor.

Die beiden Beispiele zeigen, dass umweltschädliche Subventionen nicht nur die Umwelt belasten und damit höhere zukünftige Umweltschutzausgaben verursachen, sondern häufig auch unbegründet und ökonomisch nicht gerechtfertigt sind.

Der vielfach geforderte umfassende Subventionsabbau sollte deshalb nicht nach dem „Rasenmäherprinzip“ erfolgen. Vielmehr sind gezielt unnötige oder umweltschädliche Subventionen zu

streichen. Neue Subventionen sollte der Staat nur einführen, falls sie effektiv wären und keine gravierenden negativen Umweltwirkungen hervorriefen. Der Gesetzgeber sollte daher ein umweltschutzbezogenes Subventionscontrolling einführen, das alle Subventionen in einem „Umweltcheck“ auf mögliche negative Umweltwirkungen hin untersucht und sie einer regelmäßigen Wirkungs- und Erfolgskontrolle unterwirft. „Wir müssen hin zu einer nachhaltigen Finanzpolitik aus einem Guss, die Umweltschutzbelange systematisch berücksichtigt“, sagt UBA-Präsident Trogge.

Zum vollständigen Bericht:

<http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-1/3659.pdf>

Pressekonferenz: „Energieverbrauch der privaten Haushalte – Wohnen, Mobilität, Konsum und Umwelt“

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Roderich Egeler, hat am 5. November 2008 in Berlin im Rahmen der Pressekonferenz „Energieverbrauch der privaten Haushalte – Wohnen, Mobilität, Konsum und Umwelt“ neue Ergebnisse der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) vorgestellt. Für den Zeitraum 1995 bis 2006 werden detaillierte Ergebnisse und Analysen zum Energieverbrauch der Haushalte in den vorgenannten Verbrauchsbereichen, zu den CO₂-Emissionen sowie zu den Einflussfaktoren auf den Energieverbrauch vorgestellt.

Die Unterlagen zur Pressekonferenz werden als Downloads auf den Internetseiten von Destatis angeboten:

http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2008/UGR/ugr_pk.templateId=renderPrint.psml

Umweltnutzung und Wirtschaft – Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen 2008

Die Publikation „Umweltnutzung und Wirtschaft – Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen“ enthält aktuelle Daten und Analysen zu den Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft und Umwelt. Die jährlich erscheinende Veröffent-

lichung liefert damit Datengrundlagen für eine handlungsorientierte Umweltpolitik.

Die Veröffentlichung wird durch einen Tabellenband mit umfassenden Daten zu allen Themenbereichen der UGR ergänzt.

Der UGR Bericht sowie der UGR Tabellenband (in PDF- und XLS-Format) werden als Downloads auf den Internetseiten von Destatis angeboten:

http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/UGR.templateId=renderPrint.psml_nnn=true

Enttäuschung: Rechnungsprüfer lehnen EU Abschlussrechnung ab

[Euroaktiv.com vom 12.11.2008] Laut eines am 10. November veröffentlichten Berichts, waren die Mehrheit der Zahlungen, die 2007 von der EU gemacht wurden, regelgerecht. Einige Mitglieder des Europäischen Parlaments waren jedoch zutiefst enttäuscht, nachdem Rechnungsprüfer versäumten, die EU Rechnungen des 14. konsekutiven Jahres zu unterzeichnen, da sie Fehler in zwei bis fünf Prozent der Zahlungen an die Blockmitgliedstaaten entdeckten.

Der Bericht 2007 des Europäischen Rechnungshofes:

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/1569525.PDF>

Zudem finden sich auf der Seite einige Links zu offiziellen EU Dokumenten, Finanzberichten, und einer briefing note vom 9. November 2008, die 100 Beispiele von Fällen der Unterschlagung und Verschwendung in der EU gibt:

<http://www.openeurope.org.uk/research/top100waste.pdf>

<http://www.euractiv.com/en/pa/disappointment-auditors-reject-eu-accounts/article-177085>

„Grenzen des Wachstums“

[Marcel Hänggi, WOZ.ch vom 06.11.08] Der 1942 geborene Dennis Meadows ist ein US-amerikanischer Systemtheoretiker mit natur-, sozial- und ingenieurwissenschaftlichem Hintergrund. Er beteiligt sich momentan in Wien am Aufbau des Club of Vienna, der WissenschaftlerInnen zusammenbringen will, die sich mit Fragen

der Nachhaltigkeit befassen.

WOZ: Vor vier Monaten hätte meine erste Frage gelautet: Herr Meadows, die Ölpreise steigen und steigen; ist das ein Zeichen, dass die Grenzen des Wachstums bald erreicht sind? Jetzt ist der Ölpreis wieder eingebrochen, dafür ist die Finanzblase geplatzt. Wird die Marktwirtschaft eher an ihren inneren Widersprüchen scheitern als an ihren äusseren Grenzen?

Dennis Meadows: Bis vor vier Monaten sagten die Leute, Dennis Meadows hat recht, die Preise steigen; nun sagen sie, er hat sich geirrt, die Preise fallen. Aber unsere Analysen haben nie irgendwelche Aussagen über den Ölpreis gemacht. Es ist nicht so einfach: Zum Ölpreis tragen mehrere Faktoren bei. Als das Öl 150 Dollar pro Fass kostete, lag das vor allem an der Spekulation. Die Grenzen des Wachstums trugen zum hohen Preis bei, weil die Produktion bei abnehmenden Reserven zunehmend teurer wird. Jetzt kostet das Barrel 60 Dollar, und wir finden, das sei wenig. Aber es gab Zeiten, wo es 6 Dollar kostete, und man dachte, ein Preis von 20 Dollar wäre eine Katastrophe. Was hat das nun mit der Finanzkrise zu tun? Wenn Rohstoffe teurer werden, sinkt der Lebensstandard der meisten Menschen. Das mag niemand gerne. Also borgen die Leute Geld, um weiter zu konsumieren. So entstand die Kreditblase, die wir jetzt platzen sehen. Umgekehrt hat das Platzen der Blase die Nachfrage reduziert, sodass die Preise kurzfristig wieder sinken. Aber auf den Anteil des Ölpreises, der von den Produktionskosten herrührt, hat das keinen Einfluss.

WOZ: Die Politik versucht das Wachstum zu stimulieren, um aus der Krise zu kommen. Das ist das Gegenteil dessen, was Sie wollen.

Dennis Meadows: Vorsicht! Die Politiker sprechen von Wachstum, wir von Ressourcenverbrauch. Wir haben oft gesagt: Das Wachstum kann immer weitergehen, solange es immateriell ist. Sie können sich immer weiterbilden, immer besser Französisch lernen und so weiter. Was begrenzt ist, sind die materiellen Grundlagen der Wirtschaft – Rohstoffe, Energie, Wasser, Nahrung und so weiter. Die Art von Wachstum, die die Politiker meinen, bringt nun aber steigenden Verbrauch mit sich. Und deshalb wird es langfristig nicht funktionieren. Beispielsweise wird, nach den besten verfügbaren Schätzungen, 2030 nur noch halb so viel Erdöl gefördert und verarbeitet

werden wie heute. Man kann nicht konsumieren, was man nicht hat.

WOZ: Ihre Botschaft – es kann kein unbegrenztes Wachstum geben in einer begrenzten Welt – ist einfach ...

Dennis Meadows:... wir hatten gedacht, das würden alle verstehen; da haben wir uns getäuscht.

WOZ: Weshalb weigern sich die Menschen, etwas so Plausibles zu akzeptieren?

Dennis Meadows: Wenn Barack Obama oder John McCain ehrlich wären, hätten sie im Wahlkampf gesagt: Wir haben Fehler gemacht, nun müssen wir dafür zahlen. Wir müssen für eine Weile auf einiges verzichten, vielleicht für ein Jahrzehnt, um die alten Probleme zu lösen und zu einer stabilen Situation zurückzufinden. Das sagen sie aber nicht. Wer sagen würde, wir müssen die Energie jetzt verteuern, damit wir später genug davon haben, der würde die Wahl verlieren.

WOZ: Heisst das, dass Demokratien nicht für eine nachhaltige Lebensweise taugen?

Dennis Meadows: Gerade auch mit Blick auf die jüngsten Entwicklungen der Finanzmärkte müssen wir wohl sagen, dass die Art der Demokratie, die wir haben, langfristige Probleme nicht sehr gut lösen kann. Aber natürlich funktionieren Diktaturen da auch nicht sehr gut. Man kann nicht einfach die Regierungsform ändern, und die Probleme sind gelöst. Würden die Wähler keine Politiker wählen, die kurzfristig immer mehr versprechen, ohne sich um langfristige Perspektiven zu kümmern, dann würden wir beginnen, Lösungen zu finden.

WOZ: Ihr 1972 erschienenes Buch „Die Grenzen des Wachstums“ hat die Umweltdebatte geprägt. 1988 hat der sogenannte Brundtland-Bericht der Uno den Begriff der „Nachhaltigkeit“ populär gemacht. Heute spricht man statt von den „Grenzen“ von „nachhaltigem Wachstum“.

Dennis Meadows: Der Begriff „nachhaltiges Wachstum“ wird von allen verwendet und von niemandem verstanden. Er ist ein Oxymoron. Wer sagt, er handle nachhaltig, meint meistens, dass er einige nicht nachhaltige Dinge reduziert. Er verschwendet etwas weniger Energie oder vergiftet die Meere etwas weniger. Aber das ist noch Haltung, die man gegenüber der Natur und gegenüber anderen Menschen einnimmt.

WOZ: Wenn „nachhaltige Entwicklung“ ein Oxymoron ist, dann ein sehr mächtiges. Nicholas

Stern, der Autor der berühmten Studie über die Kosten des Klimawandels – für viele Umweltschützer eine Art Held –, sagt, Klimaschutz sei eine „Pro-Wachstum-Strategie“.

Dennis Meadows: Wenn man „Wachstum“ sagt, muss man sagen, was genau man meint. Stern will eine Schrumpfung der CO₂-Emissionen, und er behauptet, das sei möglich bei gleichzeitigem Wachstum der Wirtschaft. Aber es kommt darauf an, was er mit „Wirtschaftswachstum“ meint. Wenn er die Produktion von Autos meint, dann ist das falsch. Wenn er die Produktion von Bildung, Musik, Kunst meint, kann es gehen. Der Begriff „Wachstum“ ist zu plump, um nützlich zu sein.

WOZ: Trauen Sie den Menschen zu, aus Fehlern zu lernen?

Dennis Meadows: Als unser Buch erschien, 1972, wurde Managua von einem Erdbeben völlig zerstört. Die Stadt war genau auf einer tektonischen Verwerfung gebaut. Und genau dort wurde sie wieder aufgebaut. Weshalb? Weil die Leute, die entscheiden, wo die Stadt wiederaufgebaut wird, dort Land besaßen. Das bedeutet nicht, dass die Menschen nicht lernen könnten.

WOZ: Sie meinen: Die Menschen lernen, handeln aber nicht entsprechend?

Dennis Meadows: Ja. Ein weiteres Beispiel: Die Internationale Energieagentur (IEA) hat ihre Prognosen dieses Jahr zum ersten Mal darauf aufgebaut, wie viel Öl es mutmasslich gibt, statt darauf, wie viel Öl man haben will. Zum allerersten Mal hat die IEA hingeschaut, wie viel Öl noch im Boden ist, und was glauben Sie, sah sie dort? Grosse, wirklich grosse Probleme. Aber die IEA prognostiziert immer noch, dass der Ölverbrauch weiterwächst.

WOZ: Der IEA-Chefökonom Fatih Birol sagte: „Wir müssen das Öl verlassen, bevor es uns verlässt.“ Zumindest er hat etwas gelernt!

Dennis Meadows: Ich interessiere mich nicht dafür, was er sagt, sondern, was er tut. Darum gehts. Obwohl wir heute sehr viel wissen, sehe ich bis dato keine Anzeichen, dass etwas geschieht, um unsere Probleme zu lösen.

WOZ: Wenn ich Ihre Bücher lese, scheint mir, dass die Herausforderungen, die uns erwarten, mit Kriegen zu vergleichen sind. Glauben Sie, die Menschen sind fähig, radikal zu handeln, wenn sie

begreifen, dass die Bedrohungen ebenso drastisch sind wie Kriege?

Dennis Meadows: Ich denke viel darüber nach, und natürlich weiss ich es nicht. Wäre es denkbar, dass wir uns so verhielten, dass das Niveau der Nachhaltigkeit nicht überschritten wird? 1972 lautete die Antwort: theoretisch Ja. Heute lautet sie: praktisch Nein. Nach einer ganz neuen Schätzung verbrauchen wir heute weltweit dreissig Prozent mehr Ressourcen, als wir nachhaltig verbrauchen könnten, und der Verbrauch steigt immer schneller. Was könnte der neue Präsident der USA tun? Er könnte sagen: Wir ändern unser Energiesystem drastisch, wir kürzen die Militärausgaben massiv und investieren das Geld in Bildung, wir investieren in Techniken für erneuerbare Energie und so weiter. Ich bin mir nicht sicher, ob man Obama erlauben wird, es zu tun.

WOZ: Darf ich zum Schluss eine persönliche Frage stellen? Haben Sie Strategien, um angesichts all der negativen Aussichten nicht zu verzweifeln?

Dennis Meadows: Zuerst müssen Sie akzeptieren, dass Sie sich irren. Ich irre mich. Nicht vollkommen, aber in einigen Details. Wir wissen einfach nicht genug. Zweitens müssen Sie sich fragen, was Sie wollen. Früher dachte ich, entweder wird die Welt perfekt oder katastrophal. Ich wollte sie perfekt. Das war natürlich sehr frustrierend. Heute sage ich, und das ist nicht nur ein Spruch für die Journalisten: Ich kann mich so verhalten, dass es ein bisschen besser wird, oder so, dass es ein bisschen schlechter wird. Also versuche ich, das Richtige zu tun. Das hilft. Dann gibt es eine professionelle und eine private Sphäre. Ich kann sagen, die Welt wird leiden, weil es kein Öl mehr geben wird und wir darauf nicht vorbereitet sind. Aber dann kann ich nach Hause gehen und mein Haus mit Solarpanels ausrüsten und so vom Stromnetz unabhängig werden. Persönlich bin ich deshalb nicht so pessimistisch. Es hilft auch, wenn man eine langfristige Perspektive einnimmt. Die Menschheit ist seit 200.000, 300.000 Jahren auf der Welt. Wir blicken auf ein paar Jahrzehnte zurück. Das ist nichts. Nehmen Sie die Dinge nicht so ernst! In hundert Jahren wird die Welt sehr anders sein als heute, vor hundert Jahren war sie sehr anders. – Hilft Ihnen das? Ich zweifle sehr daran ...

Das Buch „Grenzen des Wachstums – Das 30-Jahre-Update“ von Donella Meadows, Jørgen Randers und Dennis Meadows ist 2006 im Hirzel-

Verlag Stuttgart erschienen und kostet 29,00 Euro.
<http://www.woz.ch/artikel/inhalt/2008/nr45/Wissen/17107.html>

Umwelt-Kapitel des aktuellen Fischer-Weltalmanach 2009

Auf knapp 30 Seiten werden die wichtigsten globalen Umweltthemen in allgemeinverständlicher Form beschrieben. Zu jedem Thema gibt es aktuelle Daten (z.B. CO₂-Emissionen, Ausbau Erneuerbarer Energien, Waldverluste, Artenschwund etc.) und einen Abriss der internationalen Umweltpolitik im Berichtszeitraum.

Der Weltalmanach selbst gibt die wichtigsten Zahlen, Daten, Fakten zu allen 195 Staaten der Erde wieder. Er umfasst 832 Seiten, mit mehr als 900 farbigen Karten, Fotos, Grafiken sowie Tabellen und ist für 16,95 Euro beim Fischer-Verlag erhältlich.

Das Umweltkapitel von Dipl.-Physiker Wolfgang Jung im Fischer-Weltalmanach gibt es in der aktuellen Ausgabe erstmals (und als einziges Kapitel) zum freien Download:

<http://www.weltalmanach.de/buchausgabe/pdf/wa09umwelt.pdf>

Lob der Vielfalt. Jahrbuch Ökologie 2009

Das Jahrbuch Ökologie informiert über die ökologische Situation und die Belastungstrends in den verschiedenen Bereichen der natürlichen Umwelt, analysiert die staatliche und internationale Umweltpolitik, bringt einen Disput zu einem wichtigen umweltpolitischen Thema, dokumentiert historisch bedeutsame, umweltbezogene Ereignisse und Initiativen, beschreibt positive Alltagserfahrungen und entwirft Visionen für eine zukunftsfähige Welt. Es wendet sich an eine sensible Öffentlichkeit, die sich der Umweltkrise bewusst ist und nach tragfähigen Alternativen im Umgang mit der Natur sucht, und ist einem breiten Ökologiebegriff verpflichtet, der im Alltag verankert ist und das Verhältnis von Mensch und Natur, von Gesellschaft und Umwelt umfasst.

Das Jahrbuch der Ökologie 2009, herausgegeben von Altner G., Leitschuh H., Michelsen G., Simonis U. E., von Weizsäcker E. U., ist 2008 im Hirzel

Verlag erschienen. Es umfasst 248 Seiten und ist für 19,80 Euro erhältlich.

<http://www.weltbild.de/jahrbuch-oekologie-2009-lob-der-vielfalt/?b=15945355>

Holger Rogall „Ökologische Ökonomie. Eine Einführung“

[Kai Böhne, *Neues-deutschland.de* vom 10.11.2008] Über einhundert Jahre, im Zeitraum von etwa 1850 bis 1960, wurden in den Lehrbüchern der Volkswirtschaft kaum Umwelt- und Ressourcenprobleme behandelt. Dies änderte sich erst Mitte der 1960er Jahre, als die Knappheit der natürlichen Ressourcen offensichtlich wurde. Holger Rogall, Professor für Umweltökonomie an der Berliner Fachhochschule für Wirtschaft, stellt das vielschichtige Gebiet in einem einführenden Buch vor.

Die später als neoklassische Umweltökonomie bezeichnete Denkrichtung erklärte den Schutz der natürlichen Ressourcen zu einem rein ökonomischen Problem. Dabei ging sie von der Vorstellung aus, die Menschheit müsse die knappen Ressourcen für eine Steigerung des Wohlstands einsetzen.

Aus der Kritik an dieser Denkweise entstand die ökologische Ökonomie, die sich einer nachhaltigen Entwicklung verpflichtet sieht. Der Leitgedanke dabei ist, die natürliche Tragfähigkeit zu erhalten. Die Grenzen des ökologischen Gesamtsystems sollen nicht überschritten werden. Nicht am optimalen Verbrauch der natürlichen Ressourcen will man sich orientieren, sondern an deren dauerhaftem Erhalt. Im Gegensatz zur neoklassischen Umweltökonomie geht die ökologische Ökonomie davon aus, dass die Mehrzahl der natürlichen Ressourcen – Klimagleichgewicht, Ozonschicht oder Artenvielfalt – für die menschliche Zivilisation lebensnotwendig sind und nicht durch technische Produkte substituiert werden können.

Rogalls Einführung leistet einen gut strukturierten und verständlich formulierten Einstieg in die Entwicklung und die theoretischen Leitgedanken der ökologischen Ökonomie. Auch praktische Maßnahmen und Instrumente zur Einleitung einer nachhaltigen Entwicklung – wie Grenzwerte, Qualitätsstandards, Nutzungspflichten, Stoffverbote oder Förderprogramme – werden vorgestellt. Selbst philosophische und ethische Überlegungen

werden angesprochen, um den Interessengegensatz zwischen kurzfristigem Eigennutz und verantwortlichem, sozial- und umweltverträglichem Handeln zu überwinden.

Dabei spart Rogall nicht mit verhaltener Kritik, wenn er von Marktversagen bei der Übernutzung spricht und betont, die Politiker aller Länder seien ihrer Aufgabe „nicht ausreichend nachgekommen“, Rahmenbedingungen für die Lebensqualität der Menschen zu schaffen.

Das Buch richtet sich vorrangig an Politikwissenschaftler und Volkswirtschaftler. Aber auch Verantwortliche aus Industrie und Produktion täten gut daran, sich mit Rogalls Werk zu befassen. Dieser zeigt sich diskussionsbereit, indem er ausdrücklich zu Reaktionen und Verbesserungsvorschlägen auffordert.

Das Buch „Ökologische Ökonomie. Eine Einführung“ von Holger Rogall ist in der 2. überarbeitete und erweiterte Auflage im Verlag für Sozialwissenschaften 2008 in Wiesbaden erschienen. Es umfasst 372 Seiten und ist für 24,90 Euro erhältlich.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/138631.html#>

Dr. Anselm Görres: Heilige Agatha, hilf gegen hohe Benzinpreise und Populismus

Das Referat, das Anselm Görres bei dem Alpbacher Reformgesprächen „Steuer in Richtung Nachhaltigkeit“ am 19. August 2008 gehalten hat, erscheint nun als Artikel in der „Agrarischen Rundschau“ 4/2008

Den gesamten Artikel finden Sie unter:

[http://foes.de/de/downloads/ArtikelReden/SanktAgathagegenBenzinpreise2008-12AgrarRundschau%20\(2\).pdf](http://foes.de/de/downloads/ArtikelReden/SanktAgathagegenBenzinpreise2008-12AgrarRundschau%20(2).pdf)

Catterfeld / Knecht „Ökoday 2028. Ein Theaterstück“

1999, 2002, 2005 ... 2028 wird das finale Hochwasser erwartet! Während der Pegel unaufhörlich steigt, verplappert sich Frank beim Bier: Er ist Auto gefahren. Sofort strengen Rosemarie, Günther, Kaspar und Baby einen Spontanen Nachbarschaftsprozess gegen ihn an. Was anfangs noch

wie ein Gesellschaftsspiel aussieht, wird immer wichtiger und ernster. Details aus seinem Leben kommen ans Licht. Experten weisen die Kausalzusammenhänge nach. Selbst der Präsident der Neuen Glorreichen Demokratie fängt an, sich für den Fall zu interessieren. Ein Video des Prozesses soll seine Herrschaft für alle Zeiten legitimieren. Franks Chancen stehen schlecht: Autofahren zerstörte die Umwelt; die Zerstörung kostete Menschen das Leben. Also Mord. Was man sich heute schon denken kann, ist schließlich Gewissheit. Doch dann treibt Frank in dem Bauernschrank, in den man ihn eingesperrt hat, davon.

Das Buch umfasst 108 Seiten, ist im April 2008 bei Books on Demand erschienen und kostet 8,00 Euro.

[fictionfantasy.de vom August 2008] Catterfeld und Knecht beschreiben die Problematik der Umweltbewegung auf wenigen Seiten sehr genau. Als Theaterstück konzipiert, schildert der Prozess die Zweischneidigkeit der oft so ideologischen Aussagen, mit dem Hintergrund, dass die selbsternannten Moralapostel ebenso in ihre Autos steigen und per Flugzug in den Urlaub reisen. Dabei gelingt es ihnen, die 'Moral der Geschichte' einerseits relativ eindeutig zu gestalten und andererseits das Ganze in ein ironisches und sarkastisches Paket zu schnüren. Bemerkens- und empfehlenswert.

8. TERMINE

Workshop zur Nachhaltigen Mobilität in Unternehmen

Am **20.01.09**, von 09:30 bis 17:00 Uhr auf dem Flughafen Hamburg, Lilienthal-Haus (Gebäude 245) wird von B.A.U.M e.V. ein Workshop zur Nachhaltigen Mobilität in Unternehmen angeboten.

Flottenmanagement ist definitorisch gesehen das Verwalten, Planen, Steuern und Kontrollieren von Fahrzeugflotten. Neben diesen klassischen Aspekten ist der Punkt einer nachhaltig strukturierten Flotte zunehmend ein Bestandteil des zeitgemäßen Fuhrparkmanagements. Welche Trends, bzw. welche ökologisch, ökonomisch und sozial sinnvoll umsetzbare Potentiale gibt es? Diese Frage-

stellungen und aktuelle Beispiele aus der Praxis werden innerhalb des von B.A.U.M. e.V. veranstalteten Workshops zur Nachhaltigen Mobilität in Unternehmen erörtert.

Der im Rahmen des EU-geförderten Projektes Biofuel-Cities stattfindende Workshop richtet sich an Unternehmen mit eigenem Fuhrpark, Speditionen, Fahrzeug-Leasing-Gesellschaften, Autovermietungen und generell Interessierte.

Neben der Vorstellung einzelner Themen wie:

- Biokraftstoffe – realistische Nachhaltigkeit für unsere Mobilität
- Chancen der solaren Mobilität – effizient, elektrisch, erneuerbar
- Umweltorientiertes Fuhrparkmanagement
- Wie motiviere ich Mitarbeiter zu umweltgerechter Mobilitätsabwicklung?

werden Best-Practice-Beispiele dargestellt und in Foren konkrete Umsetzungsmaßnahmen erörtert.

In einem anschließenden Get-together können die Ergebnisse nochmals in entspannter Atmosphäre ausdiskutiert werden.

Erwartete Teilnehmeranzahl: ca. 60-80 Personen

Teilnahmekosten: Die Teilnahme am Workshop ist kostenfrei.

Anmeldung: biofuel@baumev.de

Programm: www.baumev.de

“International Conference on Green Taxes” in Kopenhagen

Am **29. Januar 2009** findet von 9.30 bis 16.00 Uhr in Landstingssalen, Christiansborg die „International Conference on Green Taxes“ statt. Anmeldungen bis zum 26. Januar an annemette@ecocouncil.dk. Veranstalter der Konferenz ist The Danish Ecological Council in Zusammenarbeit mit Green Budget Europe und Concito. Die Konferenz findet auf Englisch statt. Fragen bezüglich der Konferenz bitte an Anne-Mette Wehmüller: annemette@ecocouncil.dk oder (0045) 33 18 19 38. Der Ecological Council (Det Økologiske Råd) ist eine NGO, die 1991 gegründet wurde. Hauptanliegen ist nachhaltige Strukturen der Entwicklung zu unterstützen, wobei Belange die Umwelt betreffend, soziale Gerechtigkeit und menschliches Wohlergehen wichtige Punkte sind.

Das Programm der Konferenz ist hier erhältlich:

<http://www.foes.de/en/downloads/Events/KonferenzeLandstingssalen301008englishversion.pdf>

Weltretten am Wochenende: „Wirkcamp“

Vom **20. bis 22. März 2009** findet an der Universität Würzburg das Wirkcamp „Synagieren“ statt. Synagieren („gemeinsam Handeln“) ist eine neue Plattform für Projektarbeit, die engagierte Menschen an einem Wochenende zusammenbringt. Die Projekte sollen in Form von konkreten Produkten, Kampagnen oder Initiativen die globalen gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderungen unserer Zeit kreativ aufgreifen. Einige Projektideen sind bereits ausgearbeitet und auf der Website einsehbar. Gleichzeitig läuft jedoch die Ausschreibung für weitere Projektideen. Die konkrete Projektarbeit unterscheidet das Wirkcamp von Fachtagungen oder Bildungsseminaren – Ziel von Synagieren ist es, mit Intelligenz, Spaß und Bedacht neue Nischen für gesellschaftliches Engagement zu schaffen.

Synagieren ist eine Initiative des neu gegründeten Handlungsnetz e.V. Das Wochenende in Würzburg soll das erste einer Reihe von jährlich stattfindenden Wirkcamps in wechselnden Städten Deutschlands sein.

Vortragende und Gäste auf dem Podium sind unter anderem Prof. Hartmut Graßl, Prof. John Schellnhuber, Prof. Manfred Niekisch, Dr. Anselm Görres, Dr. Daniel Lingenhöhl, Dr. Georg Schöning und Dr. Richard Zinken.

Weitere Informationen und Anmeldung unter:

www.synagieren.de

Mailto:

sara.leonhardt@biozentrum.uni-wuerzburg.de

12. Internationale Handelsmesse für Energie und Umwelt in Madrid

Genera'09 kündigt die zweite Innovationsgalerie vom **12. bis 14. Mai 2009** an. Diese wird einige der wichtigsten und aktuellsten Untersuchungen im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien und Energieeffizienz vorstellen.

Genera bietet für Fachleute und Forschungsinstitute, die eine große Rolle auf diesem Sektor spielen, Möglichkeiten der Zusammenkunft und –

arbeit. Zudem möchte Genera dazu beitragen Fachleuten aus dem Energiesektor und der Gesellschaft allgemein verbessertes Wissen über laufende Forschungsprojekte zur Verfügung zu stellen.

Die Innovationsgalerie schließt eine Auswahl an Projekten mit ein, die sowohl von Unternehmen als auch privaten und öffentlichen Organisationen abgeschlossen wurden. Deadline für die Projektpräsentation wird der **30. Januar 2009** sein.

Weitere Informationen:

http://www.ifema.es/web/ferias/genera/pdfs/galeria_inov_i.pdf

Formular für die Projektpräsentation:

http://www.ifema.es/web/ferias/genera/pdfs/ficha_productos_i.pdf

10. Weltumweltsteuerkonferenz in Portugal

Die zehnte Weltumweltsteuerkonferenz wird vom **23. bis zum 25. September 2005** in Lissabon stattfinden. Der Fokus wird auf den beiden Themen „Wasser-Management“ und „Klimawandel“ liegen.

Die Konferenz wird ein breites Spektrum an Themen abdecken, die sich mit Umweltsteuern in Bezug auf Wasser-Management und Klimawandel beschäftigen und interdisziplinäre Verbindungen zwischen Wirtschaft, Recht und Politikwissenschaft fördern. Zu jedem Themengebiet wird es eine Vollversammlung und mehrere zeitgleich stattfindende Gremien geben.

<http://gcet2009.com/venue.php>

Copenhagen Climate Exchange 2009 in Dänemark

Die Copenhagen Climate Exchange vom 26. bis 29. November 2009 bietet die Möglichkeit Ihre Visionen und Erfahrungen bezüglich der Bekämpfung des Klimawandels mit einem internationalen Publikum zu teilen. In Kopenhagen werden NGOs, Städte und innovative Unternehmen aus der ganzen Welt zusammen kommen um Ideen auszutauschen. Es werden tausende Besucher sowie die internationale Presse erwartet. Bei der Copenhagen Climate Exchange 2009 handelt es sich um eine viertägige Veranstaltung, die COP15 – den offiziellen UN Klimagipfel, im Dezember

2009 in Kopenhagen einleitet.

Weitere Informationen:

www.cphco2009.dk

9. JOBANGEBOTE

Stellenaussreibung Ökumenische Initiative Eine Welt e.V.-Projektreferent/in

Die Ökumenische Initiative Eine Welt (ÖIEW) e.V. sucht zum **15.1.2009/ oder 1.2.2009** eine/n Projektreferentin/Projektreferenten als Elternzeitvertretung für ein Jahr in Teilzeit (55 Prozent/ 22 Stunden).

Zu den Aufgaben gehören u.a: Referentin/en-Tätigkeiten, Kampagnenarbeit, Finanzmittelaquise, Bildungs/Seminartätigkeit

Der Dienstsitz und Arbeitsort ist Diemelstadt-Wethen bei Kassel.

Bewerbungen bitte nur per Email (nicht über 2 MB, nur wichtigste Zeugnisse) bis zum **3.12.2008** an die Adresse: Bewerbung@oewiew.de.

Ansprechpartnerin: Anja Becker (Geschäftsführende Referentin)

Die Vorstellungsgespräche finden am Freitag, 12.12.2008 ab 17:00 und am Samstag, 13.12.2008 statt!

Stellenausschreibung: Clearingstelle EEG-Referendar und Praktikant

Es besteht die Möglichkeit, ein Praktikum oder eine Ausbildungsstation bei der Clearingstelle EEG zu absolvieren. Das Angebot richtet sich an Bewerberinnen und Bewerber, die Interesse am EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) und an der außergerichtlichen Streitbeilegung haben und die Bereitschaft zur tatkräftigen Mitarbeit in einem sich dynamisch verändernden Rechtsgebiet mitbringen! Bewerber/innen haben die Möglichkeit, selbständig verantwortungsvolle Aufgaben in unserem Team wahrzunehmen.

Die Dauer der Mitarbeit sollte zwischen vier Wochen und drei Monaten liegen.

Aussagekräftige Bewerbungen können Sie jederzeit an Clearingstelle EEG, z. Hd. Herrn Dr. Sebastian Lovens, Kontorhaus Hefter, Charlotten-

straße 65, 10117 Berlin, oder an post@clearingstelle-eeg.de richten.

6-monatiges bezahltes FÖS-Praktikum

Wir suchen für die Unterstützung unserer Geschäftsstelle für die Dauer von sechs Monaten eine/n Praktikanten/in. Arbeitsort wird Berlin sein. Als möglichen Arbeitsbeginn präferieren wir den 12. Januar 2009 oder den 16. März 2009, sowie Anfang Juli, bzw. September. Bevorzugt gesucht werden Studierende der Fachrichtungen Wirtschafts-, Politik- und Umweltwissenschaften. Mögliche Aufgaben werden sein: die Mitarbeit bei der Erstellung unseres deutschen und englischen Newsletters, die Pflege der Access-Datenbank, die Aktualisierung der englischen und deutschen Homepage, die Mitarbeit bei Organisation und Durchführung von Lobby-Gesprächen und Vorträgen, die Mitarbeit bei der Buchhaltung sowie die Recherche spezifischer Informationsmaterialien. Erfahrung in der Anwendung einschlägiger Computer-Programme, Formulierungssicherheit im Deutschen und gute englische Sprachkenntnisse in Wort und Schrift sind wichtige Kriterien für die Auswahl unserer PraktikantInnen.

Die Kenntnisse, welche bei uns gewonnen bzw. ausgebaut werden können, sind die Grundlage für alle Jobs im Bereich der öffentlichen Verwaltung bzw. im NGO-Bereich. Das Praktikum wird mit 400 Euro im Monat vergütet.

Bewerbungen samt Lebenslauf, Foto und aussagefähiger Zeugnisse richten Sie bitte (gerne per E-mail) an die FÖS-Geschäftsstelle.